



Landtag von Baden-Württemberg

63. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 24. März 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 17:35 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4957	2. Wahl der Mitglieder zur 11. Bundesversammlung	4973
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4957	Abg. Brechtken SPD	4974
Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 5	4957	3. Aktuelle Debatte – Zwischen Realitätssinn und parteitaktischer Konfrontation – Die Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierung über eine solide finanzierbare Steuerpolitik – beantragt von der Fraktion der SPD	4974
Abg. Deuschle REP (zur Geschäftsordnung)	4957	Abg. Maurer SPD	4974, 4983, 4987
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	4957	Abg. Oettinger CDU	4975
Abg. Brechtken SPD (zur Geschäftsordnung)	4958	Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	4976
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	4958	Abg. Pfister FDP/DVP	4978
Abg. Drautz FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	4958	Abg. Deuschle REP	4980
Abg. Dr. Schlierer REP (zur Geschäftsordnung)	4959	Minister Stratthaus	4981, 4985
Beschluss	4959	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	4986, 4987
1. Aktuelle Debatte – Behinderung von Existenzgründungen in Baden-Württemberg durch die Neuregelungen der Bundesregierung Schröder zur Bekämpfung der so genannten Scheinselbstständigkeit – beantragt von der Fraktion der CDU	4959	4. Aktuelle Debatte – Privates Jugendradio für Baden-Württemberg: Verfassungswidrige Beschneidung des SWR und Bären dienst für die Privatsender im Land? – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	4987
Abg. Mühlbeyer CDU	4959	Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	4987, 4995
Abg. Rudolf Hausmann SPD	4960, 4968	Abg. Oettinger CDU	4989, 4996
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen	4961, 4971	Abg. Birgit Kipfer SPD	4990
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4962	Abg. Kluck FDP/DVP	4991, 4998
Abg. Rapp REP	4963, 4973	Abg. Dr. Schlierer REP	4992, 4998
Minister Dr. Repnik	4965	Minister Dr. Palmer	4993
Abg. Kurz CDU	4967	Abg. Junginger SPD	4997
Minister Dr. Döring	4969		
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	4972		

5. a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – **Einsetzung einer Enquete-kommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“** – Drucksache 12/3890
Antrag Drucksache 12/3891
- b) **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission** 4999
Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU 4999
Abg. Drautz FDP/DVP 5000
Abg. Schmiedel SPD 5001
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen .. 5002
Abg. Deuschle REP 5003
Minister Dr. Döring 5004
Beschluss 5005
Wahlergebnis 5005
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Entlastung der Regierungspräsidien** – Drucksache 12/3862 5006
Minister Dr. Ulrich Goll 5006
Abg. Roland Schmid CDU 5007
Abg. Heiler SPD 5007
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen 5007
Abg. Veigel FDP/DVP 5008
Abg. Käs REP 5008
Beschluss 5009
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch (AGBauGB)** – Drucksache 12/3521
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/3714 5009
Abg. Kurz CDU 5009
Abg. Schmiedel SPD 5009
Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen 5010
Abg. Hofer FDP/DVP 5010
Abg. Schonath REP 5010, 5012
Minister Dr. Döring 5011
Beschluss 5012
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes** – Drucksache 12/3537
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/3715 5012
Abg. Keitel CDU 5012
Abg. Schmiedel SPD 5012
Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen 5013
Abg. Hofer FDP/DVP 5013
Abg. Deuschle REP 5013
Minister Dr. Döring 5014
Beschluss 5014
9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – **Dezentrale Ressourcenverwaltung bei der Polizei** – Drucksache 12/1225 abgesetzt (5015)
Abg. Redling SPD (zur Geschäftsordnung) 5015
10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – **Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Programme des Landes Baden-Württemberg** – Drucksache 12/1247 5015
Abg. Nagel SPD 5015, 5022
Abg. Schuhmacher CDU 5016
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen... 5016
Abg. Beate Fauser FDP/DVP 5018
Abg. Herbricht REP 5019
Minister Dr. Repnik 5020
Abg. Wacker CDU 5023
Beschluss 5024
11. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 17. Februar 1999 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Festlegung von Mindestkriterien für die Umweltinspektion in den Mitgliedstaaten** – Drucksachen 12/3772, 12/3848 5024
Beschluss 5024
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 22. Februar 1999 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Grenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft** – Drucksachen 12/3773, 12/3849 .. 5024
Beschluss 5024
- Nächste Sitzung 5024
- Anlage 1
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen im Finanzausschuss 5025
- Anlage 2
Vorschlag der Fraktion Die Republikaner – Umbesetzungen im Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft 5025
- Anlage 3
Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst 5026
- Anlage 4
Vorschlagsliste der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion Die Republikaner für die Wahl der Mitglieder zur 11. Bundesversammlung 5027
- Anlage 5
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion Die Republikaner – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ 5035

Protokoll

über die 63. Sitzung vom 24. März 1999

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 63. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Brinkmann erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Netzhammer, Frau Abg. Renz und die Herren Abg. Drexler und Lorenz.

Dienstlich verhindert ist der Herr Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Meine Damen und Herren, Sie finden auf Ihren Tischen eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e*. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen der Ausschussüberweisung unter der Ziffer 1 zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag des Finanzministeriums vom 1. Februar 1999 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1997 – Drucksache 12/3722

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 16. März 1999 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Haushaltsjahr 1998 – Drucksache 12/3883

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Ferner liegen Ihnen Vorschläge der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Republikaner und der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen vor. (Anlagen 1 bis 3) – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erteile ich Herrn Abg. Deuschle das Wort zur Geschäftsordnung.

(Minister Dr. Döring FDP/DVP: So eine schöne Krawatte!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 5 – Einsetzung einer Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen“ – von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf den 28. April zu vertagen.

Begründung: Die Fraktion Die Republikaner hat – vielleicht wie andere Oppositionsfraktionen auch – den entsprechenden Antrag erst am gestrigen Dienstag um 15 Uhr nach der Fraktionssitzung bekommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vorher war es nicht möglich!)

Laut § 42 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann die Beratung frühestens drei Tage nach Verteilung der Drucksache an die Fraktionsgeschäftsstellen erfolgen, falls der Landtag nicht anders beschließt. Wir konnten uns mit diesem Antrag und mit den Begründungen nicht in ausreichender Form auseinander setzen. Wir halten es auch für einen schlechten parlamentarischen Stil,

(Beifall bei den Republikanern)

wenn man der Opposition bei einem solch wichtigen Thema nicht die Möglichkeit gibt, es mit durchzudenken.

Ich habe, nachdem ich mir den Antrag angeschaut habe, den Eindruck, dass auch inhaltlich einige Dinge fehlen. So ist nicht ersichtlich, warum knapp zweieinhalb Jahre vor Umstellung auf den Euro, der eine sehr starke Wirkung für die mittelständischen Betriebe hat, kein Punkt zu dieser Thematik im Antrag zu dieser Enquetekommission enthalten ist. Das ist im Grunde unverständlich.

Zweitens fehlt bei der bisherigen Ausgestaltung des Antrags die Frage, wie sich die Harmonisierung des Europäischen Binnenmarktes auf den baden-württembergischen Mittelstand auswirkt.

Ich könnte hier noch weitere Punkte, die fehlen, vorbringen. Zum Beispiel fehlt eine Frage zu den Auswirkungen der neuen Ladenschlussregelung und zum Bericht der Bundesregierung, der im Herbst 1999 herauskommt.

Aus diesen Gründen, also nicht nur aus formalen Gründen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen und weil wir eine gute Enquetekommission wollen, damit wir für unseren Mittelstand etwas erreichen, bitte ich Sie, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und auf den 28. April zu vertagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mag sein, dass sich die Republikaner etwas darüber ärgern,

(Abg. Krisch REP: Es gibt eine Geschäftsordnung, Herr Kollege! Das hat mit Ärgern nichts zu tun!)

(Hauk)

dass sie die Thematik nicht selber aufgegriffen haben. Aber eines ist doch klar, Herr Kollege Deuschle: Anträge können jederzeit gestellt werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben auch nie den Anspruch erhoben, mit der Einsetzung der Enquetekommission alle Themen umfassend von vornherein aufzugreifen, sondern es soll auch ein Ergebnis der Beratungen sein, dass im Zuge der Anhörungsverfahren weitere Themen auf den Tisch kommen. Hierzu können Sie auch jederzeit Anträge stellen. Diese werden dann, wie es in einer Demokratie üblich ist, entsprechend behandelt.

Was Sie im Augenblick machen, ist eine reine Verzögerungstaktik. Da frage ich mich natürlich schon, wie dies den mittelständischen Betrieben helfen soll. Ich denke, eine schnelle und zügige Einsetzung der Enquetekommission ist notwendig, damit dieses wichtige Thema aufgegriffen werden kann. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem Punkt muss man ein Stück weit Verständnis für den Geschäftsordnungsantrag haben. Unsere Geschäftsordnung sieht nämlich vor, dass in der Regel sogar Dringliche Anträge drei Tage vor Sitzungsbeginn einzureichen sind.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Ich appelliere an Sie alle, dies auch einzuhalten, um solche Debatten zu vermeiden.

(Beifall bei den Republikanern)

– Moment.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Republikanern, hatte die CDU dieses Thema bereits vor mehreren Wochen, wenn nicht Monaten in einem Schreiben angekündigt. Sie hatte dazu bereits gewisse Überlegungen angestellt. Wir konnten uns also vorbereiten. Wir haben auch – das sehen Sie in Ihren Unterlagen – einen eigenen Antrag zur Ergänzung des Auftrags der Enquetekommission vorgelegt.

Nachdem sich durch eine Verschiebung in der Sache nichts ändern würde, sollten wir die Einsetzung der Enquetekommission heute beschließen. Wir werden also dem Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen.

Ich bitte aber darum, dass wir im Hinblick auf die Geschäftsordnung gemeinsam den Versuch machen, künftig die dreitägige Frist einzuhalten, um solche Diskussionen zu vermeiden.

(Beifall der Abg. Nagel SPD und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Herr Abg. Jacobi, Sie haben das Wort.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Fraktion lehnt den Geschäftsordnungsantrag der Republikaner ebenfalls ab. Es ist sicherlich etwas dran an der Tatsache, dass der Antrag der beiden Koalitionsfraktionen spät kam.

Allerdings muss eingeräumt werden – dies hat Herr Brechtken ja gerade getan –, dass es bereits eine ganze Reihe von Vorgesprächen und Entwürfen gegeben hat, sodass sich unsere Fraktion über den Antrag, der uns gestern Nachmittag endlich zugegangen ist, nicht überrascht zeigt.

Ich glaube aber, es ist ein schlechter Stil. Die Fraktionen sollten sich gegenseitig rechtzeitig darüber informieren, was sie vorhaben, insbesondere bei einer Enquetekommission, bei der ja ein gemeinschaftlicher konsensualer Auftrag besteht und bei der es nicht darum geht, durch die Mehrheit der Regierungsfaktionen gegenüber der Minderheit, gegenüber den Oppositionsfaktionen etwas durchzudrücken oder durchzusetzen, sondern bei der gerade der Auftrag besteht, die aufgeworfenen Fragen gemeinsam zu beantworten. Ein kollegiales Arbeiten ist dies nicht. Wir kritisieren dies.

Allerdings hat uns der Antrag, wie gesagt, dann doch nicht überrascht. Wir haben ihn gelesen und festgestellt, dass sich darin doch viel von dem wieder findet, was schon in der Vordiskussion klar gewesen ist. Deswegen lehnen wir den Geschäftsordnungsantrag der Republikaner ab.

(Beifall der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich verwundert schon, dass die Republikaner heute diese Geschäftsordnungsdebatte führen,

(Abg. Rapp REP: Bei Ihnen wundert mich gar nichts!)

nachdem schon vor einem Vierteljahr klar war, dass die Enquetekommission kommen wird. Man sieht: Die SPD – jetzt muss ich einmal die SPD in Schutz nehmen – hat hierzu ihre Hausaufgaben gemacht, indem sie einen eigenen Antrag dazu eingebracht hat. Von den Republikanern ist zu keiner Zeit – als parlamentarischer Geschäftsführer weiß ich das – irgendwann einmal jemand gesprächsmäßig auf uns zugekommen.

(Abg. Rapp REP: Das ist eine Unwahrheit! – Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Tatsache ist auf jeden Fall, dass eine weitere Verzögerung der Behandlung des Antrags sehr schädlich wäre. Wir müssen mit diesem Thema nach vorne kommen. Deshalb lehnen wir den Antrag der Republikaner ab.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einige Dinge zurechtrücken.

Herr Kollege Drautz, ich wundere mich bei Ihnen über gar nichts mehr, vor allem nicht mehr über Ihr schwaches Kurzzeitgedächtnis.

(Beifall bei den Republikanern)

Denn eines haben Sie hier entweder vergessen – ich unterstelle das Ihnen zuliebe –, oder Sie haben es hier bewusst falsch dargestellt. Die antragstellenden Fraktionen haben diese Enquetekommission zwar bereits vor einiger Zeit generell avisiert. Es gibt sogar ein Schreiben des Kollegen Oettinger an die anderen Fraktionen. Was Sie hier aber nicht erwähnt haben, ist, dass damals – auch in den Sitzungen des Präsidiums – seitens der antragstellenden Fraktionen ausdrücklich zugesichert wurde, dass die anderen Fraktionen in die Vorbereitung des Beratungsgegenstands der Enquete einbezogen werden sollten. Dies ist nicht erfolgt. Wir haben trotz mehrfacher Nachfragen, Herr Kollege Drautz, keine Auskunft bekommen.

(Widerspruch des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Ich sage Ihnen das so, ob es Ihnen passt oder nicht. Wir haben nachgefragt, und wir haben keine Auskunft bekommen. Wir haben diese Vorlage erst gestern Nachmittag auf den Tisch bekommen. Da war unsere Fraktionssitzung bereits zu Ende. Es ist normalerweise das gute Recht einer jeden Fraktion in diesem Hause, dass sie einen solchen Antrag in der Fraktion vorberät. Bei dieser Sachlage davon zu sprechen, es seien keine Hausaufgaben gemacht worden, heißt doch, die Dinge schlicht und einfach auf den Kopf zu stellen.

(Beifall bei den Republikanern)

Noch einen Satz: Sie glauben doch nicht im Ernst – nehmen Sie sich bitte nicht so wichtig –, dass Sie dadurch, dass Sie den Beschluss für die Einsetzung der Enquete einen Monat früher fassen, der mittelständischen Wirtschaft in Baden-Württemberg helfen. Kommen Sie wieder herunter auf den Teppich der Tatsachen. Mit Ihrer Enquetekommission werden Sie der Wirtschaft gar nichts helfen. Sie helfen nur sich selbst im Vorfeld des Wahlkampfes.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/DVP: Dann stimmen Sie doch dagegen!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Fraktion Die Republikaner beantragt, den Tagesordnungspunkt 5 abzusetzen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Behinderung von Existenzgründungen in Baden-Württemberg durch die Neuregelungen der Bundesregierung Schröder zur Bekämpfung der so genannten Scheinselbstständigkeit – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer, worauf die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird; für die einleitenden Erklärungen fünf Minuten und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeiten zu halten. Im Übrigen weise ich auf § 60 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung hin, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu erfolgen hat.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mühlbeyer.

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 1. Januar 1999 hat sich die Rechtslage für Selbstständige geändert. Nichtselbstständige Arbeit liegt bei solchen Personen vor, die erwerbsmäßig tätig sind und keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, regelmäßig und im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind, für Beschäftigte typische Arbeitsleistungen erbringen oder nicht aufgrund unternehmerischer Tätigkeit am Markt auftreten. Bereits beim Vorliegen von zwei der vorher genannten Tatbestände wird nichtselbstständige Tätigkeit unterstellt.

(Abg. Brechtken SPD: Eine widerlegbare Vermutung, Herr Kollege! Das ist etwas völlig anderes!)

Lassen Sie mich vorweg eines sagen: Wir halten eine gesetzliche Regelung zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit für erforderlich, um die so genannten Scheinselbstständigen vor arbeits- und sozialrechtlicher Ausgrenzung und die Solidargemeinschaft vor einer Erosion ihrer Finanzierungsgrundlage zu schützen. Eine solche Regelung muss jedoch sicherstellen, dass insbesondere Existenzgründungen nicht verhindert oder behindert werden.

Die Neuregelungen der Regierung Schröder zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit sind wie viele von der rot-grünen Koalition verabschiedeten Gesetze keine geeignete, sachgerechte Problemlösung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie einmal einen Vorschlag!)

Im Gegenteil, diese Regelungen verhindern Existenzgründungen, vernichten gegründete Existenzen und führen zu mehr Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Ich will Ihnen dies an einem Beispiel darlegen. In der Gründungsphase ist oft ein Selbstständiger alleine. So beginnen oft Betriebe, die sehr groß werden. Der Existenzgründer kann noch keine versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, weil er noch nicht die nötigen Aufträge hat, und beginnt seine Selbstständigkeit mit einem Auftraggeber. In dieser Situation fordern Sie von dem um den Aufbau seiner Existenz bemühten Gründer, der ohnehin mit einer Reihe von Vorschriften zurechtkommen muss, noch einen zusätzlichen erheblichen bürokratischen Verwaltungsaufwand.

(Abg. Brechtken SPD: Was denn? Er muss es darlegen!)

(Mühlbeyer)

Er muss nämlich eine komplizierte Beweislast führen, dass er nicht unter den Begriff „arbeitnehmerähnlicher Selbstständiger“ fällt.

Nun, Herr Kollege Brechtken, der Hintergrund bei dieser Regelung ist doch etwas ganz anderes. Sie haben die von der vorherigen Regierung beschlossene Rentenreform aufgehoben, sehen jetzt, dass es mittelfristig Finanzierungsprobleme gibt, und wollen, um hier die Einnahmen zu verbessern, quasi eine Rentenversicherungspflicht auch für Kleinunternehmen einführen. Das ist die Wahrheit, weil Sie sich vor einer eigenen Reform scheuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nachdem Sie das 630-DM-Gesetz im Gesetzgebungsverfahren sechsmal geändert haben und dabei ein Gesetz mit einer überbürokratischen Regelung herausgekommen ist, das eher die Schwarzarbeit fördert, und nachdem Sie aus der Kernenergie aussteigen wollen und damit Tausende von Arbeitsplätzen vernichten,

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Ach! – Abg. Brechtken SPD: Von Scheinselbstständigkeit zur Kernenergie!)

bitten wir Sie sehr herzlich, den Mut aufzubringen, sich dafür einzusetzen, dass die rot-grüne Koalition in Bonn und die Regierung Schröder das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit so ändern, dass auch in Zukunft Existenzgründungen nicht verhindert, sondern gefördert werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Freie Rede, Herr Kollege! – Abg. Brechtken SPD: Wenn Sie frei reden würden, wäre es besser!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein klassisches Mittelstandsland.

(Abg. Birzele SPD: Und das muss er ablesen!)

Wenn es die Lokomotive für Wirtschaftsentwicklung und für den Abbau der Arbeitslosigkeit bleiben soll, braucht es weiterhin viele Existenzgründungen. Die Geschichte unseres Landes zeigt, dass viele Existenzgründungen mit einer Person begonnen haben und heute bedeutende mittelständische Großbetriebe sind, die Arbeitnehmer beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen, wenn Sie dem Land einen guten Dienst erweisen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die jetzige Regelung schnellstens geändert wird. Wer die Probleme eines verkorkten Gesetzes leugnet, weil er nicht den Mut zu einer Korrektur und zum Eingeständnis einer falschen Entscheidung hat, verdrängt die Realität, ist nicht zukunftsfähig und dient damit auch nicht unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Das war eine starke „freie“ Rede, mein Lieber!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stimmen in einem Punkt mit dem

Vorredner, Herrn Abg. Mühlbeyer, überein: Es war notwendig, ein Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und zur Einführung der Rentenversicherungspflicht für arbeitnehmerähnliche Selbstständige zu verabschieden.

Herr Mühlbeyer, der Unterschied zwischen Ihnen und der Bundesopposition auf der einen und uns auf der anderen Seite besteht darin, dass Sie seit Jahren davon reden, während wir jetzt an der Regierung sind und ein Gesetz verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Mühlbeyer CDU: Aber wie! Handwerklich schlecht! – Weitere lebhaftere Zurufe von der CDU)

Bevor man ein Gesetz kritisiert, meine Damen und Herren, tut man gut daran, genau aufzupassen und nachzulesen, was überhaupt drinsteht.

(Zurufe von der CDU)

Herr Mühlbeyer, Sie haben in der Tat vier Kriterien aufgezählt, die widerlegbare Vermutungen darstellen, aber keine Fakten. Das ist etwas völlig anderes als das, was Sie dargestellt haben. Tatsächlich lauten diese Kriterien: erstes Kriterium: keine versicherungspflichtig Beschäftigten; zweites Kriterium: nur ein einziger Auftraggeber; drittes Kriterium: arbeitnehmerähnliche Beschäftigung; viertes Kriterium: Es tritt jemand nicht am Markt auf. Wenn zwei dieser Faktoren zutreffen, gibt es widerlegbare Vermutungen.

(Unruhe)

Wenn die ersten beiden Kriterien zutreffen – das trifft häufig bei Existenzgründungen zu –, haben wir es in der Tat mit so genannten arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen zu tun, und dann gibt es eine Rentenversicherungspflicht.

Sie haben nicht gesagt, was mit jemandem passiert, der eine Existenz gründen will. Schauen wir den einmal an. Das ist in der Regel einer, der vorher abhängig beschäftigt war. Das heißt, er kommt aus der Rentenversicherungspflicht. Er geht in eine Existenzgründung mit einer in den ersten Jahren unsicheren Situation.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Genau für diese ersten Jahre gibt es eine Sonderregelung. Die heißt: Der Rentenversicherungsbeitrag kann auf Antrag auf 50 % des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten in Deutschland gesenkt werden, und zwar ab 1. April dieses Jahres. Auf Deutsch heißt das: 230 DM Rentenversicherungsbeitrag.

Wenn das Einkommen noch geringer ist, kann dies in der Tat entsprechend angesetzt werden, sodass der Mindestbeitrag bei sage und schreibe 128,50 DM liegt. Wem das immer noch nicht genügt, der geht zu seinem Rentenversicherungsträger. Die Rentenversicherungsträger haben bereits angekündigt, dass es auch eine Stundung dieses Beitrags geben kann.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Wie viel Rente gibt es dann? – Abg. Döpfer CDU: Das ist doch nicht das Problem!)

(Rudolf Hausmann)

Herr Mühlbeyer, wir haben die Situation, dass Sie jahrelang einer ungunstigen Entwicklung zugeschaut haben, ohne etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Wir haben die Situation, dass die Unternehmer und die Selbstständigen erst nach der Sozialrechtsprechung wussten, woran sie denn überhaupt sind.

(Zurufe von der CDU)

Sie hätten, wenn Sie weiterhin an der Regierung geblieben wären, neue Existenzgründer in die Situation getrieben, nicht zu wissen, ob sie rentenversicherungs- und sozialversicherungspflichtig sind oder nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafte Unruhe)

Jetzt haben wir völlig andere Voraussetzungen. Jetzt kennt man die Kriterien, jetzt weiß jemand, der eine Existenz gründen will, um die Probleme, spricht mit seiner Krankenkasse, wie die Situation zu definieren ist, und erhält dann eine verbindliche Auskunft. Er kann dann ohne Rechtsunsicherheit seine Existenz gründen – vor allem mit einer sozialen Absicherung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zum Ende, meine Damen und Herren: Wir brauchen heute

(Abg. Fleischer CDU: Ein besseres Gesetz und eine bessere Regierung!)

nicht die Verunsicherung, die Sie im Augenblick betreiben. Wir brauchen vielmehr eine Bestärkung für die Menschen, die eine Existenz gründen wollen. Wir brauchen nicht Ihre Fundamentalopposition, sondern konstruktive Anregungen und Vorschläge, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen nicht Ihre Miesmacherei, sondern tatsächlich bessere Voraussetzungen für den Standort und entsprechende Werbung dafür. Wenn Sie so mitarbeiten, auch in Ihrer ungewohnten Bundesoppositionsrolle, haben Sie, wenn in der Praxis noch Probleme übrig bleiben, die Chance, im Rahmen der Diskussion und eines Bündnisses für Arbeit mitzudiskutieren und Ihre Vorschläge einzubringen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus allen Parteien, mit Ausnahme der FDP, kam in den letzten Jahren immer wieder die Mahnung, es herrsche Regelungsbedarf im Bereich der Scheinselbstständigkeit,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Klar geregelt, Frau Kollegin! – Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil wir inzwischen die widersinnige Situation haben, dass Firmen, die mit Scheinselbstständigen arbeiten, am Markt Wettbewerbsvorteile gegenüber den Firmen haben, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regulär sozialversicherungspflichtig bezahlen. Dieser Wettbewerbsvorteil hat dazu geführt, dass inzwischen ganze Branchen Strukturen mit enorm viel Scheinselbstständigkeit haben. Nicht umsonst ist die Zahl der Scheinselbstständigen inzwischen auf ca. eine Million angewachsen. Wer hier Regelungsbedarf leugnet, ist blind für die sozialen Probleme, die sich aus der Scheinselbstständigkeit ergeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Die alte Bundesregierung hat einfach weggeschaut und das Problem auflaufen lassen.

(Abg. Döpfer CDU: Sie müssen besser differenzieren!)

Wenn man aber genauer auf den Bereich hinschaut, sieht man, dass es in der Tat nicht einfach ist, ihn zu regeln.

(Abg. Döpfer CDU: Genau!)

Es gibt einfach nicht nur auf der einen Seite die Scheinselbstständigen

(Abg. Döpfer CDU: Jawohl!)

und auf der anderen Seite die Selbstständigen, sondern es gibt eine Grauzone dazwischen, und für diese gab es in der Vergangenheit eine enorme Rechtsunsicherheit. Diese Rechtsunsicherheit ist das neue Gesetz angegangen. Es gibt einfach Selbstständige, die in ihrem Betrieb nur allein tätig sind. Es gibt Selbstständige, die nur für einen Auftraggeber arbeiten und die dennoch Selbstständige sind.

(Abg. Keitel CDU: Ist das schlimm?)

– Das ist überhaupt nicht schlimm.

(Abg. Keitel CDU: Doch, so habe ich den Eindruck!)

Dieser Rechtsbegriff wurde jetzt eindeutig geschaffen und festgelegt. Damit haben wir eine neue Rechtssicherheit für diesen Personenkreis. Diese Personen sind nämlich nicht Scheinselbstständige, sondern sie sind eindeutig Selbstständige, und der Begriff

(Abg. Keitel CDU: Sie wollen den Selbstständigen, den Sie jetzt beschreiben, nicht!)

dafür heißt „arbeitnehmerähnliche Selbstständige“. Wer jetzt hergeht und behauptet, diese alle würden durch das neue Gesetz in die Scheinselbstständigkeit gedrängt, der schafft ein großes Maß an Verunsicherung. Er schädigt diese Betriebe in einem Maß, dass es für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg schädlich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fleischer?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Frau Kollegin, teilen Sie die Auffassung des Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn, der in einer Pressemitteilung am 10. März dieses Jahres erklärt hat, die Bundesregierung sei bei der notwendigen Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit über das Ziel hinausgeschossen, deshalb müsse dieses Thema erneut auf die Tagesordnung des Bündnisses für Arbeit?

(Abg. Döpfer CDU: Also!)

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ich teile diese Einschätzung uneingeschränkt, und wir haben in der Fraktion

(Abg. Keitel CDU: Also zurücknehmen!)

auch ausführlich darüber diskutiert. Das Problem besteht nicht in der Formulierung des Gesetzes, sondern in der Unsicherheit beim Vollzug; denn die Krankenkassen sind jetzt diejenigen, die die Situation der Scheinselbstständigkeit feststellen. Die Krankenkassen haben bisher keine Erfahrung mit dieser neuen Aufgabe.

(Abg. Birk CDU: Jetzt auf die Krankenkassen abladen! – Abg. Keitel CDU: Die Ursache ist Ihre Bürokratie, die Sie verursachen!)

Die Krankenkassen müssen hier mit den Selbstständigen gemeinsam zu einer sinnvollen Umsetzung kommen.

(Abg. Birk CDU: Für wie dumm halten Sie uns eigentlich?)

Wenn man allerdings von vornherein sagt, die Umsetzung werde nicht klappen, es sei für Auftraggeber künftig gefährlich, Familienbetrieben einen Auftrag zu geben,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es doch!
– Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber das ist es doch!)

dann bekommen diese Familienbetriebe auch keine Aufträge mehr, und dann haben Sie durch Panikmache das herbeigeführt, was das Gesetz genau verhindern will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Keitel CDU: Jetzt sind wir schuld, dass das Gesetz nicht funktioniert!)

Es wird entscheidend von der Umsetzung dieses Gesetzes abhängen, ob es mehr Bürokratie bringt oder ob es für die kleinen Betriebe die längst notwendige Rechtssicherheit schafft. Ich bin sicher: Wir wollen mehr Selbstständigkeit, wir wollen eine neue Unternehmenskultur, aber wir wollen auch Wettbewerbsverzerrungen in der Wirtschaft abbauen

(Zurufe der Abg. Hans-Michael Bender und Keitel CDU)

und die Erosion der Sozialversicherungssysteme vermeiden.

Wenn auch Sie dies wollen, wenn Sie dies mit uns zusammen wollen – wenn Sie beides wollen: Scheinselbstständige schützen und neue Unternehmenskultur fördern –, dann treten Sie mit uns zusammen für eine geglückte Umsetzung dieses Gesetzes ein und verunsichern Sie nicht in der Wirtschaft noch, indem Sie falsche Informationen über dieses Gesetz verbreiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist ein echter Angriff auf die Eigenverantwortung der Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Unruhe bei der SPD)

Wir bemühen uns, in Baden-Württemberg eine neue Kultur der Selbstständigkeit zu entwickeln, und hier braucht man die Krankenkassen, damit sie definieren, was selbstständig ist und was nicht.

Ich will Ihnen bloß einmal sagen, wer im Moment von diesem Gesetz betroffen ist: Das sind nicht die „selbst fahrenden Unternehmer im Speditionsgewerbe“. Die hätten die Krankenkassen nämlich schon bisher durchaus in ihre Regelung zwingen können. Es gab Gerichtsurteile; Scheinselbstständigkeit war eindeutig definiert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein Lastwagenfahrer, der Aufträge bekommt, wohin er fahren muss und wann er da zu sein hat, war schon immer scheinselbstständig. Die Sozialversicherungsträger sind da nicht tätig geworden, aber man muss nicht das Gesetz ändern, wenn die sich zu fein sind und die Zeit nicht aufwenden wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber wer ist nun von dem neuen Gesetz betroffen? Zum Beispiel freie Journalisten, Rechtsanwälte, Architekten, interessanterweise auch Volkshochschuldozenten. Ich weiß nicht, ob Sie die gerade so im Visier hatten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Übungsleiter im Sportverein! – Gegenruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD: Keine Ahnung! Informieren Sie sich! Fürchterlich!)

Übungsleiter in den Sportvereinen, Unternehmensberater, ganz klar. Auch die ganzen Freelancer. Das Land Baden-Württemberg plant für Dezember eine Existenzgründungsmesse auf dem Killesberg. Freelancer sind da ein ganz wichtiges Thema, wie jemand in die Selbstständigkeit finden kann. Gerade diese Leute brauchen das künftig gar nicht mehr anzufangen; denn es geht auf dieser Schiene nicht mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man muss noch hinzufügen, dass dieses Gesetz insbesondere Frauen benachteiligt. Denn es ist erwiesen, dass Frau-

(Heiderose Berroth)

en immer die kleineren Unternehmen gründen und sehr viele Frauen, wie ich es in der Familienphase auch getan habe, zunächst eine Teilzeitselbstständigkeit gründen. Da können sie nicht, wenn sie selber abends zwischen acht und zehn oder morgens zwischen vier und sechs Uhr arbeiten, eine voll versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen. Das geht einfach nicht. Dann sind sie aber schon von der Neuregelung betroffen. Mehrere Auftraggeber haben sie auch nicht unbedingt. Dann sind sie automatisch scheinselfständig, obwohl es nichts Selbstständigeres gibt als diese Einteilung.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Rudolf Hausmann SPD: Nein!)

– Ja, natürlich! Aber klar!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie kennen nicht einmal das Gesetz!)

– Das ist eindeutig so definiert.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Aber wirklich, denn es müssen ja sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigt sein.

(Glocke des Präsidenten)

Das heißt, all die Frauen, die versuchen, mit geringfügiger Beschäftigung ihre Familienphase so zu überbrücken, dass sie am Beruf dranbleiben, sind die doppelt Gekniffenen. Das geht nämlich künftig nicht mehr.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, im Moment nicht.

(Unruhe – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

– Am Ende gern. – Das ganz Schlimme daran ist die Beweislastumkehr. Da wird nun nach vielleicht drei Jahren herausgeforscht, dass der Auftraggeber einen so genannten Scheinselbstständigen beauftragt hat, und dann soll er beweisen, was da vor drei Jahren war. Das ist schlicht nicht möglich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das war seither richtig geregelt: Die Sozialversicherungsträger mussten nachweisen, dass jemand scheinselfständig ist, und das war auch gut möglich. Aber diese Umkehrung der Beweislast bringt einfach Wettbewerbsnachteile. Sie bevorzugen in Zukunft die großen Kanzleien, die großen Betriebe, und die kleinen sind echt getreten.

Die haben auch eine schwierige Kalkulation mit diesem komischen Konstrukt der arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen. Ja, was sind die nun? Ich denke schon, sie sind selbstständig; denn sie tragen das volle Risiko. Aber Sie meinen, Sie müssten für sie fürsorglich tätig sein. Dafür

haben sie dann aber eine Kalkulation, mit der sie am Markt nirgends mehr ankommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man kann zusammenfassend nur feststellen: Das ist erneut eine Scheinmaßnahme, mit der Sie sich vor grundsätzlichen Reformen drücken, die eigentlich nötig wären.

(Abg. Birk CDU: Aktionismus! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte einfach aus einer Broschüre zitieren, die wirklich unverdächtig ist, nämlich dem Unternehmermagazin der AOK. Dort heißt es ganz klar: „Die fehlenden Einnahmen der Sozialversicherung sollen nun kompensiert werden.“ So ist es. Das ist Geldmacherei.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jetzt kommen wir langsam auf den Punkt! Da wird ein riesiger Verwaltungsaufwand ausgelöst!)

Diese Debatte ist keine Panikmache, sondern das frühzeitige Hinweisen auf Probleme, die in drei Jahren oder in fünf Jahren in den Bilanzen der Betriebe sehr negativ auftauchen könnten.

Was Sie hier bringen, ist kein Fortschritt, sondern ist eine starke Verunsicherung mit jeder Menge Bürokratieaufwand. Dieser wird sich mit Sicherheit wieder sehr negativ auf die Beitragshöhe in der Sozialversicherung auswirken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen über die Konsequenzen des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte. Da geht es doch im Prinzip um nichts anderes als um Beiträge für die Versicherungsträger. Es geht nicht um Arbeitnehmerrechte, sondern Ihnen reicht das Geld, das in der Kasse ist, nicht, und deswegen brauchen Sie mehr.

Wie irrsinnig Ihr Gesetz ist, zeigt schon der folgende Punkt. Wenn ein junger Mensch, der sich selbstständig macht und am Anfang einen Auftraggeber hat, seine Lebensgefährtin beschäftigt, dann hat er eine Fremdkraft in seiner Firma und ist Selbstständiger. Wenn er sie gut leiden kann und heiratet, ist er vom gleichen Tag an ein Scheinselbstständiger. Wenn so etwas beschlossen wird, muss man sich doch an den Kopf fassen.

(Beifall bei den Republikanern sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Man muss sich wirklich an den Kopf fassen, wenn Sie solche Gesetze machen.

Mit immer neuen Formen der Beschäftigung, meine Damen und Herren, versucht die Wirtschaft, den globalen Herausforderungen gerecht zu werden und ihren Auswirkungen entgegenzutreten. Die Globalisierung ist überhaupt

(Rapp)

erst der Grund dafür, dass wir immer mehr soziale Standards opfern müssen. Der nationale Schutzzaun, den wir einst hatten, ist weg, ist abgebaut, und wir sind einem gnadenlosen und zerstörerischen Preiskampf ausgeliefert.

Wer davon ausgeht, dass er die Arbeit, die er so genannten Scheinselbstständigen wegnimmt, in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse hineinbekommt, täuscht sich. Die Arbeit geht nach Polen, Ungarn oder sonst wohin, bleibt aber nicht hier im Land. Dann haben wieder weniger Leute Beschäftigung.

Es gilt, an den Konsequenzen zu arbeiten, und es gilt, Konsequenzen aus dem zu ziehen, was beschlossen worden ist. Das wäre zunächst einmal der wichtigste Weg.

Lassen Sie mich es ganz deutlich sagen: Der Sozialstaat ist durch den Globalisierungswahn zur Disposition gestellt worden. Die Bürger spüren jetzt draußen die Konsequenzen des Handelns der Altparteien. Es kann nicht sein, dass die CDU, die auf diesem Sektor 16 Jahre gar nichts gemacht hat, denen, die jetzt kommen, sagt, dass alles falsch sei. Ich glaube, da haben beide Seiten Defizite.

(Abg. Birk CDU: Aber der Schaden ist doch jetzt viel größer! – Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

Es hätten gewisse Regelungen geschaffen werden müssen. Aber so, wie wir heute stehen, muss man doch sagen: Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist das sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnis ein Auslaufmodell. Und genau das wollen wir Republikaner nicht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Birk CDU: Aber so geht es nicht!)

Wir möchten den Sozialstaat in diesem Land erhalten.

Wir haben Sie auch immer und immer wieder vor dem gewarnt, was hier auf uns zukommt. Die Bugwelle, die wir jetzt vor uns herschieben, müssen wir wieder loswerden. Wir müssen die Rückkehr zum Sozialstaat finden.

Was ist denn die Steuerreform, die von der Bundesregierung geplant wird? Sie ist gar nichts, sie entlastet um null.

(Abg. Birk CDU: So ist es!)

Sie bringt mehr Bürokratie in die Betriebe, weil man jetzt so viele Nachweise führen muss. Aber es bleibt dabei: Der Automechaniker X muss sechseinhalb Stunden netto arbeiten, damit sein Kollege am Arbeitsplatz neben ihm eine Stunde an seinem Auto arbeiten kann. So viele Nettoarbeitsstunden muss er leisten. Das ist ein irres Verhältnis, und solange das so ist, können Sie nicht erwarten, dass nicht immer wieder irgendwo Lücken gesucht werden.

Bei einer solchen Scheinselbstständigkeit werden Sie wieder mit neuen Tricks rechnen müssen. Da werden wieder zwei gegenseitig ihre Frauen austauschen und pro forma beschäftigen

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

– nur beschäftigungsweise –, damit sie Fremdarbeitskräfte haben. So etwas wird kommen. Sie können überhaupt nicht verhindern,

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

dass die zueinander sagen: „Du beschäftigst meine Frau für 1 000 DM im Monat und ich deine für 1 000 DM. Dann haben wir fremde Arbeitskräfte, und der Fall ist erledigt.“

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Sie setzen sich doch selbst der Manipulation aus, wenn Sie so weitermachen. Die Wirtschaft wird reagieren,

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

und sie wird wiederum Wege finden, die von Ihnen verabschiedeten Gesetze zu unterlaufen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Aber das, was Sie getan haben, war auch eine nüchterne Konsequenz. Sie wollten die 630-DM-Jobs abschaffen, und dann haben Sie Angst bekommen, dass dann noch mehr in die Selbstständigkeit flüchten und für Arbeit Rechnungen schreiben. Mit Sicherheit wollten Sie dem entgegenwirken. Was Sie damit bewirkt haben, ist eine Rechtsunsicherheit. Gegenwärtig ist nämlich überhaupt niemand bereit, etwas zu unternehmen, bevor er sich nicht sicher sein kann, dass später nicht eine Lawine von Forderungen auf ihn zukommt. Sie werden nach dem 1. April ganz deutlich sehen, dass auf dem Arbeitsmarkt eine Beruhigung eintritt. Die Leute sind wegen Ihrer Politik absolut verunsichert.

Man muss auch einmal über andere Dinge nachdenken. Subunternehmer zum Beispiel waren in der Vergangenheit in folgendem Punkt anspruchslos: Sie haben dann, wenn keine Arbeit für sie da war, keine Abfindungen gefordert. Das Risiko, eine Abfindung zahlen zu müssen, ist heute, schon wenn man jemanden kurz- oder mittelfristig beschäftigt, sehr groß. Manche können sich das überhaupt nicht leisten. Es sollte auch einmal darüber diskutiert werden, ob all das, was besteht, richtig ist oder ob man zukünftig nicht auch darauf setzen sollte, jemanden vielleicht nur zwei Jahre in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis unterzubringen.

Ich möchte nachher noch ein paar Vorschläge machen. Meine Redezeit ist fürs Erste abgelaufen.

(Beifall des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birzele SPD: Auch fürs Zweite!)

– Fürs Erste.

Aber ich glaube, dass man auf dem Niveau, dass man sich nur gegenseitig Vorwürfe macht, auf dem gerade diskutiert worden ist, nicht weitermachen kann. Vielmehr muss es im Interesse unserer Bürger wirkliche Lösungen geben. Denn das, was wir jetzt haben, ist ein Wirrwarr, der für die Wirtschaft und die Beschäftigten unerträglich ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Sozialminister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden über die Behinderung von Existenzgründungen durch das neue Regulierungsgesetz und über gar nichts anderes, Herr Hausmann. Ich glaube, dass Sie das Thema nicht verstanden haben. Sonst hätten Sie nicht so argumentiert.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Er hat nicht zugehört!)

– Ja, er hat nicht zugehört.

Frau Schlager, Sie sprechen davon, es gebe in dieser Republik 1 Million Scheinselbstständige. Kein Mensch weiß, wie man die Zahl der Scheinselbstständigen hochrechnen kann.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen:
Die habe ich aus Ihrer Kolumne, Herr Repnik!)

– Ja, aber kein Mensch weiß, wie man diese Zahl hochrechnen kann.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Ich würde also schon sagen: Man sollte bei diesen Themen mit Zahlenangaben sehr vorsichtig sein.

Frau Schlager, Sie haben davon gesprochen, wir sollten gemeinsam mit Ihnen eine geglückte Umsetzung des Gesetzes versuchen. Seien Sie doch bereit, gemeinsam mit uns ein geglücktes Gesetz zu verabschieden, das den Anforderungen, die auch Sie stellen wollen, gerecht wird.

(Zuruf der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die
Grünen)

Wir sind uns darüber einig, dass wir nicht den Scheinselbstständigen wollen – ihn gibt es auch –, der sich um Abgaben für die Sozialversicherung drückt, also nicht denjenigen, der in einem Friseursalon einen Friseurstuhl gepachtet hat und dort so genannt selbstständig arbeitet, und nicht den Kellner, der drei Tische in einem Lokal gemietet hat und dort selbstständig arbeitet. So etwas darf nicht sein. Da muss man auch etwas tun.

Aber ich meine, die Vorschriften und Richtlinien, die wir hatten, hätten genügt, wenn man sie auch umgesetzt hätte.

(Abg. Kurz CDU: So ist es, genau!)

Wir brauchen kein Gesetz, das das Kind mit dem Bade ausschüttet.

Herr Mühlbeyer hat die Kriterien schon genannt. Ich möchte sie aber noch einmal nennen, weil zumindest drei, vier dieser Kriterien durchaus wichtig sind.

Außer Familienmitgliedern keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer: Welcher Existenzgründer fängt gleich mit fünf Arbeitnehmern an? Er fängt selbstverständlich allein an.

Ich nenne einmal ein Beispiel: Ein Informatiker kennt einen mittelständischen Betrieb und kann sagen: „Ich entwickle für Sie Software.“ Er geht dieses Vorhaben als junger Mann an – seine Frau nimmt vielleicht zu Hause noch die Telefonanrufe entgegen, aber mehr Mitarbeiter haben

sie nicht – und entwickelt Software. Er kann natürlich keinen zweiten Betrieb bedienen, weil er mit dem einen ausgelastet ist.

(Abg. Birk CDU: So ist es! Sehr praxisnahes Beispiel! Ein Beispiel aus dem Leben!)

Das heißt, er ist nach dem Gesetz Scheinselbstständiger, also existenzgründungsgefährdet. Er darf sich nicht weiterentwickeln. Dann muss der Unternehmer auch sagen –

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Gut, dann ja. Er kommt aber gar nicht so weit, weil der Unternehmer dann Folgendes sagt, Herr Brechtken: „Ich kann dem doch in der Tat keine Aufträge erteilen, weil der vielleicht nach den Kriterien, die vorgegeben worden sind, scheinselbstständig ist, das heißt, ich wäre dann rückwirkend verpflichtet, die ganzen Kosten zu bezahlen. Ich nehme dann doch lieber gleich eine Firma mit mehreren Angestellten, bei der ich in der Tat nicht die Angst haben muss, einen Scheinselbstständigen zu beschäftigen.“ Die Existenzgründung wird somit in der Tat gefährdet.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Sozialminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Schlager?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, natürlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Repnik, Sie haben gerade gesagt, der Software-Entwickler mit nur einer Person im Geschäft und mit nur einem Auftraggeber sei künftig scheinselbstständig.

Meine erste Frage: Würden Sie diese Aussage in Kenntnis des Gesetzes weiterhin aufrechterhalten?

(Heiterkeit – Abg. Birk CDU: Unverfroren und unverschämt! Frech!)

Zweitens: Würden Sie mir zustimmen, dass dieser Software-Entwickler unter den neuen Rechtsbegriff des „arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen“ fällt? Es sei denn, er ist de facto scheinselbstständig. Aber Sie haben ja gesagt, das wollten Sie selber ausschließen.

(Abg. Rapp REP: Das kann er aufrechterhalten! –
Abg. Birzele SPD: Der Minister liest doch keine
Gesetze!)

Sozialminister Dr. Repnik: Das ist genau diese Auslegungssache. Dafür gibt es auch Zeugen aus Ihrer eigenen Partei. Herr Mosdorf hat Herrn Riester händeringend darum gebeten, man sollte versuchen, bei der Auslegung einigermaßen großzügig zu verfahren. Also auch Mosdorf, Ihr Hoffnungsträger für die Zukunft in diesem Land Baden-Württemberg, hat schon ungeheure Schwächen erkannt, und die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – also nicht nur Rezzo Schlauch – meint, das wäre wohl – ich sage dazu: wie so oft – ein Schnellschuss gewesen und es würden Nachbesserungen erwartet.

(Abg. Birk CDU: Die ganze Regierung ist eine
Nachbesserung!)

(Minister Dr. Repnik)

Auch Clement aus Nordrhein-Westfalen hat gesagt, man müsse nachbessern. Mir tut Riester langsam leid. Er wird zu einer unglücklichen Figur. Er wird von seinen eigenen Parteifreunden aufgefordert, beim 630-DM-Gesetz nachzubessern, er muss bei der Neuregulierung, der Deregulierung – oder wie immer Sie es nennen – nachbessern. Ein Mann, der als DGB-Mann hier in Baden-Württemberg große Erfolge hatte, muss nur noch nachbessern.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie müssen nichts nachbessern, weil Sie nie etwas gemacht haben!)

Das gehört auch in die Reihe von Pleiten, Pech und Pannen dieser rot-grünen Koalition.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Gerhard Schröder stellt sich in der Tat hin – wahrscheinlich zwischen einem Termin zur Kleideranprobe in Rom und einem Auftritt bei „Wetten, dass . . .?“ –

(Heiterkeit)

und sagt: Es sind halt handwerkliche Fehler, die gemacht werden.

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Brechtken SPD sowie der Abg. Fleischer und Döpfer CDU)

Handwerkliche Fehler! Das ist doch eine Beleidigung für jeden Handwerker.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Wenn ein Handwerker so arbeiten würde, wie es die Rot-Grünen seit einem halben Jahr machen, wäre er schon lange pleite.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birk CDU: Rot-Grün ist pleite!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, der „Spiegel“, ein Blatt, das nicht unbedingt auf der konservativen Seite steht – aber wo er Recht hat, hat er Recht –, hat unter der Überschrift „Gut gemeint, aber falsch gemacht“ geschrieben, dass das in eine Reihe von Pannen passe, die Rot-Grün gemacht habe.

Die IHK Region Stuttgart schreibt in ihrer Presseerklärung vom 9. März – ich zitiere –:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hoffentlich ist das der richtige Zettel!)

Die neuen Regelungen bedeuten einen Tiefschlag für viele Existenzgründer und kleine Selbstständige sowie ihre Auftraggeber.

Das sagt der IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter. Er sagt weiter:

Nahezu alle Branchen, in denen Selbstständige arbeiten, sind davon betroffen.

Wir schätzen, dass mindestens 30 000 Unternehmer allein in der Region Stuttgart von der Problematik berührt werden.

So Richter.

Der zweite große Nachteil bei diesem Gesetz ist folgender: Die Beweislast wird umgekehrt. Ich muss beweisen, dass ein Subunternehmer kein Scheinselbstständiger gewesen sein soll. Auch dafür gibt es in dieser Erklärung ein belegtes Beispiel:

Ein Unternehmer in Stuttgart hat in fünf Jahren jährlich ca. 1 Million DM Umsatz gemacht. Davon hat er jeweils 800 000 DM Honorar an Subunternehmer gezahlt, die überwiegend für ihn tätig waren. Von seinen 200 000 DM Rohertrag bleiben ihm abzüglich Personal- und Sachkosten sowie Steuern jährlich 80 000 DM übrig. Und jetzt soll er für diese fünf Jahre nachbezahlen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das ist doch Ihre Gesetzgebung, Herr Repnik! Das ist ja unglaublich!)

Diese Existenz ist in der Tat vernichtet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist das alte Recht! – Abg. Brechtken SPD: Das ist das alte Gesetz! – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade auch von Rot-Grün, wenn Sie ernsthaft wollen, dass wir Scheinselbstständige zurückdrängen, aber Existenzgründungen zulassen, dann arbeiten Sie mit uns gemeinsam an einer Veränderung dieses Gesetzes. So, wie es jetzt vorliegt, können wir in der Tat nicht weiterarbeiten.

Danke schön.

(Beifall des Abg. Haas CDU)

Präsident Straub: Herr Sozialminister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hausmann?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Sozialminister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Beispiel, das Sie gerade zitiert haben, nämlich dass ein Unternehmer für vier Jahre zurückzahlen muss, exakt die unsichere Situation ist, die auf der Gesetzgebung beruht, die Sie als CDU und FDP zu verantworten haben? Denn das ist die alte Regelung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie dieses Beispiel bringen, würden Sie dann zur Kenntnis nehmen, dass genau deswegen der Handlungsbedarf so groß war, jetzt eine Neuregelung zu treffen, und Sie bisher nichts gemacht haben?

Sozialminister Dr. Repnik: Das, was Sie gesagt haben, stimmt aber nur zum Teil.

(Abg. Brechtken SPD: Aber immerhin! Aber immerhin zum Teil!)

– Zum Teil stimmt es. Deswegen sage ich: Lasst uns doch gemeinsam ein Gesetz und eine Regelung machen,

(Abg. Brechtken SPD: Machen Sie einen Vorschlag!)

(Minister Dr. Repnik)

die diese Scheinselbstständigkeit in der Tat auf das normale Maß zurückdrängt, aber die Existenzgründungen nicht gefährdet. Im Augenblick ist genau diese Gefährdung zu befürchten.

Danke schön.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Sozialminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hat sich erledigt!)

– Hat sich erledigt.

Dann erteile ich das Wort Herrn Abg. Kurz.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt ein Selbstständiger!)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rapp, es werden natürlich nicht die Frauen ausgetauscht, sondern die Arbeit wird neu organisiert. Ich hoffe, dass Sie dies auch so gemeint haben.

(Abg. Rapp REP: So war es gemeint!)

Meine Damen und Herren, was wir im Augenblick in dieser Diskussion erleben, ist schon recht seltsam. Herr Hausmann stellt sich hier hin und spricht von Verunsicherung. Wer verunsichert? Ich lese heute in der Zeitung, dass Herr Müller,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Wirtschaftsminister!)

der der SPD nahe stehende Wirtschaftsminister in Bonn, sagt: Dieses Gesetz ist korrekturbedürftig.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Herr Kuhn erklärt in der Presse: Wir sind über das Ziel hinausgeschossen.

(Abg. Döpfer CDU: Aber weit!)

Ich stelle fest, Sie sind nicht nur über das Ziel hinausgeschossen, sondern, wenn man die Messlatte einer realen, klaren und durchschaubaren Politik in mittlerer Höhe anlegt, glatt unten durchmarschiert.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Kuhn, ich möchte Ihnen ein Zitat aus einem Brief von Henrik Ibsen an Georg Brandes vorlesen. Beide waren Positivisten, die mit ihrer Literatur in Dänemark, Schweden und Deutschland wesentlich den Naturalismus beeinflusst haben. Er schrieb – dies ist nahezu auf die heutige Politik anwendbar –:

Alle Entwicklung ist bis jetzt nichts anderes als ein Taumeln von einem Irrtum in den anderen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Die Positivisten waren gut! Das wusste ich gar nicht!)

So müssen wir diese Gesetzgebungspraxis ansehen. Wir müssen doch erkennen, dass die Arbeitswelt von gestern völlig anders aussieht als die Arbeitswelt von morgen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben doch diese totale Strukturveränderung zur Kenntnis zu nehmen. Wir leben in einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Neue Medien werden die Welt von morgen bestimmen. Eine völlig neue Art der Selbstständigkeit wird entstehen müssen. Es wird in der Zukunft auch Mischverhältnisse geben zwischen dem, was Sie heute als unselbstständig, und dem, was Sie heute als selbstständig bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Es wird möglich sein, dass jemand, der einerseits in einem abhängigen Arbeitsverhältnis steht, auf der anderen Seite auch noch selbstständig tätig sein wird und in der Zukunft tätig sein muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Darf ein Arbeitsloser nicht auch noch durch selbstständige und eigenverantwortliche Tätigkeit in der Zukunft etwas hinzuverdienen? All dies machen Sie zunichte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Präsident Straub: Herr Abg. Kurz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Abg. Kurz CDU: Wenn er meinen Gedankensprung nicht durchkreuzt. Bitte!

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe noch eine Nachfrage zu dem Ibsen-Brief. Herr Kurz, man muss natürlich schon noch einmal hinterfragen, wie Sie das meinen. Glauben Sie denn, dass Herr Ibsen diese Äußerung speziell auf die rot-grüne Bundesregierung des Jahres 1999 bezogen hat, oder glauben Sie eher, dass er die ganze Menschheit, also auch die Schwarzen und die Gelben, gemeint hat?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ibsen war Visionär!)

Abg. Kurz CDU: Herr Kuhn, der Brief stammt vom 4. April 1872. Wenn er damals an eine rot-grüne Regierung in der Bundesrepublik gedacht hätte – er hat übrigens vier Jahre in Deutschland gelebt –, hätte er damals schon graue Haare bekommen.

(Heiterkeit bei der CDU)

In dieser Welt der Veränderungen gibt es in der Zukunft ganz andere Mischformen der Arbeit und der Zusammenarbeit. Wer meint, man könne das, was sich im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe in der Zukunft entwickeln muss, mit den Denkschablonen des 19. Jahrhunderts behindern und per Gesetz eine überkommene Arbeitsweise zementieren, der liegt völlig falsch. Wir müssen uns frei machen von diesen veralteten Leitlinien und müssen uns in die Lage versetzen, neue und innovative Ideen in

(Kurz)

unserer Arbeitswelt zu installieren, und den Menschen auch die Möglichkeit geben, mit diesen neuen Strukturen zurande zu kommen. Wer die Hinwendung zu mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit durch eine oberflächliche Gesetzgebung behindert, hat die reale Herausforderung dieser Zeit nicht erkannt. Er gefährdet in fahrlässiger Weise selbstständige Existenzen und verzichtet auf Innovation.

Was ist eigentlich die typische Arbeitsleistung? Schauen Sie sich einen heutigen Familienbetrieb an: Da muss jeder eine typische Arbeitnehmerleistung übernehmen, um den Fortbestand des Betriebes zu sichern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Schon ist ein solches Kriterium erfüllt. Ein Zweites kommt schnell hinzu. Und schon ist der Familienbetrieb in der Strafkategorie!

Echte Scheinselbstständigkeit war mit dem bisherigen Recht bereits in den Griff zu bekommen. Das Schlimme ist, dass Scheinselbstständigkeit durch dieses Gesetz neu definiert wurde

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und jetzt Kreise trifft, die bisher so nicht betroffen waren.

Das Problem ist nicht die so genannte Scheinselbstständigkeit. Das Problem ist oftmals die mangelhafte Vorsorge. Hier muss die Politik ansetzen. Ich bin da durchaus ausgeschlossen und sage: Auf der einen Seite muss es Selbstständigkeit geben, muss es Selbstständigkeit ohne Zwang, ohne Einfluss, ohne überhöhte Bürokratie geben. Auf der anderen Seite muss man auch dafür sorgen, dass dort eine eigenverantwortliche Vorsorge betrieben wird und auch betrieben werden kann.

Wir brauchen ein neues Prinzip der Organisation unserer Gesellschaft. Wir müssen mehr auf Engagement und Verantwortung des Einzelnen setzen, damit die den Menschen innewohnende Kreativität und Innovationsfähigkeit auch voll zur Geltung kommt. Vertrauen in die Menschen, nicht Kontrolle und Bevormundung – das muss die jetzige Parole sein.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Freiheit ist von Verantwortung nicht zu trennen, wenn sie nicht zur bloßen Libertinage verkommen soll. Dabei ist nicht so sehr besorgniserregend, dass Menschen mit der Aufforderung zur Eigenverantwortung nicht zurechtkommen, sondern besorgniserregend ist die Tatsache, dass wir durch staatliche Bevormundung, durch Wegnahme von Verantwortung die Menschen bisher unterfordert haben und damit das gewaltige Potenzial an Solidarität in unserer Gesellschaft zugeschüttet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Nein, durch Verlagerung! Das ist doch unglaublich! Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Dieses Potenzial müssen wir wieder freisetzen. Das geht aber nicht mit Ihrer Politik, mit der Politik der Eingren-

zung, mit der Politik der Zementierung überkommener Strukturen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass die alte Regierung in Kenntnis der Schwierigkeiten im Bereich der Scheinselbstständigkeit und im Bereich des Missbrauchs der Sozialversicherungssysteme nichts zustande gebracht hat,

(Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: Das war doch geregelt!)

könnte man noch hinnehmen. Aber wenn Sie als Opposition durch Ihren Minister am Beispiel des Briefs der IHK Region Stuttgart von einem Unternehmer erzählen lassen, der für fünf Jahre zurückzahlen müsse, und nicht einmal wissen, dass es Ihre eigene Gesetzgebung ist, die da zugeschlagen hat, dann haben Sie sich nicht einmal auf die heutige Debatte vorbereitet. Das ist ein Armutszeugnis für Sie und Ihre derzeitige Oppositionsrolle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Birk CDU: Herr Hausmann, das Gesetz ist trotzdem schlecht! Schlampiges Gesetz!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat 1997 in einem Antrag die Frage gestellt: Was motiviert die Auftraggeber, in der diffusen Grauzone Menschen als angebliche oder tatsächliche Selbstständige zu beschäftigen? Die Antwort des Ministeriums war – ihr stimmen wir voll zu –: Der Auftraggeber hat Interesse, keine Schutzrechte einhalten zu müssen, keine tariflichen Bedingungen einhalten zu müssen und keinen Kündigungsschutz einhalten zu müssen.

Wir haben die Frage gestellt: Was motiviert denn den so genannten Scheinselbstständigen, in diese Situation hineinzugehen? Die Antwort des Sozialministeriums von Baden-Württemberg – auch ihr stimmen wir zu – hat geheißen: Häufig ist es die Angst, sonst keine Arbeit zu bekommen; häufig ist es die Angst, sonst seine Arbeit zu verlieren; und dann gibt es den Teil, der sich tatsächlich selbstständig machen möchte. Dieser Einschätzung stimmen wir voll zu.

Passiert ist aber aus dieser gemeinsam festgestellten Analyse heraus herzlich wenig.

Ich möchte Ihnen das Beispiel der Scheinselbstständigkeit aus dem Fahrerbereich nennen. Da sagt ein Unternehmer zu seinem Fahrer: „Ich kann dich nicht weiter beschäftigen, aber ich biete dir an, den Lkw für 150 000 DM gebraucht zu übernehmen.“ Der Fahrer macht dies. Er hat als einzigen Auftraggeber seinen bisherigen Arbeitgeber, ist schutzlos und rechtlos als vorher und kann so reguliert werden, dass ihm das Wasser exakt bis hier am Hals steht. Wenn der bisherige Arbeitgeber nicht mehr will, dann dreht er den Hahn vollends ganz auf, und die Existenz ist vernichtet.

(Glocke des Präsidenten)

(Rudolf Hausmann)

Wenn das das Bild der Selbstständigkeit sein soll, das Sie anstreben, dann ist das zumindest nicht unseres, und dann werben wir für solche Regelungen Nichtselbstständige und nicht Existenzgründer.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Herr Abg. Hausmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Selbstverständlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Hausmann, wenn Sie mir zugehört haben, dann haben Sie gehört, dass ich genau dieses Beispiel angeführt habe und dass ich der festen Meinung bin, dass die Sozialversicherungsträger Recht bekommen hätten, wenn sie dies angeklagt hätten. Das wäre dann zu Recht geschehen. Das ist genau der Punkt, an dem wirklich eine Scheinselbstständigkeit bestand. Aber da war die Rechtslage schon da. Das wurde nur nicht verfolgt. Jetzt frage ich: Weshalb braucht es dann ein neues Gesetz?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Birk CDU)

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Frau Berroth, damit bin ich genau bei meinem nächsten Teil. Das ist genau die Antwort auf Ihre Frage. Wir haben das Sozialministerium in dem Antrag von 1997 aufgefördert: Bitte schaffen Sie mit uns zusammen eine Regelung dieser Tatbestände! Bringen Sie eine Bundesratsinitiative ein! In einer solchen Bundesratsinitiative hätte man alle Gesichtspunkte berücksichtigen können.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Antwort des Sozialministeriums, damals des Herrn Vetter: Kein Handlungsbedarf aufgrund der im Bundesrat vorliegenden Papiere.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Weil das Selbstverwaltung ist! – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Kein Handlungsbedarf!

Herr Dr. Repnik, Sie sagten: „Setzen Sie sich mit uns zusammen, und machen Sie ein ordentliches Gesetz.“ Menschenskinder, genau das haben wir versucht! Eineinhalb Jahre liegt das zurück. Von Ihnen kam bis zum heutigen Zeitpunkt, bis zur heutigen Debatte

(Abg. Birk CDU: Das ist ein Gesetz auf Bundesebene!)

kein einziger Vorschlag dazu, wie denn eine sinnvolle Gestaltung aussehen könnte. Dazu gab es keinen einzigen Vorschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Frau Berroth, jetzt richte ich mich noch einmal an Sie. Jetzt will ich das noch einmal in Kurzfassung sagen, weil Sie das in der Runde anscheinend nicht wissen.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

In Kurzfassung: Existenzgründer – um diese soll es nach dem von Ihnen beantragten Thema in der heutigen Debatte ja gehen – zahlen in den ersten drei Jahren 50 % des Rentenversicherungsbeitrags, also höchstens 230 DM. Dann zahlen sie, wenn sie weniger verdienen, 128,50 DM, und im Zweifelsfall kann gestundet werden. Auch davon gibt es noch Ausnahmen. Wer über 50 Jahre alt ist, hat eine Ausnahmesituation.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wer bereits letztes Jahr eine Lebensversicherung hatte, hat eine Ausnahmesituation und fällt nicht darunter. Sie nennen die Fakten nicht, weil sie Ihnen unangenehm sind. Das weiß ich schon.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein! – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

– Wenn 128,50 DM ein Hinderungsgrund für eine Existenzgründung sind – Entschuldigung! –, dann kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen. So kann man nicht darangehen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber was bekommt man denn daraus für einen Rentenanspruch? Nichts! Nur Bürokratie! – Abg. Kluck FDP/DVP: Keine Ahnung!)

Zu guter Letzt, meine Damen und Herren: Klinken Sie sich in die Diskussion ein. Bringen Sie ernsthafte Vorschläge.

(Abg. Birk CDU: Ziehen Sie Ihr Gesetz zurück! – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wenn wir Praxiswerte darüber haben, wie das Gesetz umgesetzt wird, dann werden wir jederzeit auch mit Ihnen offen diskutieren, wenn Sie wirklich Vorschläge bringen.

(Abg. Birk CDU: Ziehen Sie das Gesetz zurück!)

Wenn es etwas Besseres gibt als das, was jetzt verabschiedet ist, dann werden wir das selbstverständlich mit aufnehmen. Wir laden Sie herzlich dazu ein.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Birk CDU: Machen Sie ein anderes Gesetz! Das ist einfacher! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Ihnen verdeutlichen, warum es berechtigt ist, dass vonseiten der CDU- und der FDP/DVP-Vertreter hier davon gesprochen worden ist, dass die seit 1. Januar 1999 geltende Regelung katastrophale Auswirkungen hier in Baden-Württemberg hat und dass es deswegen das Beste wäre, wenn Sie die Regelung, die seit 1. Januar 1999 gilt, vom Tisch nähmen, sie zurückzögen,

(Abg. Hehn CDU: Bravo!)

(Minister Dr. Döring)

und wenn man sich dann an die Arbeit machte – das halte ich auch für richtig –, zu einer vernünftigen Regelung zu kommen. Das, was bisher auf dem Tisch liegt, ist untauglich. Es ist mittelstandsfeindlich. Es geht massiv gegen die Existenzgründer, und es hat für eine ungeheure Verunsicherung gesorgt, für die Sie verantwortlich sind und nicht diejenigen, die die Debatte beantragt haben und die sich hier zu Wort gemeldet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich aus Baden-Württemberg heraus sagen: In Baden-Württemberg hat nach den Daten der amtlichen Statistik jeder zweite Selbstständige keine familienfremden Arbeitskräfte und Beschäftigten und erfüllt damit bereits eines der vier Kriterien. Das sind 240 000 Selbstständige allein bei uns in Baden-Württemberg.

Es kommt hinzu – das sind ja Zahlen, die wir nicht irgendwie erfinden, sondern die auf dem Tisch liegen, Zahlen von denen, die sich tagtäglich mit dem Thema befassen müssen –, der Bundesverband der Freien Berufe rechnet mit 50 000 bis 60 000 gefährdeten Arbeitsplätzen in seinem Bereich. Die IHK Reutlingen rechnet für die Region Neckar-Alb mit 10 000 Betroffenen. Hochgerechnet auf das Land ist die Zahl der Betroffenen etwa 100 000. Dies zeigt, dass das ein ernsthaftes Thema ist und nicht ein Thema der Opposition, um Opposition der Opposition willen zu betreiben.

Eine Untersuchung der Geförderten, allein der geförderten Gründungen des Gründungsjahres 1992, zeigt, dass im Jahr 1997, also fünf Jahre nach der Gründung, noch immer 16 % der Unternehmen Ein-Mann- oder Eine-Frau-Betriebe sind, die alle nach dieser Regelung ein Kriterium bereits erfüllen; sieben bis acht Jahre nach der Gründung immer noch. Weitere 15 % der Unternehmen weisen zwei tätige Personen auf.

Es kommt hinzu, dass Sie sich vergegenwärtigen müssen, welche schlimmen Auswirkungen das jetzt schon hat. Die Fraunhofer-Gesellschaft weist darauf hin:

Wir bitten Sie deshalb,

– aufgrund dieser Regelung seit Januar 1999 –

sämtliche Werk- und Dienstverträge zu überprüfen sowie bei Anbahnung und Abschluss von neuen Werk- und Dienstverträgen um große Sorgfalt. Dies gilt auch bei Verträgen mit so genannten Ein-Mann-Firmen.

Es soll Folgendes beachtet werden:

Erstens: Ein Auftragnehmer sollte nicht mit mehr als 50 % seiner Kapazität beauftragt werden.

Das heißt, das haut voll rein bei denjenigen, die diesen einen Auftraggeber eben haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die sollen nicht mehr mit mehr als 50 % beauftragt werden, jetzt schon aufgrund der Verunsicherung, die Sie mit Ihrer Regelung auf den Weg gebracht haben. Das heißt für die unmittelbar Betroffenen, dass sie von jetzt auf nachher um 50 % ihrer Einnahmemöglichkeiten beraubt werden.

(Beifall des Abg. Birk CDU – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zweiter Punkt:

Ein Auftragnehmer sollte nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung beauftragt werden.

Das sind die negativen Auswirkungen, die Ihre Regelung zur Folge hat.

Und es geht weiter. Schauen Sie sich einen Bereich an, der von Ihrer Seite immer als besonders zukunftsfruchtig und zukunfts wichtig betrachtet wird. Nehmen wir den Bundesverband Informationstechnologien. Da heißt es wörtlich – ich darf zitieren –:

Die Konsequenzen bekommt die Informationstechnologiebranche schon jetzt zu spüren, wie eine aktuelle Mitgliederumfrage des Verbandes ergab. Einige Firmen haben mittlerweile sogar prophylaktisch die Zusammenarbeit mit Freien aufgekündigt, weil die ausstehenden Zahlungen sie in Liquiditätsengpässe bringen könnten.

Das sind die Auswirkungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birk CDU: Wenn man von dem Thema nichts versteht!)

Schon aufgekündigt! Da kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, dass das keine konkreten Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in Baden-Württemberg und in Deutschland hätte. Vielmehr muss man feststellen: Die Auswirkungen sind verheerend. Sie treffen vor allem die Kleinen und Mittleren. Sie führen zu etwas, was wir nicht wollen, nämlich zu einem Aufbrechen der mittelständischen Strukturen und einem Zusammenführen zu größeren Vereinigungen und Organisationen. Das ist das glatte Gegenteil von dem, wofür wir uns sonst, hin und wieder auch von Ihnen unterstützt, in dieser Frage einsetzen.

Zum anderen kommt hinzu, Herr Hausmann: Sie kämpfen eine Schlacht, die an anderer Stelle eigentlich schon längst aufgegeben worden ist. „Handelsblatt“ heute: Bundeswirtschaftsminister Müller: „Bei der Scheinselbstständigenregelung muss ganz selbstverständlich eine Korrektur vorgenommen werden.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aha!)

Nehmen Sie diese Korrektur auch vor, kündigen Sie sie nicht ständig an, sondern machen Sie endlich diese Korrektur! Wir vonseiten des Landwirtschaftsministeriums und der Landesregierung werden eine Bundesratsinitiative einbringen, weil wir wollen, dass es zu einer Korrektur kommt. Herr Hausmann, ich sage Ihnen auch, bei welchen drei Punkten. Es ist realistisch, befürchte ich einmal, nicht damit zu rechnen, dass Sie das ganz vom Tisch nehmen werden, weil Missbrauch an einzelnen Stellen besteht – das ist auch einzuräumen –, der angegangen werden muss. Frau Kollegin Berroth hat darauf hingewiesen. Bestehende Regelungen in vollem Umfang anzuwenden, das wäre meiner Meinung nach ausreichend, um die Korrektur hinzubekommen, dass der Missbrauch bekämpft wird.

(Minister Dr. Döring)

Auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass Sie das nicht gänzlich zurücknehmen, lassen Sie mich drei konkrete Punkte vortragen.

Erstens: Wir brauchen weiter gehende Ausnahmeregelungen für Existenzgründer. Wenn Sie Existenzgründerinnen und Existenzgründer ermutigen wollen, den Weg in die Selbstständigkeit, in die Existenzgründung zu gehen, müssen Sie diese Hindernisse aus dem Weg räumen und deswegen mehr Ausnahmeregelungen für Existenzgründer zulassen.

Zweiter wichtiger Punkt: Ausschluss einer rückwirkenden Nachforderung von Versicherungsbeiträgen über den 1. Januar 1999 hinaus, wenn die Tätigkeit sofort den Einzugsstellen gemeldet und um einen Feststellungsbescheid gebeten wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Das ist aber jetzt schon so!)

Dritter Punkt: Dauerhafte Befreiungsmöglichkeit von der Versicherungspflicht, wenn eine gleichwertige private Versicherung nachgewiesen wird.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das ist doch schon so! – Abg. Brechtken SPD: Schon Rechtslage, Herr Minister!)

Machen Sie diese Korrekturen! Gehen Sie nicht an die heran, die Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze sichern wollen!

(Abg. Brechtken SPD: Die beiden letzten Punkte sind schon Rechtslage!)

Sind Sie bereit zur Korrektur bei der Scheinselbstständigkeit, dann haben wir einen Weg, wie es zu einer Einigung kommen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Die beiden letzten Punkte sind bereits Rechtslage!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar für die Präzisierung der Forderungen. Ich werde auf Ihre drei Forderungen eingehen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Gesetz ändern!)

Sie haben gesagt, es müsse Ausnahmeregelungen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer geben. Diese Auffassung teilen wir. Ich möchte Ihnen aber nochmals sagen, wie umfänglich diese Ausnahmeregelungen bereits sind.

Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die gefördert worden sind, fallen nicht unter die neue Regelung. Das heißt, es besteht gar nicht die Gefahr, dass geförderte Betriebe plötzlich als scheinselbstständig eingestuft werden.

Zweitens: Arbeitnehmerähnliche Selbstständige können sich von der Rentenversicherungszahlung befreien lassen – bis auf den Mindestbetrag von 123 DM, was keinen Existenzgründer in den Ruin treibt.

(Lachen des Abg. Birk CDU)

Ihre zweite Forderung: Die Nachforderungen dürfen kein Problem für die Wirtschaft werden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die sind eines!)

Die Nachforderungen sind jetzt geltende Rechtslage.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Genau! So ist es!)

Deswegen hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, alle Fälle, die aufgrund der neuen Rechtslage bei einer Prüfung herausgefunden werden, nicht mit Nachzahlungen zu bedenken.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Es muss also so bleiben, dass das, was bisher gegolten hat, weiterhin gilt, dass man aber bei der Neuregelung mit Augenmaß vorgeht. Die Bundesregierung wird Ihre zweite Forderung also erfüllen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also abhaken, Döring!)

Die dritte Forderung war: Es muss dauerhafte Befreiungsmöglichkeiten von der Rentenversicherung durch private Vorsorge geben. Dies ist bereits in das Gesetz aufgenommen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Genau, so ist es!)

Wer eine Lebensversicherung hat, ist von daher von der Regelung nicht betroffen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Lesen, Herr Döring!)

Von daher ist auch Ihre dritte Forderung zu weiten Teilen erfüllt.

Es gibt einen Punkt, über den wir gemeinsam nachdenken können: Wer Immobilien oder einen Aktienfonds als private Vorsorge gewählt hat, soll unserer Meinung nach dies künftig auch als private Vorsorge anerkannt bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Aber die Grundforderung, Herr Döring, dass private Vorsorge anerkannt wird, ist bereits in das Gesetz aufgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Frau Kollegin Schlager, warum verteidigen Sie eine Regelung, von der Sie doch selbst wissen, dass sie unsinnig ist und Arbeitsplätze vernichtet?

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie kennen sie noch nicht einmal! Das ist das Problem! – Unruhe)

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kluck, warum stellen Sie so eine unsinnige Zwischenfrage?

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bin gerade mit Minister Döring an die erfreuliche Stelle gekommen, dass wir gemeinsam überlegen, welche Sonderregelungen getroffen werden müssen, welche Ausnahmen es geben muss.

(Unruhe)

Ich konnte dem Herrn Minister sagen, dass seine wesentlichen Forderungen bereits erfüllt sind und dass wir gerne über weitere Modifizierungen zusammen nachdenken, wenn Sie endlich aus Ihrer radikalen Oppositionshaltung im Sinne von „Wir geben nichts, wir machen nichts!“ einmal herauskommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jawohl, sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Meine Damen und Herren im Prokrustesbett der Regulierer und der Bürokraten und derjenigen, die dauernd auf der Suche nach Geld sind, weil die Sozialkassen zurzeit leer sind!

(Abg. Bebbler SPD: Was für ein Bett?)

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, dass die Opposition schon heute ankündigt, das Gesetz ändern zu wollen. Das ist immerhin ein Fortschritt. Ich denke, wir können dann wohl demnächst erneut über dieses Gesetz diskutieren.

Herr Hausmann scheint sich noch nicht richtig in die Materie eingearbeitet zu haben. Deshalb ist es wichtig, noch einiges klarzustellen, und zwar ganz einfach deshalb, weil die private Vorsorge, die er anführte, nur für die Selbstständigen ab 50 Jahren gilt.

(Abg. Sabine Schlager und Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, falsch! – Abg. Bebbler SPD: Schon wieder falsch! – Weitere Zurufe)

– Ich werde Ihnen das gleich belegen. Ich habe aus der Zeitschrift für Handelsvertreter, die ja zu einem großen Teil auch betroffen sind – –

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Lesen Sie das Gesetz und nicht Zeitschriften! – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Das Gesetz lesen und nicht Zeitschriften! – Unruhe)

Üblicherweise brauchen die bisher eine ganz normale Rentenversicherung. Und zu Ihrem Argument, Herr Hausmann, dass die nur 127 DM bezahlen müssten, kann ich nur sagen: Demjenigen, der nur 127 DM bezahlen muss, müssen wir dringend abraten, sich überhaupt selbstständig zu machen, weil zu gewärtigen ist, dass er nicht einmal in der Lage wäre, seine Krankenkassenbeiträge zu bezahlen.

(Unruhe)

Im Übrigen bringen Sie für diese Selbstständigen nicht mehr Sicherheit, sondern durch dieses Konstrukt der arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen schaffen Sie Scheinselbstständige, und diesen Status nennen Sie in Zukunft auch noch rechtens. Der frühere so genannte Scheinselbstständige, wie zum Beispiel beim Messebau in Stuttgart, konnte gegen diesen Fakt klagen und hatte dann den Erfolg, dass für ihn die Sozialversicherungsbeiträge nachbezahlt wurden. In Zukunft muss der so genannte arbeitnehmerähnliche Selbstständige seine Rentenversicherung oder, wie Sie sagen, seine Lebensversicherung zahlen, bekommt aber bei Arbeitslosigkeit keineswegs in irgendeiner Art und Weise Arbeitslosengeld. Er fällt da völlig heraus. Die Ansicht, dass in Zukunft die arbeitnehmerähnlichen Selbstständigen besser gestellt werden, stimmt ganz und gar nicht.

Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren – das muss einfach noch einmal festgehalten werden –, verhindern Sie die Möglichkeit des Einstiegs in den Ausstieg. Sie verhindern Flexibilität. Sie machen es für die Unternehmen außerordentlich schwierig, Kleinstunternehmen und Einmannbetriebe überhaupt als Lieferanten zu beauftragen. Der Herr Minister hat gerade ausgeführt, dass die Fraunhofer-Gesellschaft dabei ist, das gesamte Thema zurückzuführen, und in Zukunft erhalten Einmannbetriebe mit Sicherheit nur wenige Aufträge. Aber wir wissen ja alle: Bei uns wäre ein Bill Gates gar nicht möglich, weil es bei uns strikt und sachlich verboten ist, mit einem Betrieb in einer Garage anzufangen.

(Abg. Bebbler SPD: Wir schenken Ihnen erst einmal den Gesetzestext, Frau Kollegin! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der ist doch im Internet, glaube ich!)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen, dass Sie sich mit diesem Thema noch einmal sehr gründlich befassen sollten, um in Zukunft für junge Leute, für Software-Entwickler, für Redakteure, für eine ganz breite Sparte unabhängig tätiger Selbstständiger bessere Regelungen zu schaffen. Sie sollten darauf hinwirken, dass die Beweislastumkehr, die Sie zurzeit noch verlangen, nicht fortgesetzt wird, weil die Nachforderungen viele Firmen in die Pleite treiben würden. Man kann nur hoffen, dass auf die Aussage von Frau Schlager Verlass ist und dass diese Nachforderungen so nicht kommen.

Im Übrigen haben Sie eine riesige Bürokratie geschaffen. Allein 3 000 neue Prüfer wurden eingestellt, um die gesamten Betriebe zu durchleuchten und festzustellen, ob möglicherweise Scheinselbstständigkeitsverhältnisse vorliegen oder nicht. Diese Art der Schaffung von Arbeitsplätzen, meine Damen und Herren, ist ganz gewiss nicht die, die wir brauchen.

Ich hoffe, dass wir demnächst bei einer Debatte feststellen können, dass dieses Gesetz kein Homunkulus ist, der wirklich nur Verunsicherung und Inflexibilität zur Folge hat, sondern dass in Zukunft ein Weg in eine Wirtschaftsordnung gewiesen wird, die wir brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Problem der Altersversorgung aller Selbstständigen müssen wir eines Tages mit Sicherheit noch diskutieren. Wenn früher das Betriebsvermögen die reine Altersabsicherung war, kann es heute sein, dass diese Absicherung wegen der Kurzlebigkeit der Investitionsgüter zumindest zum großen Teil verloren gegangen ist. Das können wir dann aber nicht an der Größe des Betriebes festmachen, sondern das muss man am tatsächlichen Istzustand festmachen. Diese Frage wird sich mit Sicherheit in Zukunft noch stellen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass vor allem das, was die beiden Fraktionen von Rot und Grün Strukturwandel nennen, in der Regel der Ausstieg aus der sozialen Verantwortung gegenüber Menschen ist. Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie eine solche Politik betreiben und nachher die Folgen Ihrer Politik bejammern. Das ist unredlich gegenüber den Bürgern und dem Land.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist absolut unredliche Politik.

Wissen Sie, es geht doch letzten Endes auch nicht, die so genannten Subunternehmer und Scheinselbstständigen alle in das gleiche Rentensystem drücken und die Mitglieder Ihrer Toskana-Fraktion in Versorgungswerken absichern zu wollen, die keine Fremdlasten zu tragen haben wie die übrigen Rentensysteme.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das ist auch keine Fairness dem Bürger gegenüber; das muss man der Fairness halber dazusagen.

(Abg. Maurer SPD: Versorgungswerk für die Toskana-Fraktion! – Heiterkeit des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kommen wir zu den ganzen Kontrollsystemen, die nach Ihrem Gesetz kommen können. Ja, glauben Sie denn wirklich im Ernst, dass es Unternehmer gibt, die das Risiko erheblicher Nachforderungen auf sich nehmen? Die nehmen lieber eine andere Firma oder vergeben die Leistung woanders hin; dann ist sie ganz weg, dann verdient hier überhaupt niemand mehr etwas. Dort liegt doch das eigentliche Problem. Wenn man Regelungen schafft, dann muss man sie doch so schaffen, dass sie auch angenommen werden können, ohne dass ein Einmannbetrieb einen Rechtsanwalt beschäftigen muss, damit er überhaupt noch durchkommt. Dann hätten wir ja in einem Punkt den Subunternehmerstatus weg; dann hätte er ja einen Fremdbeschäftigten. Wenn Sie das so meinen, dann kann das funktionieren.

Aber ich denke, das, was für einen Zweimannbetrieb gilt, sollte auch für einen Einmannbetrieb gelten; das ist nicht mehr als ausgleichende Gerechtigkeit.

An der Altersvorsorge der Selbstständigen müssen in Zukunft Veränderungen vorgenommen werden, und wir müs-

sen uns darüber Gedanken machen, wie wir alle Selbstständigen in ein annehmbares Versicherungssystem hineinbekommen, damit sie auch einen Anreiz haben, privat ihr gutes Geld für guten Schutz anzulegen. Das ist eine politische Aufgabe, und die würde dort beginnen, wo man sagt: Wir nehmen die ganzen Fremdlasten aus der Rentenversicherung heraus. Dann zahle ich gutes Geld ein und bekomme gutes Geld zurück. Das wäre die fairste Regelung.

Herr Kuhn, ihr seid euch, glaube ich, nicht darüber im Klaren, was die Drohung, die in Ihrem Gesetz enthalten ist, vier Jahre lang Versicherungspflicht rückwirkend auf den Auftraggeber zu verlagern, draußen anrichtet. Das kann dazu führen, dass Existenzgründer sich bis an den Hals verschuldet haben und über Nacht keinen Auftrag mehr haben. Diesen Leuten gegenüber müssen Sie dann am Ende in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder zur 11. Bundesversammlung

Meine Damen und Herren, nach der Bekanntmachung der Bundesregierung vom 10. Februar 1999 über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung hat der Landtag von Baden-Württemberg 82 Mitglieder zu wählen. Für die Wahl gelten die §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959.

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach den Vorschlägen der Fraktionen, die zu einer gemeinsamen Liste verbunden sind. Jeder Abgeordnete hat eine Stimme.

Ihnen liegt die gemeinsame Vorschlagsliste aller fünf Fraktionen vor. (Anlage 4) Das Präsidium war der Auffassung, dass die Wahl im vereinfachten Verfahren durch Handzeichen erfolgen kann. –

(Beifall des Ministers Dr. Döring und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Minister Dr. Döring: Zustimmung!)

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer also die in der Vorschlagsliste der Fraktionen aufgeführten Damen und Herren zu ordentlichen bzw. Ersatzmitgliedern der 11. Bundesversammlung wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die in der gemeinsamen Vorschlagsliste genannten Damen und Herren zu ordentlichen Mitgliedern bzw. Ersatzmitgliedern gewählt.

Das Wort zu einer Erklärung erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich namens meiner Fraktion ausdrücklich für das Verfahren bedanken, das wir gemeinsam gewählt haben. Bei uns hätten sich ein Krankenhausaufenthalt und ein Todesfall möglicherweise in der Stimmverteilung ausgewirkt; aber wir haben jetzt so gewählt, wie es der Sitzverteilung nach d'Hondt entspricht.

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, dass das Verfahren auch deshalb möglich war, weil von der Fraktion Die Republikaner ausschließlich Abgeordnete des Hauses vorgeschlagen worden sind. Ich möchte mich bei den Kollegen noch einmal für dieses kooperative Verhalten bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** auf:

Aktuelle Debatte – Zwischen Realitätssinn und parteitaktischer Konfrontation – Die Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierung über eine solide finanzierbare Steuerpolitik – beantragt von der Fraktion der SPD

Es gelten die üblichen Redezeiten: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeiten zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Genehmigung aus einem vor kurzem in der „Stuttgarter Zeitung“ erschienenen Bericht über eine Veranstaltung des Herrn Finanzministers in Rottenburg. Ich möchte zunächst wörtliche Zitate des Herrn Finanzministers wiedergeben.

Der Finanzminister hat auf dieser Veranstaltung erklärt:

Ich bin nicht der Meinung, dass wir die Gesamtsteuerbelastung der Wirtschaft in nächster Zeit wesentlich reduzieren können.

Die hohen Steuersätze, die auf ausländische Investoren abschreckend wirkten, müssten zwar gesenkt werden; insgesamt aber lasse sich weder für die Unternehmen noch für die Bürger eine große Entlastung finanzieren. Wieder wörtliches Zitat:

Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren selbst entlastet, ohne dass es die Politik wollte.

So weit der Herr Finanzminister.

Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aus unserer Sicht der erste ehrliche und damit auch seriöse Beitrag zur steuerpolitischen Diskussion. Dafür möchte ich mich beim Herrn Finanzminister ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Aber dann hat natürlich sofort der Kollege Döring seine Stimme erhoben und gesagt, er sei völlig gegen das, was der Finanzminister gesagt habe. Dann lese ich auch: Strathaus' Äußerung löste im Kabinett Verstimmung aus; Teufel will die Position der Regierung erläutern. Vielleicht ist das ja heute möglich.

Der Herr Wirtschaftsminister hat noch gesagt, wenn die öffentliche Hand über 1 Billion Ausgaben habe, sei alles kein Problem; das sei durch eisernes Sparen schon irgendwie zu schaffen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sagt Herr Müller auch!)

Er hat natürlich nicht gesagt, wo er sparen will. Das ist so richtig ein Zustand tiefer Unschuld, der nur so lange anhält, wie man nicht konkretisieren muss.

Ich möchte jetzt – ich wende mich auch an Sie, Herr Ministerpräsident – in dieser Debatte geklärt wissen, ob die Landesregierung bereit ist, ihrer eigentlichen Rolle als Verfassungsorgan gerecht zu werden, sich an der Debatte über die zukünftige Verteilung von Steuern und Lasten in Deutschland konstruktiv zu beteiligen und die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrzunehmen, oder ob sie wie in der Vergangenheit eine Art Reservegeneralsekretär der CDU spielen will, was ich in dieser Diskussion für nicht angemessen halten würde.

Es gibt praktisch keinen Vorschlag irgendeiner Interessengruppe, der von Ihnen nicht wohlwollend begleitet worden ist. Es gibt auf der anderen Seite keine konstruktiven Überlegungen des Ministerpräsidenten – aber offensichtlich des Finanzministers –, wie die Interessen des Landes Baden-Württemberg in diese Diskussion verantwortlich eingebracht werden sollen.

Ich will in der ersten Runde ein aktuelles Beispiel nennen. Herr Ministerpräsident, Sie haben erst gestern – da war ich selbst Zeuge – schädigende Auswirkungen auf die Bausparkassen beklagt. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf der CDU/CSU und der FDP, den Sie vor der Bundestagswahl für richtig gehalten und noch wortreich vertreten haben: Streichung des Vorkostenabzugs bei eigenheimzulagebegünstigten Wohnungen, insgesamt eine Streichung in der Größenordnung von 1,5 Milliarden DM. Das ist nur ein Beispiel.

Es geht nicht, Herr Ministerpräsident, dass Sie zu Vorschlägen auf Beseitigung von Steuersubventionstatbeständen, die Sie in der Zeit, als CDU/CSU und FDP in Bonn Regierungsverantwortung getragen haben, selbst für richtig gehalten haben, jetzt plötzlich die Fundamentalopposition spielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es geht nicht, dass Sie auf die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zugunsten von Familien gesprochen hat – ein Urteil, das massivste Auswirkungen auf den Staatshaushalt hat, das gut ist für die Familien, das aber eine fundamentale Kritik an der CDU/CSU-FDP-Re-

(Maurer)

gierungsarbeit bedeutet, die Sie in Bonn in den letzten 16 Jahren geleistet haben –,

(Beifall bei der SPD)

nur mit Parteitaktik antworten.

Es ist keine verantwortliche Haltung in dieser Debatte, dass man sagt: „Ich bin gegen eine Mehrwertsteuererhöhung, ich bin gegen eine höhere Staatsverschuldung,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wofür sind Sie?)

ich bin gegen eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, ich bin gegen eine Streichung von Subventionstatbeständen im Steuerbereich, ich behaupte, die mittelständische Wirtschaft wird stärker belastet“, obwohl das gar nicht stimmt, nicht einmal nach Aussage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Wir erwarten von Ihnen und von Ihrer Regierung – vielleicht hat der Finanzminister einen ersten Anfang gemacht –, dass Sie sich bewähren und sich wie ein Verfassungsorgan verhalten und nicht wie ein Redner in einem erst in drei Jahren wieder stattfindenden Bundestagswahlkampf.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Wenn man die Bürger im Land fragt, welche Sorgen und Fragen sie zum Thema Steuerpolitik derzeit haben, fällt ihnen in der Tat einiges ein: Scherbenhaufen, Lafontaine. Mehrwertsteuer ja oder nein, kommt die Erhöhung, oder kommt sie nicht?

(Abg. Döpfer CDU: Sie kommt!)

Wie verfahren wir im Sommer hinsichtlich der Umsetzung des Familienurteils aus Karlsruhe, und wie sieht die Steuerreform 2000 aus? Chaos in der bundesweiten Steuerpolitik. Maurer lenkt hier mit Nebelkerzen von dem Scherbenhaufen, den sein verehrter Lafontaine hinterlassen hat, ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Allein der Versuch wird scheitern; er gelingt ihm nicht.

(Zurufe der Abg. Birzele SPD und Pfister FDP/DVP)

Die Antragsteller haben gehofft, dass die Aktuelle Debatte ein Volltreffer wird.

(Abg. Birk CDU: Die SPD sollte sich einmal mit dem Thema Chaostheorie beschäftigen!)

Aber das Wortgeplänkel in der Regierung wird nicht dafür sorgen, dass wir, die Koalition von CDU und FDP/DVP, uns von einem klaren Kurs in der deutschen Steuerpolitik abbringen lassen. Ebenso wenig lassen wir uns von einer konsequenten Linie in der Haushaltspolitik unseres eigenen Landes abbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist kein Volltreffer, sondern ein Rohrkrepieler, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, was Sie heute Morgen im Landtag in der Aktuellen Debatte unterbreitet haben.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wie sehen die deutsche Steuerlandschaft und Ihr Reformansatz ein halbes Jahr nach der Wahl zum Deutschen Bundestag aus?

Erstens: Der Bundeskanzler räumt handwerkliche Fehler ein.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die Fachleute reden daneben von einer falschen Richtung, der Inhalt sei nicht in Ordnung. Bütikofer will eine Reform der Steuerreform – 15. März, FAZ. Bütikofer sprach bei der Mitgliederversammlung der Grünen in Thüringen von einem Patchwork – was immer das heißen mag; auf jeden Fall Flickschusterei. Er hat Sie gemeint: Rot und Grün. Der Geschäftsführer auf Bundesebene sagt: Flickwerk. Dies richtet sich gegen Sie.

Lafontaine – so Bütikofer weiter – sei als Finanzminister gescheitert, weil er versucht habe, Reformen zu administrieren, statt mit Argumenten zu arbeiten.

Gescheitert sind wir

– so Bütikofer, ein früherer Landtagskollege, Ihr Parteifreund von den Grünen –

einfach an der Realität. Rot und Grün leiden unter Realitätsverlust, und die deutsche Bevölkerung und der Standort Deutschland leiden daran, dass Rot und Grün jeden Tag Erfahrungen in der Regierungsarbeit durch Fehler gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollen aus Fehlern lernen; der Standort Deutschland leidet darunter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Bereich der Energiewirtschaft wird mit falschen Zahlen operiert. Die Unternehmensteuerreform wird vertagt auf den 1. Januar 2000.

Zwei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

Lieber Herr Kollege Maurer, ist für Sie das Papier von Kuhn akzeptabel?: 35 % bei Unternehmensteuern, die Gewerbeertragsteuer inbegriffen. Das muss doch jeden, der die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft erproben will, erschauern lassen, also vermutlich auch Sie.

Tragen Sie im Gegensatz zur Koalitionsvereinbarung, die von 51 % und von 48,5 % Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer spricht – Unterschriften Schröder und Trittin –, den Ansatz von Kuhn mit?: Runter auf 47 %, besser auf 45 %.

(Oettinger)

Meine Bitte lautet, keine Nebelkerzen, sondern klare Aussagen, ob für Sie 35 % und 45 % für Körperschaft- und Einkommensteuer, Gewerbeertragsteuer inbegriffen – Vorschläge Kuhn –, im Grunde genommen ein altes Konzept von Waigel und Schäuble, von CDU/CSU und FDP, akzeptabel sind

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

und was Sie dafür tun, dass dies am 1. Januar 2000 kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der zweite Punkt: die Verunsicherung der Bevölkerung. Was wird denn nun mit der Mehrwertsteuer? Worauf legen Sie sich fest? Ihr Wirtschaftsminister lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Löcherstopfen ab und sagt konkret, mit ihm sei weder die Finanzierung des Kindergelds noch die Finanzierung der Unternehmensteuerreform durch eine Mehrwertsteuererhöhung zu verwirklichen. Mit ihm nicht! Die Frage ist: Bleibt er an Bord, und welches Gewicht hat seine Stimme?

(Abg. Deuschle REP: Dann eben ohne ihn!)

Poß, also Ihr Experte im Deutschen Bundestag, sagt, die Unternehmensteuerreform führe zum Staatsbankrott. Wörtlich sagt er: „Wenn wir die Unternehmensteuerreform machen,“ – Marke Kuhn – „dann können wir Staatsbankrott anmelden.“

Und die Bundestagsabgeordneten der SPD Lange, Bartels und Wiczorek plädieren unverhohlen für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar nächsten Jahres.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! – Abg. Birk CDU: Steuerchaos bei der SPD)

Im Bundesfinanzministerium versucht man, die Gerüchte zu dämpfen: Noch habe sich die Bundesregierung nicht definitiv verständigt. Und der Grünenpolitiker Metzger sagt heute Morgen wörtlich: „Wer die Mehrwertsteuer erhöht, gehört verprügelt.“

(Zurufe der Abg. Fleischer und Haasis CDU)

Metzger prügelt Rot-Grün.

(Unruhe)

Deswegen kann ich nur sagen: Bei diesem Thema gilt für mich die Überschrift im besten Fachblatt zu allen Fragen der Wirtschaftspolitik, nämlich im „Handelsblatt“: „Die Chaostruppe“. Das „Handelsblatt“ schreibt:

Selbst altgediente Bonner Steuerexperten können sich nicht entsinnen, jemals eine derart dilettantisch betriebene Steuerreform begleitet zu haben.

Darum geht es. Es geht nicht um ein Wortgeplänkel. Wir, CDU und FDP, sind uns einig, in der Haushaltspolitik und in allen Fragen der Steuerreform.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben, sorgen Sie für Klarheit und beantworten Sie, Herr Kollege Kuhn – Rot und Grün –,

heute die Frage, wie nach dem 1. Januar 2000 die Mehrwertsteuer in Deutschland aussieht. Kommt eine Erhöhung, oder garantieren Sie, dass keine Erhöhung kommt? Das ist die Frage, die die Menschen im Lande interessiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man den ganzen Lärm weglässt, dann hat wohl Herr Stratthaus als Finanzminister etwas Richtiges gesagt. Er hat sich nämlich die Frage gestellt, was eigentlich bei welchen Nettoentlastungen einer Steuerreform passiert, wenn man berücksichtigt, dass bei der Einkommensteuer 42,5 % Landesanteil und 15 % kommunaler Anteil sind und bei der Körperschaftsteuer je hälftig zwischen Bund und Land geteilt wird. Ich finde, es ist der Job eines Finanzministers, sich darüber Gedanken zu machen, ob und in welcher Höhe Einnahmeausfälle auf der Ländersseite entstehen. Deswegen war das vernünftig. Ich finde, Herr Döring, Sie hätten dazu auch etwas sagen können.

Zur Steuerreform, um die ja jetzt die eigentliche Diskussion geht,

(Abg. Birk CDU: So ist es!)

möchte ich Folgendes sagen. Entscheidend ist, dass in der ersten Stufe, die jetzt verabschiedet worden ist, eines geleast worden ist:

(Abg. Oettinger CDU und Abg. Pfister FDP/DVP: Patchwork!)

eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Dass der Mittelstand mit 5,5 Milliarden DM entlastet worden ist und die Konzerne mit 10 Milliarden DM mehrbelastet worden sind, ist ein Faktum, das Sie nicht bestreiten können.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Doch, bestreiten wir!)

Ich sage das deswegen, weil Sie immer mit der Rhetorik des Mittelstandes argumentieren, der faktisch entlastet worden ist, zugegebenermaßen erst nach einem Rückzug bei der Teilwertabschreibung und der Ansparabschreibung, aber faktisch ist er entlastet worden. Dies wollen Sie, weil es Ihnen nicht in den Kram passt, nicht zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Birk CDU: Wann haben Sie das letzte Mal mit Mittelständlern gesprochen? Haben Sie denn überhaupt schon einmal mit Mittelständlern gesprochen, Herr Kuhn?)

– Jetzt hören Sie doch einfach mal zu.

Was jetzt gemacht werden muss – ich glaube, darüber gibt es Einigkeit –, ist, dass jetzt eine Unternehmensteuerreform, möglichst zum 1. Januar 2000, kommen muss. Ich glaube nicht, dass es zwischen Herrn Maurer und mir oder der SPD und den Grünen einen Gegensatz um die Frage gibt, dass es richtig wäre, mit 35 % unter Einbeziehung der Gewerbeertragsteuer herauszukommen,

(Abg. Oettinger CDU: Wer denn?)

(Kuhn)

sondern die Frage und die Diskussionen gehen um einen einzigen Punkt, nämlich darum, ob es finanzierbar ist und inwieweit eine Nettoentlastung bei der Unternehmensteuerreform finanziert werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Oettinger CDU: Aber dazu macht Ihr Papier keine Aussage!)

Da sind wir möglicherweise in manchem Detail unterschiedlicher Auffassung, aber es ist völlig richtig, dass es diesen Streit gibt. Denn am Schluss muss die staatliche Einkommenseite gesichert sein, und man kann das nicht ins Blaue hinein feststellen.

Ich will noch einmal sagen, wie man es auch machen kann. Herr Döring hat in der Auseinandersetzung mit Herrn Stratthaus ein längeres Papier zur Steuerreform der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin sagt er noch einmal, wie er sich die Steuerreform vorstellt. Er hat ja dieses Dreistufenmodell mit 15, 25 und 35 % bei der Einkommensteuer, und bei der Körperschaftsteuer will er unter Beibehaltung der Differenzierung auf 25 und 35 %.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ohne Finanzierung!)

Dieses Konzept, Herr Döring, macht, wenn man es über schlägt, 100 Milliarden DM aus, die da gegenfinanziert werden müssen. Bei den Petersberger Beschlüssen waren dies 81 Milliarden DM. Dann sagen Sie zur Finanzierung ganz lapidar – ich zitiere –:

Die Steuersatzsenkungen

– also für 100 Milliarden DM –

müssten in Teilen über Einsparungen und eine faire Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziert werden. Finanzierungsspielräume in Milliardenhöhe würden sich allein schon aus dem Abbau unsinniger Subventionen, wie vor allem der Ausgaben für den völlig unwirtschaftlichen deutschen Steinkohlebergbau,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

aber auch dem niedrigen Zinsniveau ergeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt doch!)

Ende der Durchsage, keine weiteren Vorschläge! Da kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren, so kann man nicht 100 Milliarden DM finanzieren, die Sie finanzieren müssen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat der Herr Müller aber auch vorgeschlagen! – Minister Dr. Döring FDP/DVP: Herr Müller geht noch weiter!)

– Nein, Herr Müller hat nicht ein Paket von 100 Milliarden DM vorgeschlagen. Herr Müller geht von einer Nettoentlastung bei der Unternehmensteuerreform zwischen 10 und 15 Milliarden DM aus. Das ist eine andere Größenordnung als die hier bei dem Kollegen Döring.

Nun zum Steinkohlebergbau. Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums stehen 8 Milliarden DM für den Steinkohle-

bergbau im Haushaltsjahr 1999, und im Sozialhaushalt steht noch einmal etwa die gleiche Summe für die Knappschafftsrenten, also für den sozialen Teil der Kohlesubvention, zur Verfügung. Das macht zusammen eine Summe von 18 Milliarden DM, die für eine längere Zeit beschlossen wurde. Da kommen Sie und führen dies als Beispiel für die Deckung eines Steuerreformvorschlags aus dem Hause Döring in der Größenordnung von 100 Milliarden DM an.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das haben Sie in Bonn selber beschlossen! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Rechnen lernen!)

Meine Damen und Herren, das, was der Herr Wirtschaftsminister auf den Tisch gelegt hat, ist eine unseriöse Luftnummer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Rexrodt hat es beschlossen!)

Jetzt will ich noch etwas zur Mehrwertsteuer sagen. Danach ist ja von Herrn Oettinger gefragt worden, und er hat die Antwort angemahnt. Wenn man einmal genau hinguckt, dann kann man Folgendes feststellen, was Sie und auch der Herr Ministerpräsident nicht bestreiten können: Im Bundeshaushalt gibt es für die Jahre 1999 und 2000 ein strukturelles Defizit in Höhe von 20 Milliarden DM aus der Zeit von Herrn Waigel. Dieses Defizit ist immer über so genannte kreative Buchhaltung finanziert worden. Das wird auch jetzt von Rot-Grün durch den Verkauf von Telekom-Aktien, Tilgungsaussetzungen usw. getan. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Wir werden wegen des Familienurteils mindestens 10 Milliarden DM auf der Seite des Bundes ansetzen müssen.

Der dritte Punkt: Viele sagen, dass das Rentenurteil des Bundesverfassungsgerichts, das zum Herbst noch aussteht, wieder in einer Größenordnung von 10 Milliarden DM belasten werde.

Die beiden Urteile sind übrigens nicht durch rot-grüne Politik ausgelöst, sondern durch das, was CDU und FDP in den letzten 16 Jahren veranstaltet haben. Die Zeche für Ihre Politik kommt jetzt via Karlsruhe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann werden wir, wenn es gut geht und bei der Unternehmensteuerreform eine Nettoentlastung und – ich sage es bewusst – auch eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer möglich ist – – Denn der Spitzensteuersatz hat auch eine wirtschaftspolitische Bedeutung und nicht nur eine verteilungspolitische Bedeutung. Man muss einmal darüber diskutieren, dass es bei der Personalfindung auch im Forschungs- und Wissenschaftsbereich wichtig ist, wie hoch der Spitzensteuersatz ist. Wenn ich dies noch hinzurechne, komme ich auf eine Summe von 50 Milliarden DM, zu der jeder, der hier diskutiert oder Vorschläge macht, sagen muss, wie er sie finanzieren will.

(Kuhn)

Wenn man eine Mehrwertsteuererhöhung versus Subventionskürzungen ausspielt, ist meine Meinung übrigens ganz wie die von Herrn Metzger: Es ist der bequeme Weg, jetzt von der Mehrwertsteuer zu reden, denn wer dies als Erstes tut, wird keine einzige Subvention streichen. Das ist doch völlig logisch.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Aber wer glaubt, dass das Streichen von Subventionen in der Größenordnung von 50 Milliarden DM ein größeres Vergnügen ist als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, der irrt sich gewaltig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch das ist wahr!)

Das können Sie bei der Kohle sehen. Das Spiel läuft hier so: Sie zeigen auf die Kohle, aber einige Finger zeigen auf die Landwirtschaft zurück. Es gibt viele andere Subventionsbereiche, die wir auch angehen müssen, zum Beispiel im Steuerrecht. Das Steuerrecht ist voll von Subventionen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Unbestritten! Haben wir immer gesagt!)

Da müssen wir die Bemessungsgrundlage verbreitern. Aber wenn es irgendwo geschieht, sind Sie die Ersten, die sagen, es gehe nicht, es sei inakzeptabel.

(Minister Dr. Döring: Nennen Sie einmal Beispiele! – Gegenruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

Da kann ich nur sagen: Etwas mehr Ehrlichkeit, Herr Döring.

(Anhaltende Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man genau schaut, was die CDU nach den Petersberger Beschlüssen alles hätte tun wollen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Dann schauen Sie einmal! – Abg. Birk CDU: Bei der Kohle sind Sie bei den Demonstrationen auch dabei gewesen!)

dann kann ich Ihnen sagen, dass Ihnen die gleichen Maßnahmen um die Ohren geflogen wären. Sie wollten zum Beispiel den Verlustvortrag ganz streichen. Bei dieser Verrichtung wünsche ich viel Glück.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn Sie absenken, können Sie das machen!)

Sie wollten wie die rot-grüne Koalition ein Wertaufholungsgebot, gegen das Sie aber im Zusammenhang mit der Teilwertabschreibung jetzt polemisieren. Es ist doch absurd, was da von der CDU praktiziert wird.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Bei der Tarifhöhe! – Abg. Birk CDU: Reden Sie mal mit der Wirtschaft!)

Sie haben außerdem vorgeschlagen, die degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens um fünf Prozentpunkte zu senken. Das ist im Zusammenhang

mit der Frage, wie man die Unternehmensteuerreform finanzieren kann, übrigens ein interessanter Vorschlag.

Ich darf zusammenfassen und komme zum Schluss: Ich habe den Eindruck, dass Herr Stratthaus etwas näher an der Wirklichkeit dran war als Herr Döring, aber dass er wohl zu ehrlich war für das, was man in der Regierung Teufel sagen darf.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Es ist kein Licht in das Chaos gekommen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich einmal vor, dass die heutige Bonner Opposition immer dann einen Antrag auf eine Aktuelle Debatte stellt, wenn zwei rot-grüne Bundesminister mit verschiedenen Meinungen auf den Markt kommen.

(Lachen bei der FDP/DVP - Abg. Haasis CDU: Alle halbe Stunde!)

Ich sage Ihnen voraus: Sie werden bis zum Ende dieses Jahres in Bonn nur Aktuelle Debatten führen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Aber, Herr Kollege Maurer, ich verstehe natürlich, dass Sie diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Was Sie hier tun, ist völlig klar: Dies ist ein Manöver zur Ablenkung von Ihren eigenen Schwierigkeiten. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden mit diesem Ablenkungsmanöver deshalb keinen Erfolg haben, weil inzwischen jedes Kind in dieser Republik weiß: Die Chaostage finden in Bonn und nicht in Stuttgart statt. Damit das mal völlig klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Bei dem, was ihr hinterlassen habt, kann es gar nicht anders sein! So ein Misthaufen!)

Im Übrigen bleibt es dabei: CDU und FDP/DVP hier in Baden-Württemberg, Regierung und Koalitionsfraktionen, bleiben bei dem, was in den Petersberger Beschlüssen vereinbart worden ist. Das sind im Wesentlichen drei Punkte.

Erster Punkt: eine Absenkung der Steuersätze über den ganzen Tarif, von oben bis unten, vom Spitzensteuersatz bis zum Eingangssteuersatz. Der zweite Punkt ist die Abschaffung von Sonderregelungen und Ausnahmetatbeständen, und der dritte Punkt ist eine Nettoentlastung um 30 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Dies wäre der einzig richtige und sinnvolle Weg gewesen,

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

um in der Zukunft in Deutschland das zu erreichen, was wir brauchen, nämlich mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze und mehr Beschäftigung.

(Pfister)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Wieso habt ihr das 16 Jahre lang nicht gemacht? – Lebhaftige Unruhe)

Inzwischen ist im Bundesrat und im Bundestag eine Entscheidung gefallen. Ich muss diese Entscheidung akzeptieren.

(Abg. Capezzuto SPD: Ihr habt null Ahnung! Deswegen seid ihr abgewählt worden! Das war die Quittung!)

Inzwischen ist der Bundesfinanzminister gegangen. Manche sagen, er sei „wie die Sau vom Trog“ gegangen. Ich sage etwas feiner: Er ist in unwürdiger Form gegangen. Aber das ist nicht der Punkt.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Der Punkt ist der: Der Finanzminister ist weg, die Probleme sind noch da.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Kohl ist weg, und die Probleme sind immer noch da! Das stimmt!)

Das Problem besteht darin, dass wir doch große Sorgen haben müssen. Der Schwung in der Wirtschaft geht beängstigend zurück.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Zickzackkurs Ihrer Steuerpolitik hat dazu geführt, dass Investitionen inzwischen an Deutschland vorbeigehen, hin ins benachbarte Ausland,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

weil die ausländischen Investoren sehen, dass in den anderen Staaten ein höheres Maß an Verlässlichkeit vorhanden ist und dort günstigere Rahmenbedingungen vorhanden sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt: Wir sprechen von Deregulierung, von Entbürokratisierung. Sie führen ein 630-DM-Gesetz ein. Das ist ein Beitrag zu mehr Bürokratie, vor allem ein Beitrag zu mehr Schwarzarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Jawohl!)

Wo hat es das in der Geschichte der Steuerpolitik jemals gegeben? Wo hat es das jemals gegeben, dass die eigenen Leute ein Steuergesetz oder Steuergesetze infrage gestellt haben, bevor diese überhaupt in Kraft getreten sind? Es ist schon erstaunlich, wenn Herr Clement, Ministerpräsident, SPD, von sich aus erklärt, dass erstens diese 630-DM-Gesetze schon heute korrekturbedürftig seien, weil sie in die falsche beschäftigungspolitische Richtung hineinliefen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

und dann noch hinzufügt, dass dieses ganze Steuerpaket zweitens nur deshalb erträglich sei, weil – Zitat – die Hoffnung auf eine Unternehmensteuerreform bestehe. Meine Damen und Herren, deutlicher kann man eine Bankrotterklärung rot-grüner Regierungskunst nicht formulieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Behringer CDU – Abg. Haasis CDU: Sehr wahr! – Abg. Birzele SPD: Jetzt erzählen Sie doch einmal, wie Sie es gern hätten!)

Diese Regierung in Bonn hat noch nicht begriffen,

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Aber Sie!)

worauf es ankommt. Sie hat noch nicht begriffen, dass man Arbeitsplätze nicht dadurch schafft, dass man umverteilt, sondern dass man nur dadurch Arbeitsplätze schaffen kann, dass Investitionen gefördert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben Arbeitslosigkeit hinterlassen!)

Denn Investitionen sind die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Regierung hat noch nicht begriffen, dass man mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 1,5 % keinen Staat, erst recht keinen Sozialstaat machen kann. Diese Regierung in Bonn hat noch immer nicht begriffen, dass die Körbe zunächst einmal gefüllt werden müssen, bevor es etwas zu verteilen gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Die ihr geleert habt! Die Körbe habt ihr geleert! – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Regierung sollte damit aufhören – auch Sie, Herr Maurer, sollten damit aufhören –, zu behaupten, dass die mittelständische Wirtschaft um 5 Milliarden DM entlastet worden sei. Dies ist ausdrücklich falsch.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Genau! – Beifall des Abg. Behringer CDU)

Eine Entlastung kommt nach Ihren Plänen, wenn sie überhaupt kommt, im Jahr 2002.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Vielleicht!)

Im Augenblick gibt es an der Mittelstandsfront keine einzige Entlastung,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Döpfer CDU)

aber eine Zurücknahme von wirklichen Vergünstigungen für den Mittelstand.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind dafür, dass die Bemessungsgrundlage auch in der mittelständischen Wirtschaft verbreitert wird, aber nur unter der Voraussetzung, dass tatsächlich eine generelle Absenkung bei der Unternehmensteuerreform kommt. Sie können nicht das eine machen und das andere lassen. Dadurch sind Sie nämlich eine Partei und eine Regierung, die nicht eine Steuerentlastung, sondern eine Steuerbelastung für die mittelständische Wirtschaft vorgenommen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

(Pfister)

Letzte Bemerkung. Ich will auf das eingehen, was Herr Kuhn sagt. Ich bin auch der Meinung: Hört auf damit, von einer Mehrwertsteuererhöhung zu schwadronieren. Es geht um die Finanzierung einer Unternehmensteuerreform. Dazu gehört erstens auch die Tatsache – Fritz Kuhn hat zu Recht darauf hingewiesen –, dass sich eine Steuerreform auch selbst finanziert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Davon hat er heute nichts gesagt!)

Wenn Sie sich in den europäischen Staaten umsehen, dann werden Sie feststellen, dass in Österreich, in Holland, in den skandinavischen Staaten und in England – übrigens allesamt sozialdemokratisch regiert – genau dieser Weg, den wir vorschlagen, bereits gegangen worden ist: Absenkung der Steuerbelastungen, aber nicht mit dem Ergebnis, dass am Ende weniger Steuern in die Kassen gekommen wären, sondern das Umgekehrte ist passiert: Durch die Steuersenkung, durch eine investitionsfreundliche Steuerpolitik, ist man dazu gekommen, dass in den sozialdemokratisch regierten Ländern die Steuerkassen stärker angestiegen sind, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das muss das Modell auch für die Bundesrepublik Deutschland sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Und keine Gegenfinanzierung auf Teufel komm raus!)

Herr Kollege Kuhn, Sie haben von Subventionen gesprochen. Da gebe ich dem Wirtschaftsminister des Landes völlig Recht; er ist da offensichtlich auch einer Meinung mit dem Wirtschaftsminister des Bundes. Wenn Sie, Herr Kuhn, dann noch den Mut haben, wirklich ernst zu machen mit dem Subventionsabbau und einmal zu sagen, dass eine Subvention im Steinkohlebergbau eine Subvention des 19. Jahrhunderts ist, aber keine Subvention des 21. Jahrhunderts, dann haben Sie alle Trümpfe in der Hand, um eine umfassende Unternehmensteuerreform zu finanzieren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Darüber reden wir morgen beim Nachtrag! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Pfister FDP/DVP: Aber gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Pfister, ist Ihnen bekannt, dass die Kohlesubvention von Ihrer Regierung beschlossen worden ist?

Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist mir wohl bekannt. Mir ist aber auch bekannt, dass die FDP verzweifelt darum gekämpft hat,

(Lebhafte Unruhe)

die Kohlesubventionen zurückzufahren, weil wir genau wissen, dass es keine Investition in die Zukunft ist. Das will ich auch mal sagen.

Ich will Ihnen Folgendes zum Schluss sagen: Herr Kollege Maurer, Herr Kollege Kuhn – das will ich anerkennend sagen –, Sie haben in Sachen Doppelpass und in Sachen Staatsangehörigkeitsrecht von der FDP gelernt. Sie sollten die Seiten 6 bis 21 des Programms der FDP zur Steuerpolitik lesen. Wenn Sie das gelesen haben und beherzigen, dann sind Sie in der Steuerpolitik auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lebhaftes Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die bisherige Debatte könnte unter der Überschrift „Bericht aus Bonn“ zusammengefasst werden. Wir haben hier zum wiederholten Male eine Ersatzdebatte erlebt. Ich bin der Meinung, dass uns der baden-württembergische Landtag eigentlich zu schade sein sollte, Ersatzdebatten für Bonn zu führen, meine Damen und Herren. Dass die SPD natürlich versucht, hier von dem Desaster mit Lafontaine und von der misslungenen Steuerreform abzulenken, ist klar. Auf der anderen Seite wollen wir Republikaner uns an dieser Debatte nicht beteiligen, weil dieses Hin- und Herschieben unproduktiv ist, meine Damen und Herren. Millionen von Arbeitslosen haben dafür kein Verständnis. Früher waren das die Arbeitslosen der CDU und der FDP. Heute sind es die Arbeitslosen der Rot-Grünen, meine Damen und Herren. Aber CDU und FDP sind auch noch wesentlich dafür verantwortlich, weil alle Parteien, außer den Republikanern, Anhänger der Globalisierung sind, was mit ursächlich für diese hohe Arbeitslosigkeit ist, meine Damen und Herren.

Andererseits sind natürlich die Auseinandersetzungen in der Landesregierung zwischen dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister durchaus interessant. Hier zeigen sich doch unterschiedliche Auffassungen von der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Ich frage da schon: Welche Auffassung und welchen Einfluss hat unser Staat noch in Zeiten der Globalisierung? Haben wir eigentlich noch die soziale Marktwirtschaft, oder geht alles in Richtung einer Shareholder-value-Gesellschaft wie in Amerika und wie es zum Beispiel auch Herr Schrepp will? Kann der Staat eigentlich heute noch die Rahmenbedingungen sichern, auch die Rahmenbedingungen finanzieller Art? Oder ist er nur noch ein Reparaturbetrieb eines Turbokapitalismus? Das sind schon wesentliche Fragen, meine Damen und Herren. Das will ich hier ausdiskutieren, und ich will nicht immer Schuldzuweisungen hören, die uns nichts bringen, meine Damen und Herren.

Wir in Deutschland haben ein anderes Staatsverständnis als zum Beispiel die Bevölkerung in den USA. Für uns in Deutschland – das wird von der Mehrheit der Bevölkerung immer noch getragen – hat der Staat für die Sicherheit zu sorgen, und zwar im umfassenden Sinne, auch für die soziale Sicherheit. Ich verweise auf die neueste Analyse des Bundesverbandes Deutscher Banken, der gerade das als Ursache für die Abwahl der alten Bundesregierung erkannt hat. Ich sage Ihnen von Rot-Grün: Wenn Sie das missachten, werden Sie auch die schwächeren Teile der Bevölkerung nicht mehr halten können. Der Sozialstaat muss erhal-

(Deuschle)

ten werden, und die Globalisierung muss so gezähmt werden, dass wir auch unter diesen Bedingungen noch soziale Gerechtigkeit erhalten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Global Players die Grundlagen des Sozialstaates zerstören, auch indem sie keine oder nur wenig Steuern zahlen.

Die Diskussion innerhalb der Landesregierung ist unter diesem Aspekt interessant. Herr Stratthaus sagt – vielleicht realistischerweise –, dass man die Belastung der Wirtschaft eigentlich kaum wesentlich verringern könne, wenn die wesentlichen Aufgaben des Staates nicht eingeschränkt werden sollten. Er hält auch die Möglichkeiten für eine weitere Unternehmensteuerreform für begrenzt.

Zu Recht sagt er, dass die Wirtschaft in den letzten Jahren – Herr Finanzminister, vielleicht schauen Sie einmal her. Dann können Sie auch anzeigen, ob es so war, wie ich es darstelle.

Herr Stratthaus, Sie sagen nicht ohne Grund, dass sich die Wirtschaft in den letzten Jahren selbst entlastet habe, ohne dass das die Politik im Grunde gewollt habe. Auf der anderen Seite sagen Sie, man könne nichts dagegen tun.

Herr Stratthaus, dazu sage ich Ihnen: Das wäre ja ein Armutszeugnis von Politik, das wäre Kapitulation vor wirtschaftlich einflussreichen Kräften, und das darf nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Auf der anderen Seite vertritt Wirtschaftsminister Dr. Döring eine andere Position. Er möchte eine weitere spürbare Nettoentlastung der Wirtschaft durchsetzen. Er möchte die Steuern für Einkommen, Lohn und Körperschaft noch weiter nach unten drängen. Er will einen international wettbewerbsfähigen Tarif.

Nur: Ich fordere Sie und auch den Herrn Ministerpräsidenten auf: Machen Sie weiter, und verstärken Sie Ihren Sparkurs, meine Damen und Herren. Das ist der entscheidende Punkt. Sie dürfen nicht wie in der mittelfristigen Finanzplanung nachlassen, wo Sie von diesem Sparkurs abgehen. Machen Sie das, was wir Republikaner gefordert haben: mittelfristig die Nettoneuverschuldung auf null herunterfahren! Das ist vernünftig: Sparen, damit wir in Zukunft wieder mehr Möglichkeiten für unsere Wirtschaft und für unsere Gesellschaft haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Die große Koalition, meine Herren Minister, wollte im Jahr 2000 mit nur 750 Millionen DM Neuverschuldung auskommen. Jetzt gehen wir wieder in Richtung 2,1 Milliarden DM. Damit haben Sie diesen Sparkurs aufgegeben. Wir fordern Sie hier auf, konsequent die Sparpolitik durchzusetzen und dann eine Steuerreform durchzuführen, aber nicht für alle in der Wirtschaft, sondern eigentlich nur für den Mittelstand, um im Grunde Arbeitsplätze vor Ort in Deutschland und in Baden-Württemberg zu schaffen.

Deswegen fordern wir auch den Herrn Ministerpräsidenten auf, dem Finanzminister den Rücken zu stärken und ihn nicht im Regen stehen zu lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Diskussion ist wohl ganz eindeutig klar geworden, dass die Aktuelle Debatte nur ein durchsichtiger Versuch der SPD ist, um von dem in Bonn angeordneten Chaos abzulenken. Dieses Chaos ist ja offensichtlich noch nicht zu Ende. Wenn Sie die Diskussion über die Mehrwertsteuererhöhung heranziehen – und die Mehrwertsteuererhöhung durch die Bundesregierung wird kommen –, erkennen Sie, dass flott weitergemacht wird wie bisher.

(Abg. Maurer SPD: Haben Sie dazu auch eine Meinung?)

Herr Metzger hat gesagt, dass jeder verprügelt gehöre, der die Mehrwertsteuer erhöhen will. Ich habe den Eindruck, dass es in der Koalition in Bonn eine Massenschlägerei, eine Massenschlägerei geben wird.

(Abg. Maurer SPD: Wofür sind Sie denn, Herr Stratthaus?)

– Ich komme nachher darauf.

Meine Damen und Herren, der Herr Wirtschaftsminister und ich haben keineswegs unterschiedliche Politikansätze. Ich werde Ihnen das im Folgenden beweisen. Es mag sein, dass zwischen uns beide ein Blatt Papier ginge – im Unterschied zu anderen Männerfreunden –,

(Unruhe)

aber eines ist sicher: Der grobe Keil, den Sie geschnitzt haben, passt nicht zwischen uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, im Grunde genommen kann ich Ihnen für diese Aktuelle Debatte dankbar sein, weil sie mir die Gelegenheit gibt, einmal meinen Standpunkt darzustellen.

(Abg. Maurer SPD: Jawohl, das wollen wir hören!)

Das, was in der Zeitung stand, habe ich gesagt. Nur, das war in einem großen Zusammenhang bei einer Diskussion. Es ist noch viel mehr gesagt worden. Ich habe mich vor allem immer wieder auf Petersberg bezogen und gesagt: Ganz wichtig ist natürlich bei einer Steuerreform, dass sie die Chance hat, sich selbst zu finanzieren. Und bei Ihrer Steuerreform, so wie sie bisher angelegt ist, wird das ganz bestimmt nicht gelingen.

Eine Steuerreform ist notwendig. Darüber sind wir uns wohl alle einig. Sie muss drei Prinzipien verfolgen. Einmal muss sie durch eine Initiierung von Investitionen Arbeitsplätze schaffen. Sie muss eine gerechte Verteilung auf alle Schultern bewirken. Und sie muss einfach und einsichtig sein. Ihre Steuerreform, wie sie vorgeschlagen ist, gefähr-

(Minister Stratthaus)

det Arbeitsplätze. Vorhin ist die Frage in den Raum gestellt worden, wie viele Arbeitslose die alte Koalition hinterlassen habe. Es sind genau 500 000 weniger, als wir heute haben.

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

Seit die neue Regierung an der Macht ist, haben wir 500 000 Arbeitslose mehr.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört! –
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wird es
Frühling! Abwarten!)

– Sie werden jetzt natürlich sagen, der Winter sei dazwischen gewesen. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen geht aber weit über das saisonal bedingte Ansteigen hinaus. Das ist bereits eine Reaktion auf die Verunsicherung, die Sie durch Ihre Steuerpolitik in die Wirtschaft getragen haben. Ihre Steuerreform belastet – das werde ich Ihnen auch gleich beweisen – gerade die Schwächsten in der Gesellschaft und führt – das ist auch sehr schlimm – zu einer unvorstellbaren Bürokratie beim Zoll und bei den Finanzämtern.

Die Petersberger Beschlüsse waren ohne jede Frage der richtigen Weg: Steuersätze herunter. Das wollen Sie ja auch.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Entscheidend war aber, dass die Steuersätze herabgesetzt werden sollten und dass die Entlastung alle begünstigen sollte und nicht nur Einzelne. Man wollte viele Ausnahmeregeln abschaffen. Vor allem wollte man in der Tat eine Nettoentlastung um 30 Milliarden DM bei 850 Milliarden DM Gesamtsteuereinnahmen erreichen.

Nun bin ich vorhin mit der Feststellung zitiert worden, ich hätte gesagt, die Wirtschaft habe sich selbst entlastet. Das ist richtig. Die Wirtschaft hat sich selbst entlastet. Nur, dafür gibt es drei Gründe. Zwei davon sind inzwischen weggefallen. Deswegen wird auch im Jahr 1999 die Steuerlastquote wieder zunehmen. Sie hat in der Tat in den letzten Jahren abgenommen. Die Verlustvorträge sind weitgehend verbraucht, und die Sonderabschreibungen zugunsten von Investitionen in den neuen Bundesländern finden in dieser Form auch nicht mehr statt. Deswegen können Sie davon ausgehen, dass das, was ich für die Vergangenheit gesagt habe, für die Zukunft und die Gegenwart in dieser Form nicht mehr gilt.

Wir haben die Petersberger Beschlüsse gehabt, und wir wollten die darin vorgesehene Steuerreform machen. Vorhin ist ein sehr intelligenter Zwischenruf gekommen: Hätten Sie sie doch gemacht! Wir wollten sie doch machen. Sie war bereits im Bundestag beschlossen. Sie ist doch durch den Bundesrat gebremst worden. Jahrelang hat Lafontaine verantwortungslos die notwendige Steuerreform verhindert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Da ist es ihm nicht um die deutsche Wirtschaft gegangen, sondern schlicht und einfach um die Macht. Als er diese Macht hatte, hat er wieder genauso verantwortungslos reagiert. Er hatte zuvor schon gezündelt, dann ist er geflohen, und die anderen müssen dies nun alles ausbaden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich wenige Sätze zu den einzelnen Gesetzen sagen.

Wir haben das Steuerentlastungsgesetz. Eine merkliche Entlastung wird im Jahr 2002 kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Im Augenblick ist die Entlastung sehr gering.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bei Familien mit Kindern ist es nicht so!)

Ganz offensichtlich soll die Entlastung vor der nächsten Bundestagswahl kommen. Die Belastung der Wirtschaft ist aber bereits heute vorgesehen.

(Abg. Döpfer CDU: Die wird weiter getestet!)

Um noch einmal eine andere Sache ganz klarzumachen: Die Regierung ist mit ihrer Steuerreform nicht nur vom richtigen Weg abgewichen.

(Abg. Deuschle REP: Welche Regierung meinen Sie jetzt?)

Sie ist in die ganz falsche Richtung gegangen. Diese Steuerreform ist vom Ansatz her falsch; denn eine Nachfragepolitik in einer offenen Wirtschaft ist eine absolute Unmöglichkeit. Wahrscheinlich hat irgendein Student der Volkswirtschaftslehre sein altes Lehrbuch aus dem Jahr 1960 benutzt. Da hieß es dann immer: Ceteris paribus – unter der Voraussetzung, dass die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. In einer offenen Wirtschaft können Sie doch keine nationale Nachfragepolitik machen. Wenn Sie heute bei einem Unternehmen die Lohnkosten um 1 000 DM erhöhen, hat das Unternehmen 1 200 DM mehr zu bezahlen, und beim Arbeitnehmer kommen 550 DM an. Damit kauft er sich ein japanisches Auto und macht im Ausland Urlaub.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Kostenbelastung haben Sie sofort, heute und jetzt, während die Nachfrage vielleicht einmal

(Abg. Deuschle REP: Teilweise!)

– teilweise – in einem sehr weiten Bogen auf unsere Wirtschaft zukommt. Hier hat man schlicht und einfach aus ideologischen Gründen die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen. Das ist ein Weg in die ganz falsche Richtung. Sie können sicher sein, dass er nicht zum gewünschten Ergebnis führt.

Lafontaine hat die Zentralbank angegriffen. Er hat das Ende der Bescheidenheit gefordert, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Das Schlimmste, was er angerichtet hat, ist, dass er mit seiner Forderung nach dem Ende der Bescheidenheit uns und unsere Wirtschaft über die Tarifpartner mit Lohnerhöhungen, die weit über die Produktivitätserhöhung hinausgehen, belastet hat. Das wird Folgen haben, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in allen folgenden Jahren. Die größten Schnitzer der Steuerreform können eventuell rückgängig gemacht werden, aber die zu hohe Belastung unserer Wirt-

(Minister Stratthaus)

schaft wird zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Die zu hohe Belastung durch die Tarife wird dazu führen, dass noch mehr rationalisiert wird, dass noch mehr aus dem Ausland bezogen wird und Produktion in das Ausland verlagert wird. Das ist ein ganz schlimmes Erbe, das uns hier hinterlassen worden ist.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie mal etwas zur Unternehmensteuerreform!)

Die Unternehmensteuerreform ist ein Versprechen. Wenn sie in der Art und Weise, wie sie angedeutet worden ist, kommt, ist das ein Weg in die richtige Richtung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da macht doch der DIHT mit, im Bündnis für Arbeit!)

– Herr Kuhn, Sie sagen ja viel Richtiges. Werden Sie Staatssekretär in Bonn, und sorgen Sie dafür, dass es auch gemacht wird!

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Den Gefallen tue ich euch nicht! – Heiterkeit)

– Sie würden uns fehlen, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bitte keine Abschiebungen hier! – Abg. Pfister FDP/DVP: Hohe Ablösesumme!)

Nun einige Sätze zur Ökosteuer: Meine Damen und Herren, von Öko kann ja hier keine Rede sein. Wenn Sie die indirekten Steuern erhöhen wollen, dann sagen Sie es. Von einer Ökosteuer kann wirklich nicht die Rede sein. Wenn ausgerechnet die Kohle, die am problematischsten ist, nicht belastet wird, wenn Gas belastet wird, wenn der Strom aus Windkraft belastet wird, dann frage ich mich, wo wir es hier noch mit einer Ökosteuer zu tun haben. Vor allem trifft die Entlastung nur bestimmte Schichten von Arbeitnehmern; die Allerschwächsten der Gesellschaft, die Rentner, Studenten und Arbeitslosen, werden belastet, ohne dass sie entsprechend entlastet werden.

Was das Schlimmste an der ganzen Sache ist: Sie haben da ein Tohuwabohu angerichtet, das 500 zusätzliche Zollbeamte erfordert. Das ist übrigens der einzige Beschäftigungseffekt in Ihrem ganzen Steuerkonzept.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das größte Durcheinander haben Sie mit dem 630-DM-Gesetz angerichtet.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wenn ich an die Filme der Marx-Brothers denke, dann muss ich manchmal an das Vorgehen der Koalition bei der Steuerreform denken. So ist es da anscheinend zugegangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Oettinger CDU: Murks-Brothers!)

Es ist unglaublich, was da geschehen ist. Kein Mensch blickt mehr durch. Sie gefährden ganze Branchen – Sie wissen, welche; ich brauche sie nicht aufzuzählen –, und

Sie fördern eines, nämlich die Schwarzarbeit. Dass die Neuregelung auch noch ungerecht ist, ist überhaupt keine Frage. Zum Beispiel wird die Frau, die halbtags arbeitet, weil sie ihre Kinder allein erziehen muss, und abends 630 DM pro Monat durch Kellnern verdient, nun Steuern zahlen müssen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

während umgekehrt die Frau des gut verdienenden Managers aufgrund dieses 630-DM-Gesetzes keine Steuern zahlen muss. Das kann doch nicht die neue Art der sozialen Gerechtigkeit sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die zahlt doch keine Steuern bei solchen Beträgen! Die zahlt doch keine Steuern, wenn sie am Ende 630 DM verdient! Schauen Sie doch einmal in die Steuertabelle!)

– Moment, Herr Kuhn. Wenn die Frau 2 000 DM halbtags verdient und 630 DM hinzubekommt, dann zahlt sie sehr wohl Steuern. Darum geht es doch.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch gerade nur von 630 DM gesprochen!)

– Nein, nein. Ich habe beides genannt. Das werde ich im Protokoll nachlesen. Selbstverständlich wird erst durch die Addition – das ist keine Frage – die Steuerpflicht kommen. Im Übrigen entsteht eine unglaubliche Bürokratie. Die Beamten aus den Finanzämtern haben mir das mitgeteilt. Jeder muss zum Finanzamt, bevor er ein 630-DM-Arbeitsverhältnis eingeht. Es ist eine ungeheure Bürokratie, die hier entsteht.

Sie haben mich vorhin gefragt, ob ich für eine Mehrwertsteuererhöhung sei. Natürlich bin ich nicht für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es ist keine Frage, dass dies der bequemste Weg wäre, und da kann ich mich dem, was Herr Metzger und Herr Kuhn gesagt haben, nur anschließen. Wir sind gegen eine Mehrwertsteuererhöhung. Ich bin aber überzeugt, dass diese Koalition in Bonn eine Mehrwertsteuererhöhung um mindestens zwei Prozentpunkte vornehmen wird.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur eines zurechnen: Fangen Sie noch einmal von vorne an! Das wäre das Beste bei dieser Steuerreform. Werfen Sie die ganzen Konzepte dorthin, wo sie hingehören, in den Papierkorb. Arbeiten Sie mit uns zusammen, auch im Bundesrat. Machen wir eine Steuerreform, die Arbeitsplätze schafft, die die Lasten gerecht verteilt und die zu einem einfachen und für jedermann einsichtigen Steuersystem führt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oettinger, es ist sicher in Ordnung, dass Sie den Herrn Finanzminister als Nebelkerze bezeichnen. Wir sprechen hier in der Tat über Landes-

(Maurer)

politik und über Auswirkungen auf die Landespolitik. Das möchte ich Ihnen jetzt einmal klarmachen.

(Abg. Deuschle REP: Das müssen Sie schon klarmachen!)

Herr Finanzminister, Sie haben gerade erklärt – das war Ihre einzige präzise Aussage –, Sie seien gegen eine Mehrwertsteuererhöhung. A la bonne heure! Ich sage Ihnen auch meine persönliche Meinung: Eine Mehrwertsteuererhöhung in dieser konjunkturellen Situation ist außerordentlich kritisch – übrigens hauptsächlich deswegen, weil sie sich nachfrageschwächend auswirken würde. Da ist plötzlich die Nachfragepolitik wieder wichtig. So wird immer hin und her jongliert. Ich sage Ihnen: Ich sehe das außerordentlich kritisch.

Aber, Herr Finanzminister, es geht um Folgendes. Herr Kollege Oettinger hat davon gesprochen, dass man die finanzpolitische Linie der Landesregierung fortsetzen wolle. Ich kann Ihnen sagen, wie die finanzpolitische Linie der Landesregierung aussieht: immer höher in die Netto- und die Neuverschuldung.

(Abg. Hauk CDU: Siehe Haushaltsergebnis 1998!)

Das ist Ihre finanzpolitische Linie. Die Zahlen sind auch glasklar; wir werden das morgen einmal diskutieren. Sie haben die Seriosität der großen Koalition längst verlassen. Morgen lassen Sie sich bei der Mifri eine massiv erhöhte Nettoneuverschuldung bewilligen. Das ist Ihre finanzpolitische Linie.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte gedacht, ich weiß, warum Sie, Herr Finanzminister, in Rottenburg Anflüge von Wahrheitslust bekommen haben. Wenn Sie aber heute nichts zur Gegenfinanzierung der Steuerreform sagen – dazu haben Sie nämlich nichts gesagt –, kann ich das, sehr geehrter Herr Stratthaus, nur so deuten, dass Ihre Vorstellungen von einer Gegenfinanzierung der Steuerreform in einer massiven Erhöhung der Staatsverschuldung bestehen. Nur so kann man die Linie der Landesregierung verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da teilen Sie in der Tat die Position Ihres Vorgängers, der uns hier im Haus schon erklärt hat, 1,6 Milliarden DM mehr Staatsverschuldung in Baden-Württemberg seien kein Problem, die müsse man in Kauf nehmen. Wahrscheinlich wird es bei Ihnen noch ein Stück dicker.

So aber, sage ich Ihnen, geht es nicht. Das ist genau der Punkt, an dem ich Sie haben wollte. Es geht nicht, dass Sie aus parteitaktischen Gründen gegen alles und jedes sind und dann dem Volk verschweigen, dass Sie Ihr Steuerversprechen in Wirklichkeit über massive Erhöhungen der Staatsverschuldung finanzieren wollen. So läuft es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist weder finanzpolitisch seriös noch sonst in Ordnung.

Sie haben ein bisschen über eine Ökosteuerreform herumfabuliert. Ich habe jetzt dauernd darüber nachgedacht –

Herr Kollege Kuhn auch –: Ist Herr Stratthaus jetzt für eine Ökosteuerreform, nur für eine viel massivere?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Für eine echte!)

Man hätte fast meinen können, er sei für eine massive Ökosteuerreform. So habe ich das gerade herausgehört.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eintreten bei uns!)

Haben wir uns verhört? Es hat sich doch ziemlich obergrün angehört. Aber da müssen Sie sich mit Ihrem Ministerpräsidenten einigen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein guter Mann, der Stratthaus!)

Dieser sagt: Sechs Pfennig Mineralölsteuererhöhung ist schon zu viel. Jetzt aber kommt Herr Stratthaus und macht eine richtige Ökosteuerreform.

Sie wollen ja auch nicht Farbe bekennen. Sie wollen nicht sagen, was Sie selber für richtig halten. Sie wollen nur bei dem Protestgeschrei, das sich jetzt überall erhebt, mitheulen. Das ist Ihre Linie. Aber das ist eine parteitaktische Linie und nicht die Linie eines Verfassungsorgans, eines Finanzministers und eines Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Darum geht es, und das muss einmal im Kern klargemacht werden.

Man muss der staunenden Öffentlichkeit auch einmal sagen, was sich hier wirklich abspielt. Sie wissen ja, warum Sie immer nur abstrakt über Ihre Petersberger Beschlüsse sprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, rufen wir uns einmal in Erinnerung, welcher Zirkus in den letzten Tagen und Wochen in der Republik wegen der Steuerreform der Bundesregierung los war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bei Ihnen!)

Hören Sie gut zu! Ich komme zu den Petersberger Beschlüssen. Dort heißt es: Verlängerung der Ansammlungsfrist für Stilllegungs- und Beseitigungsverpflichtungen bei Kernkraftwerken.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein guter Vorschlag!)

Das ist hochinteressant. Das ist bei Ihnen völlig in Vergessenheit geraten, als Sie herumgeheult haben, dass die böse Bundesregierung die Atomindustrie so sehr belasten würde.

Weiter: Verbot der Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten. Hören Sie gut zu! Verbot der Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Daran hätten Sie sich einmal erinnern sollen, als Sie nun in dieses Geschrei eingestimmt haben.

(Maurer)

Es kommt noch besser: Realitätsnähere Bewertung von Rückstellungen, insbesondere – passen Sie auf! – von Schadensrückstellungen in der Versicherungswirtschaft.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Und da stellt sich Herr Kollege Teufel hin und sagt: „Ja-wohl, ich stehe an der Seite der deutschen Atomwirtschaft und der Versicherungswirtschaft.“ Mein Gott, Sie wollten ihnen doch selbst zu Leibe rücken und spekulieren nur auf die Vergesslichkeit der Menschen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Einführung eines Wertaufholungsgebotes für die Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 1997 enden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Es kommt noch besser: Streichung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber Senkung der Sätze, Herr Maurer!)

Streichung der Ansparabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe, Streichung der Rücklage von drei vom Hundert der Bauspareinlagen bei Bausparkassen. Das sind alles Beschlüsse der CDU.

(Abg. Haasis CDU: Das Ganze lesen! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir könnten noch eine Weile weiterdiskutieren.

Ich sage Ihnen eines: Die Tour, auf die Vergesslichkeit der Menschen zu spekulieren, verfängt vielleicht ein halbes Jahr vor einer Wahl. Wir haben aber noch dreieinhalb Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl vor uns. Bis dahin werden Sie sich im Interesse des Landes um konstruktive Vorschläge bemühen müssen. Denn das Land Baden-Württemberg ist von den Auswirkungen der Steuerreform mit betroffen, und Ihr Haushalt ist schon nur über zusätzliche Schulden finanziert. Deswegen muss da „Butter bei die Fische“. Man kann nicht sagen: „Wir sind für Sparen“, aber in dem Moment, in dem es um große Investitionen des Bundes geht – ein Bahnhof, Bundesverkehrswege –, wie der Ministerpräsident für Investitionen des Bundes sein und sie massiv einfordern.

Lassen Sie das taktische Theater. Sie werden, wenn Sie dies wollen, die Bundesregierung erst dann stellen können, wenn Sie selbst durchdachte und konstruktive Vorschläge machen. Dann beginnt der geistige Wettbewerb.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Nagel SPD: Er hat eine rot-grüne Krawatte an!)

Finanzminister Stratthaus: Gefällt sie Ihnen? – Prima.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz wenige Bemerkungen zu dem, was Herr Maurer gesagt hat. Herr Maurer, Sie haben die reine Wahrheit gesagt, aber nicht die volle Wahrheit.

(Zuruf von der SPD)

– Ich werde es gleich erläutern.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

In den Petersberger Beschlüssen waren in der Tat eine Reihe von Gegenfinanzierungsvorschlägen enthalten, die für die neue Steuerreform nun auch vorgesehen sind. Nur: Wir wollten die Körperschaftsteuer damals in einem Zug senken.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Bist du aufgewacht?)

Das ist doch das Entscheidende. Wir wollten auch noch – ich will Sie daran erinnern – auf anderen Gebieten Subventionen streichen. Das muss man alles in einem Zusammenhang sehen. Man darf nicht nur einzelne Punkte herausgreifen.

Es wurde behauptet, ich sei für eine größere Ökosteuerreform. Ich habe das nicht gesagt.

(Abg. Maurer SPD: Nein!)

Ich will es noch einmal klarstellen: Ich bin gegen die Ökosteuerreform.

(Abg. Maurer SPD: Aha!)

Ich wollte nur klarmachen, dass zumindest die Bezeichnung „Ökosteuerreform“ nach dem, wie sie angelegt ist, verlogen ist.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Es ist keine Ökosteuerreform, sondern es handelt sich schlicht und einfach um eine Erhöhung der indirekten Steuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie dies wollen, dann sagen Sie es doch.

Über den nächsten Punkt, die Nettoneuverschuldung, reden wir morgen.

Ich habe gelesen, es würden nun alle Dämme brechen. Das haben Sie, Herr Maurer, irgendwo gesagt. Herr Maurer, wenn bei uns die Dämme brechen, sind Ihre sozialdemokratischen Ministerpräsidenten schon längst unter Wasser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hat sich erledigt!)

Er verzichtet.

Herr Abg. Dr. Noll, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man wird bei dieser Debatte das Gefühl nicht los, dass hier Leute, die im Glashaus sitzen, massiv mit Steinen werfen. Das Thema der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte ist ein dreister Versuch, Kollegen von Rot-Grün, von der parteitaktischen Konfrontation innerhalb Ihrer Koalition in Bonn abzulenken.

Wenn Sie hier eine solide Finanzierung und eine solide Steuerpolitik anmahnen, behaupte ich: Das, was Sie in Bonn machen, ist zutiefst unsolid und unsozial, unsolid deshalb – da komme ich noch einmal auf die Ökosteuern zurück –, weil Ihre Steuerpläne dazu dienen, sich vor den notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme zu drücken.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Woher haben Sie denn das? Das kommt doch erst!)

Sie nehmen die Ökosteuern, um die sozialen Sicherungssysteme an den Tropf zu hängen. Damit bemänteln Sie die Rentenlücke, die Sie während des Wahlkampfes den Wählern vorgelogen haben, indem Sie gesagt haben: Wir brauchen keinen demographischen Faktor. Sie haben diese Aussage sofort zurückgenommen. Ich vermute – und Herr Riester merkt es schon –, das wird Ihnen noch sauer aufstoßen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Warum ist das nicht nur unsolid, sondern auch unsozial? Herr Minister Stratthaus hat es schon andeutungsweise gesagt. Ich möchte erläutern, warum Sie – neben aller Entlastung, die wir für Wirtschaft und Mittelstand brauchen – eine unsoziale Steuerpolitik betreiben. Sie tun dies, weil Sie Rentner, Familien, Sozialhilfeempfänger und Studenten massiv belasten. Zahlen lügen nicht. Ich darf deshalb aus der „Welt“ vom 27. Februar zitieren. Darin steht:

Durchschnittsfamilien zahlen bei der Ökosteuern drauf. Niedrigere Sozialbeiträge gleichen Ökoabgaben nicht aus.

Nun hören Sie einmal gut zu; denn das sind Zahlen und Fakten. Wissen Sie, wer durch die Ökosteuern belastet und wer entlastet wird? Belastet werden all die, die ein Einkommen bis zu 8 000 DM haben, und entlastet werden nur die, die ein Einkommen von über 8 000 DM haben.

(Unruhe – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Die Zahnärzte werden entlastet!)

Herr Maurer, ich gebe Ihnen nachher gerne den Zeitungsausschnitt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Behalten Sie Ihre Zeitung!)

Und das alles von einer Regierung, die unter dem Motto „Mehr soziale Gerechtigkeit“ angetreten ist.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Vorhin hat Herr Abg. Kretschmann in einem Zwischenruf zum Thema, dass die Ökosteuern zum Beispiel die Rentner belasten, gemeint, die Rentner sollten mehr Rad fahren. Das

halte ich, mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen, für zynisch.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn es geht nicht nur um das Auto, sondern auch um die Heizung und Ähnliches.

In dieses Bild von einer unsozialen Steuerpolitik passen auch die Maßnahmen im Bereich der Sparerfreibeträge. Auch das – und darüber hatten wir letztthin mit dem ZdS. ein ausführliches Gespräch – belastet massiv die Rentnerinnen und Rentner, die sich im Laufe ihres Lebens etwas fürs Alter zurückgelegt haben.

(Abg. Maurer SPD: Auch Sie kennen die Petersberger Beschlüsse nicht! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das steht doch auch drin!)

– Die Petersberger Beschlüsse hatten zwei Seiten. Der Fehler Ihrer Reform ist, dass Sie nur die eine Seite, nämlich die Belastung, verwirklichen und keine Entlastung gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen waren wir uns wohl einmal alle einig, dass das Ziel einer soliden Steuerreform

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

eine Vereinfachung der Steuerregelungen sein soll. Wenn ich allein die beiden Punkte 630-DM-Jobs und Scheinselbstständigkeit, wo wir heute schon wieder über Ausnahmeregelungen diskutieren, nehme, kann ich von Vereinfachung wahrlich nichts spüren. Das wiederum wird unsere kleinen und unsere mittelständischen Betriebe massiv belasten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Noch ein Wort zur Mehrwertsteuer. Die wachsweißen Dementis, die da kommen – manche in Bonn bekennen sich ja ganz klar dazu –, lassen mich schon befürchten,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

dass man angesichts des zu Recht geforderten verbesserten Familienleistungsausgleichs zu diesem Mittel greifen wird, dass man nach dem alten Motto der Umverteilung, etwas aus der einen Tasche zu nehmen und es in die andere zu stecken, die Familien massiv zusätzlich belasten wird.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

In diesem Zusammenhang wird völlig vernachlässigt, dass es viele Rentnerinnen und Rentner gibt, die ihre Kinder in weiß Gott schwierigerer Zeit als heute großgezogen haben. Wenn man diese über solche unsozialen Steuererhebungen – Ökosteuern, Mehrwertsteuererhöhung usw. – dazu heranzieht, den Familienleistungsausgleich hinzubekommen, dann ist das ungerecht, unsozial und unsolid.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Moser SPD)

(Dr. Noll)

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kommen, der mich persönlich ganz massiv geärgert hat; es geht um ein soziales Detail. Sie wollen für Veräußerungsgewinne den vollen Steuersatz – das ist schon beschlossen. Wissen Sie, was Sie damit tun? Mit einem Federstrich betrügen Sie Hunderttausende von Selbstständigen, Handwerker, Inhaber von kleinen Betrieben, um die Früchte ihrer Lebensleistung

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und um einen Teil der Basis ihrer Altersversorgung.

Als Fazit dieser Debatte kann ich nur sagen: Sorgen Sie in Bonn für eine Abkehr von parteitaktischen Spielchen und für eine Abkehr von dieser unsoliden und unsozialen Steuerpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

(Abg. Maurer SPD: Ich habe eine Frage an ihn! –
Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Er soll sich erst einmal mit dem beschäftigen, was ich ihm hingelegt habe!
– Große Unruhe)

Abg. Maurer SPD: Herr Kollege Noll, weil man Ihnen nach Ihrem flammenden Schlussappell für die Selbstständigen, ihre Zukunftsvorsorge usw. nichts durchgehen lassen darf, möchte ich noch etwas sagen. Eigentlich wollte ich Ihnen nur eine Frage stellen, aber jetzt benutze ich meine Redezeit.

Ist Ihnen bekannt, dass Ihre Koalition unter Änderung des § 16 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes die Streichung des Freibetrags in Höhe von 60 000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe bzw. Teilaufgabe von Betrieben beabsichtigt hat?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Frage ist doch beantwortet, Herr Maurer! Die Frage hat er doch beantwortet!)

– Nein. Er hat es auf diesen Punkt zugespitzt. – Warum habe ich damals Ihren flammenden Protest nicht gehört?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist Petersberg! – Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn Sie es als nachträgliche Zwischenfrage, als Nachfrage genehmigen. – Herr Maurer, Sie haben offensichtlich nicht zugehört.

Stellv. Präsident Birzele: Das war ein Redebeitrag. Sie erhalten jetzt die Möglichkeit zu einem neuen Redebeitrag, da wir die Gesamtredezeit von 50 Minuten noch nicht ausgeschöpft haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Du kannst also in aller Ruhe sprechen!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Maurer hat immer noch nicht begriffen, dass man gleichzeitig mit vorhersehbaren Belastungen immer so euphemistisch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gefordert hat, für die wir natürlich auch waren – wie soll es denn anders gehen? –,

(Lachen bei der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

aber im Sinne einer Vereinfachung, indem wir gleichzeitig Entlastungen an anderer Stelle gewähren. Der Hauptkritikpunkt, wenn Sie immer von Entlastung des Mittelstands reden, ist, dass Sie alles auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – 2002 – hinausschieben. Das wird nicht funktionieren. Viele Betriebe befinden sich meiner Meinung nach an einem Punkt, bei dem sie keine drei, vier Jahre mehr warten können, weil ihnen möglicherweise bis dahin das Wasser bis zum Hals steht und sie aufgeben müssen. Dann haben sie von der Entlastung, die Sie für das Jahr 2002 versprechen, wirklich nichts mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte – Punkt 3 der Tagesordnung – beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Privates Jugendradio für Baden-Württemberg: Verfassungswidrige Beschneidung des SWR und Bändendienst für die Privatsender im Land? – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ich erinnere an die Vorgaben für eine Aktuelle Debatte und bitte insbesondere auch die Mitglieder der Landesregierung, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem neuen Landesmediengesetz soll jetzt in Baden-Württemberg ein landesweites Jugendradio eingerichtet werden. Landesregierung, Staatsministerium und die CDU-Fraktion sagen: Dieses Jugendradio muss privat sein. Die CDU will damit den Privatrundfunk stärken. Das Ziel ist, erstmals in Baden-Württemberg einen privaten Landessender zu installieren. Gleichzeitig setzen Sie sich weiterhin dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk kein Jugendradio machen darf, also hier ein Verbot bestehen bleibt. Ich kann nur sagen: So nicht!

(Jacobi)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gut formuliert! – Abg. Bebber SPD: Überzeugend! – Abg. Oettinger CDU: Wie dann, Herr Kollege?)

– Ich komme gleich darauf. Herr Oettinger, am Schluss der Rede werden Sie genau wissen, wie dann.

Am Anfang will ich aber ganz klar sagen, dass wir bei einem privaten Landesprogramm durchaus offen sind, wirklich offen sind. Dies ist auch anders als bei früheren Mediendebatten hier im Landtag. Die Erfahrung zeigt, dass es früher oder später mehrere private Landesprogramme geben muss.

Der SWR genießt nicht nur Bestands-, sondern auch eine Entwicklungsgarantie, auch wenn Sie dies nicht wahrhaben wollen. Dies ist durchgängige Argumentation des Bundesverfassungsgerichts, und auch beim möglicherweise anstehenden Streit, wenn sich der Südwestrundfunk das Verbot des Jugendradios nicht gefallen lässt und wenn nicht komplett eine 180-Grad-Wendung des Bundesverfassungsgerichts eintritt, kann man sagen: Es wird Ihnen nicht gelingen, das Jugendradio beim SWR zu verhindern, allenfalls zu behindern, etwas zu verzögern.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Als zentrale Aussage dieser Rede erkläre ich: Der Staatsvertrag muss geändert werden. Das fünfte Programm beim Südwestrundfunk muss möglich sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die ablehnende Haltung der Landesregierung verstößt glasklar gegen die eindeutigen Aussagen der Rundfunkurteile. Wir fordern Sie auf, Herr Oettinger, dies endlich zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu handeln. Vielleicht beeindruckt Sie ja der einstimmige Beschluss des Rundfunkrats des Südwestrundfunks, an dem bekanntlich auch Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion mitgewirkt haben.

(Abg. Oettinger CDU zu Abg. Mühlbeyer CDU: Hermann, horch!)

Es ist auch einfach absurd, dass der SWR das Projekt „DASDING“ auf Dauer im Internet oder im Frühstücksfernsehen zeigen soll. Rheinland-Pfalz geht jetzt den Weg, mit einer juristischen Hilfskrücke das Ganze als Versuch zu bezeichnen. Dies ist rechtlich unbefriedigend.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Auf der anderen Seite ist die Frage zu stellen, ob Sie das Ziel, nämlich die Stärkung des Privatrundfunks, wirklich erreichen. Im Gesetz heißt es, es solle jetzt ein landesweites Programm geben, vorwiegend für junge Hörerinnen und Hörer. Das ist natürlich nicht justiziabel, aber es ist zu Recht eingewendet worden, auch vom VPRA, dass diese Zielgruppe der vorwiegend jungen Hörerinnen und Hörer – darunter versteht man landläufig die Altersgruppe zwischen 12 und 20 – zu klein, zu eng ist. Der Blick in andere Bundesländer zeigt, dass dort Jugendradios mit dieser Zielgruppe gestartet sind, aber die Hörserschaft sehr schnell älter wurde und das Zielpublikum um eine Hörserschaft um die 30 breiter wurde.

(Abg. Oettinger CDU: Wie bei den Grünen! SWR 4!)

Das heißt, es ist zu erwarten – Herr Oettinger, das ist eigentlich eine ernste Frage –, dass die Konkurrenz um den begrenzten Werbekuchen größer wird und dass unsere bestehenden Lokalsender und Regionalsender in Baden-Württemberg vor erhebliche Probleme gestellt werden.

Ich will an dieser Stelle auch klar sagen: Eine Kooperation zwischen öffentlich-rechtlich und privat lehnen wir ab und halten wir für falsch.

(Beifall des Abg. Birk CDU)

Es ist für den Südwestrundfunk im Übrigen völlig uninteressant, sich bis maximal 33 % zu beteiligen.

(Abg. Birk CDU: Das wollen die zwei Wettbewerber!)

Wir wollen außerdem auch eine grundsätzliche Trennung. Wir wollen das duale System wirklich dual haben: die einen auf der einen Seite, durch Gebühren finanziert, und die anderen auf der anderen Seite, durch Werbung finanziert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birk CDU: Das ist gut!)

Fazit, meine Damen und Herren: Am besten wäre es, wenn sich der Südwestrundfunk jetzt gleichberechtigt mit am Verfahren beteiligen könnte. Dann soll das bessere Konzept lizenziert werden.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! Genau!)

Wenn das aber nicht möglich sein soll, dann wird es früher oder später – davon bin ich überzeugt – zwei Jugendradios geben. Dann wird sich der Südwestrundfunk dies eben erstreiten. Diese zwei Jugendradios wird es nicht lange geben. Der private Landessender wird die Hörserschaft ausweiten müssen und wird damit in Konkurrenz zu unseren bestehenden Bereichssendern treten müssen.

Dann kommen wir zu einem Modell, das wirklich Sinn macht, nämlich dazu, das Jugendradio beim Südwestrundfunk zu platzieren, und zwar auch als Multimedia-Radio, so, wie es derzeit schon zu hören und zu sehen ist. Außerdem haben wir dann ein starkes, gutes, landesweit empfangbares Programm durch die Privatveranstalter. Ich bin überzeugt: Wenn man so anfangen würde und dies als Zielsetzung hätte, dann wäre das die bessere Konzeption. Sie ist es aber nicht so, wie Sie das tun, indem Sie sagen, Sie wollten einen Schutzraum für die Privaten beim Jugendradio und ein Verbot für die Öffentlich-Rechtlichen, ein solches Jugendradio zu machen. So wird es nichts. Dies ist letztendlich nichts anderes als die Fortsetzung des medienpolitischen Gekurkes, das wir in den letzten Jahren hatten

(Abg. Oettinger CDU: Oje! – Abg. Weiser CDU: A wa!)

und das dazu geführt hat, dass der Privatrundfunk in Baden-Württemberg im Unterschied zu anderen Ländern, Herr Minister Weiser,

(Jacobi)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ehemaliger! Schon lange vorbei! – Abg. Heiler SPD: Vizepräsident!)

noch immer nicht in einer guten Situation ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Die Weiterentwicklung des privaten Hörfunks in Baden-Württemberg und die faire Aufgabenteilung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen in Baden-Württemberg einerseits und einer Verbesserung der Marktchancen für private Anbieter andererseits ist uns ein Anliegen. Deswegen haben wir diesen Entwurf zur Arbeitsgrundlage unserer Beratungen in den nächsten Monaten gemacht.

Ich greife, Herr Kollege Jacobi, ausdrücklich Ihre Debatte insoweit auf, als wir bereit sind, in den nächsten Wochen aus den Anhörungsstellungen und aus guten Argumenten Veränderungen und Ergänzungen unseres Mediengesetzesentwurfs in Betracht zu ziehen. Der Entwurf ist nicht betoniert. Er ist die Arbeitsgrundlage, nicht weniger und nicht mehr.

Aber wer jetzt so tut, als ob man den Privaten einen Bären dienst erweise und gleichzeitig das Grundgesetz verletze, der hat sich, glaube ich, schon vorschnell und populistisch festgelegt, so wie Sie. In keinem Land der Erde, nirgendwo, gibt es mehr öffentlich-rechtliche Programme als bei uns.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja und?)

Es muss doch die Frage erlaubt sein, ob Grundversorgung in Deutschland mit 55 plus x Hörfunkprogrammen ausgefüllt werden muss.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt auch mehr Wurstsorten bei uns! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wohin gehen wir eigentlich, Kollege Kuhn, wenn über DAB einmal alle Hörfunkprogramme aller Anstalten in jedem Winkel Deutschlands hörbar sind? Glauben wir im Ernst, dass 60 oder 70 Hörfunkprogramme die notwendige Grundversorgung bedeuten, oder ist hier nicht eine Überentwicklung des öffentlichen Auftrags gegeben?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also in meinem Autoradio gibt es keine 50 Programme, Herr Oettinger! Das ist gewiss!)

– Herr Kollege, ich habe von DAB gesprochen. Damit wird diese Entwicklung auch an Ihrem Autoradio auf Dauer nicht spurlos vorübergehen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das dauert noch eine Weile!)

Vielleicht halten Sie noch länger als andere an analoger Technik fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir steigen, wie die Mehrzahl der Bürger, in digitale Technik ein.

(Abg. Brechtken SPD: Können Sie einmal den Unterschied erklären? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Unstreitig ist, Kollege Kuhn, und insofern gebe ich Ihnen Recht: Die Programme des Südwestrundfunks und ihre Aufstellung bedürfen der Kritik. Ich wiederhole heute und hier, ohne die Staatsferne des Südwestrundfunks infrage zu stellen, dass das erste Programm längst nicht über die notwendige Akzeptanz in wichtigen Kreisen der Bevölkerung verfügt. Ich ermuntere alle, hier im Sommer eine Bilanz zu ziehen und zu prüfen, ob nicht eine Korrektur des ersten Hörfunkprogrammes angezeigt ist.

Zweitens zitiere ich Herrn Kuhn. Er, Klippstein und Mack glauben, dass das dritte Programm altersmäßig nach unten gezogen werden muss.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein gutes Trio!)

Genau hier steckt ein Grundproblem, das seit dem Start gegeben war. Die Programme sind eher zu alt als zu jung aufgestellt. Ich glaube, man hat bewusst eine Lücke geschaffen, in die man jetzt mit dem öffentlichen Radio „DASDING“ stoßen will.

Ich will schon die Frage beantwortet wissen: Wohin ziehen Sie denn das dritte Programm, Sie, Rundfunkrat Fritz Kuhn? Wie stark kommt es der Jugend entgegen, und bleibt dann noch Platz für „DASDING“ oder nicht? Die entscheidende Frage haben die Rundfunkräte bisher nicht gestellt: Was soll es denn kosten? Die Antwort auf diese Frage sind wir dem Gebührenzahler, dem Bürger schuldig. Der Intendant geht von etwa 2 Millionen DM aus. Frau Kollegin Kipfer, leichtgläubig, glaubt es ihm.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: „DASDING“ kostet 2 Millionen DM! – Zuruf von der CDU: Was? Ich habe immer gemeint, die sei nicht gläubig!)

Denn diese Frage bedarf eines intensiven Streits. Das erste Hörfunkprogramm kostet 53 Millionen DM. SWR 2 Kultur kostet 60 Millionen DM. SWR 3 kostet knapp 40 Millionen DM, das vierte Programm, durch Regionalisierung noch teurer, 85 Millionen DM. Wenn die Programme zwischen 40 und 80 Millionen DM kosten, wie kommt man dann auf 2?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch logisch!)

Ich suche den zweiten Vergleich. Frau Kollegin Kipfer, ich suche den Vergleich zu den öffentlich-rechtlichen Jugendradios, die es in anderen Ländern zum Teil schon gibt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ein guter Ansatz!)

(Oettinger)

Überall kommt man zu dem Ergebnis: Unter 20 Millionen DM läuft nichts.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das sehen Sie richtig!)

Deshalb meine Bitte: Lassen wir uns nicht 2 Millionen DM auf den Tisch legen und sind zufrieden. Sie haben die Aufgabe, im Verwaltungsrat und im Rundfunkrat – unsere Kollegen auch –, anstatt nur Kaffee und Kuchen zu genießen,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Bravo! Jawohl!)

zu entscheiden, wie man 20 oder 30 Millionen DM ohne Anmeldung für höhere Gebühren im Haushalt des Senders verkraften kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Faule Hunde! Jetzt sagen Sie nur noch, das seien faule Hunde! – Abg. Bebbler SPD: Sind das faule Hunde? Die Öffentlich-Rechtlichen sind alles Weichspüler und faule Hunde?)

Wer bestellt, soll auch zahlen. Sie haben im Grunde genommen übernommen, ohne nachzufragen. Ich erwarte schon Angaben darüber, was die Vollkosten sind, was für Personal, Sachmittel, Entwicklung und Investitionen aufgebracht werden muss, weil ich glaube, dass ein wortgeprägtes, digitales, interaktives Jugendradio, das nicht zentral, sondern dezentral vor Ort tätig werden muss, eher 30 als 20 Millionen DM kosten wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was wollen Sie jetzt? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie lenken ab!)

Ein letzter Satz zum Jugendradio. Wir glauben, dass ein privates Jugendradio jetzt in jedem Fall kommen muss. Wir bauen darauf, dass dafür Nachfrage besteht und sich dies im Gegensatz zur Meinung des Kollegen Jacobi auf dem Werbemarkt auch tragen kann. Dazu spricht der Sender „Sunshine“ und dessen gute Erfahrung für sich. Er hat Ihnen, Herr Kollege Jacobi, dies schriftlich vor zwei Tagen ins Postfach gelegt.

Alles in allem: Wir haben uns noch nicht entschieden. Vorrang hat das Projekt eines privaten Jugendradios. Parallel führen wir einen Dialog mit dem SWR. Aber wer hier ideologisch sagt, „DASDING“ habe Vorrang vor allem, der hat, glaube ich, nicht die notwendige Offenheit. Ich glaube, dass daher dieses Landesmediengesetz kein Bären dienst für die Privatfunkveranstalter, sondern eine Erweiterung deren Perspektive ist und dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Augenblick nicht auf der Tagesordnung steht, sondern zuallererst die Frage beantworten muss, wie weit das dritte Programm in die junge Generation nach unten gezogen wird.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oettinger, Sie haben wohl ganz bewusst um den heißen Brei herumgeredet, aber darauf komme ich gleich noch zurück.

(Abg. Birk CDU: Was? Um den heißen Brei herumgeredet?)

Immer noch basiert das duale Rundfunksystem in Baden-Württemberg auf zwei Faktoren, nämlich auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Gott sei Dank, und auf fairen Chancen, die wir allen Partnern einräumen wollen, auch wir. Diese Chancen sollen sie auch bei der privaten Jugendwelle haben. Sie müssen sie aber auch ergreifen.

Jenseits von aller Polemik ist festzustellen, dass sich ein privates Radio für die Zielgruppe der 10- bis 24-Jährigen durchaus rechnet. Herr Oettinger, Sie haben darauf hingewiesen, dass sich das Programm „Sunshine life“ von 16 000 auf 100 000 Hörer heraufgearbeitet hat. Es sagt, wenn man ihm glauben darf, dass es sich jetzt in den schwarzen Zahlen befindet. Das geht also, das beweist dieses Radio.

Eine landesweite Jugendwelle kann aber nur dann funktionieren, wenn diese Zielgruppe exakt eingehalten wird. Dies kann man am besten dann gewährleisten, wenn alle privaten Veranstalter dieses Radio in einem Boot, in einer Veranstaltergemeinschaft organisieren.

Wenn es anders wäre, wenn nur ein Sender im Verbund mit einem bundesrepublikanisch operierenden Unternehmen die Lizenz bekäme, wäre hier allerdings eine Konkurrenzsituation zu befürchten, weil dann das Format ausgeweitet werden würde. Dann würde Kannibalismus in Baden-Württemberg den privaten Rundfunk kaputt machen. Genau um dieses Problem haben Sie, Herr Oettinger, sich herumgedrückt. Man hört ja, dass Sie ganz andere Präferenzen haben, als die privaten Veranstalter in ihrer Summe selbst fordern.

Im Übrigen wäre das auch rechtlich fragwürdig. Denn die Lizenzierung nur eines Veranstalters würde die Voraussetzungen, die seinerzeit zur Lizenzierung der jetzigen Veranstalter geführt haben, völlig ins Gegenteil verkehren. Das hätte sicherlich rechtliche Konsequenzen.

Wir können die ökonomischen Überlegungen aber auch nachvollziehen, dass ein weiteres Jugendprogramm, öffentlich-rechtlich gesendet, den wirtschaftlichen Erfolg möglicherweise infrage stellen könnte, wenn schon private Veranstalter auf Sendung sind. Wir stehen deshalb den Bemühungen, eine Kooperation zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern in Gang zu setzen, positiv gegenüber. Den SWR mit ins Boot zu nehmen ist im Übrigen vernünftig, weil auch er einen berechtigten Anspruch hat, ein Jugendprogramm terrestrisch auszustrahlen. Diese Kooperation wird gegenwärtig geprüft. Der Ausgang ist offen. Wir werden danach zu entscheiden haben, was dann passieren kann.

Wir verweigern uns aber ganz deutlich dem Ansinnen der privaten Veranstalter in Baden-Württemberg, dem SWR auf alle Zukunft hin zu verbieten, ein Jugendprogramm terrestrisch auszustrahlen. Dies wäre in der Tat ein verfassungswidriger Eingriff in die Entwicklungsgarantie einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Wie wäre es, wenn Sie den Sender ganz einfach jugendgerecht anpassen? Das wäre der einfachste Weg!)

(Birgit Kipfer)

– Das liegt in der Programmautonomie dieses Senders, und da haben Sie, Herr Kollege, auch nicht hineinzuregieren, es sei denn, Sie sind Mitglied der Gremien.

(Abg. Birk CDU: Sie machen es sich einfach, Frau Kollegin! Wie machen Sie es denn mit dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag?)

– Hören Sie genau zu! Machen Sie sich erst einmal sachkundig.

(Abg. Birk CDU: Das würde ich Ihnen auch empfehlen! Sie sitzen doch im Rundfunkrat, Frau Kollegin! – Unruhe – Gegenruf des Abg. Heiler SPD: Dumm geschwätzt ist gleich, gell?)

Die Ausstrahlung eines öffentlich-rechtlichen Jugendprogramms muss aus unserer Sicht dann kommen, wenn es nicht zu einer gemeinsamen Trägerschaft der privaten Veranstalter in Baden-Württemberg kommt, weil dann der Markt völlig neu aufgerollt werden würde und zweitens die Kooperation mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zustande käme.

Ich warne die Landesregierung an dieser Stelle, die Frage der Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Spitze zu treiben und die Verfassungsfrage in der Luft hängen zu lassen. Es gibt genug Verfassungsurteile, die darauf hinweisen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Bestands- und Entwicklungsgarantie gewahrt haben muss. Wir wollen heute nicht über das Landesmediengesetz reden. Ich habe mich bewusst auch nicht darauf bezogen.

(Abg. Birk CDU: Ein Blick in den Rundfunkstaatsvertrag genügt!)

Aber was gegenwärtig da drinsteht – Herr Oettinger, ich begrüße, dass Sie so offen sind und über den Referententwurf weiter diskutieren wollen –, lässt allerdings Befürchtungen aufkommen.

Zu Ihrer Erinnerung für die kommende Diskussion möchte ich einmal aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 26. September 1994 zitieren, weil Sie sich ja eben so breit über die Grundversorgung auslassen haben. Dort heißt es – ich zitiere –:

Danach bezeichnet Grundversorgung weder eine Mindestversorgung, auf die der öffentlich-rechtliche Rundfunk beschränkt wäre, noch nimmt der Begriff eine Grenzziehung oder Aufgabenteilung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern vor. Vielmehr muss im dualen Rundfunksystem von Verfassungen wegen sichergestellt sein, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Gesamtheit der Bevölkerung Programme anbieten, die umfassend und in der vollen Breite des klassischen Rundfunkauftrags informieren, und dass im Rahmen dieses Programmangebots Meinungsvielfalt in der verfassungsrechtlich gebotenen Weise hergestellt wird.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir werden darüber sicherlich bei der Diskussion über das Landesmediengesetz weiter beraten.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Jacobi, Sie haben hier Ausführungen gemacht, aber ich habe immer noch nicht erkennen können, wo Sie die verfassungswidrige Beschneidung des SWR in diesen Plänen sehen. Das verstehe ich nicht. Davon kann doch keine Rede sein. Wir haben in Baden-Württemberg vier öffentlich-rechtliche Radioprogramme des SWR. Wir haben zumindest eineinhalb weitere öffentlich-rechtliche Programme durch Deutschlandradio. Das ist nicht überall zu empfangen. Darum rede ich nicht von zwei, sondern von eineinhalb Programmen. Wir haben aber lediglich zwei private Programme, also Regionalprogramme, die überall zu empfangen sind, und Lokalprogramme, die auch nicht überall zu empfangen sind, jedoch zumindest teilweise, also fast flächendeckend.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kluck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Abg. Kluck FDP/DVP: Bitte schön.

Abg. Moser SPD: Herr Kollege Kluck, könnten Sie bitte eine Aussage darüber machen, ob Sie zur Entwicklungsgarantie der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stehen oder nicht

(Abg. Haas CDU: Das ist keine Frage, sondern eine Bitte!)

und ob Sie diese Entwicklungsgarantie auch im Zusammenhang mit dem Jugendradio sehen oder nicht.

Abg. Kluck FDP/DVP: Erster Teil Ihrer Frage: Die Freie Demokratische Partei steht selbstverständlich zur Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Zweiter Teil Ihrer Frage: Das muss man sorgfältig prüfen. Sie können nachher aus meinen weiteren Ausführungen vielleicht etwas herauslesen.

Also, wir haben gegenüber fünfeinhalb öffentlich-rechtlichen Radioprogrammen zwei oder 1 4/5 private Rundfunkprogramme. Wenn wir jetzt die private Jugendwelle bekommen, haben wir erst das dritte private Programm. Wir waren uns aber in diesem Haus immer einig, vielleicht mit Ausnahme von Frau Kollegin Kipfer, dass wir ein duales Rundfunksystem wollen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Darauf habe ich mich bezogen! Sorgen Sie dafür, dass das funktioniert!)

– Ja, Sie sagen es. Aber Sie wissen doch, dass die private Säule des dualen Rundfunksystems gewaltig hinterherhinkt. Darum müssen wir diese Säule erst einmal stärken, damit sie gleichziehen kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie wollen Sie das machen?)

Deswegen, meine Damen und Herren, muss dies sein. Die vorgeschlagene Neufassung des Landesmediengesetzes,

(Kluck)

über die wir noch ausführlich diskutieren werden, sieht die Drittelbeteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Das ist möglich, wenn die sich einigen. Sie haben ja auch gesagt, dass das ihr Lieblingsmodell sei. Ich glaube eben, dass die sich nicht zusammenfinden werden. Wenn sie sich zusammenfinden, ist es deren Bier. Das geht mich nichts an. Da glaube ich eben an die Staatsferne.

Wir haben auch nichts – das will ich noch einmal sagen – gegen „DASDING“, also dieses Modell.

(Abg. Seimetz CDU: Gegen welches?)

Das ist ja ein interessantes Modell für ein interaktives Multimedia-Radio des Südwestrundfunks. Das ist sicherlich gut.

Ich will Ihnen eines sagen: So, wie ich den Südwestrundfunk und die nicht dauernd Kaffee trinkenden Rundfunkräte und Verwaltungsräte und den sehr aktiven Intendanten kenne, werden die sicherlich Mittel und Möglichkeiten finden, um doch noch auf Sendung gehen zu können.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Wenn die private Jugendwelle kommt, sind die Chancen für eine öffentlich-rechtliche Jugendwelle sogar größer, als sie im Moment sind, weil man erst dann die Entwicklungsgarantie ins Gespräch bringen kann, während jetzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk hoch entwickelt ist und der private Rundfunk wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen bisher in Baden-Württemberg unterentwickelt ist.

Wir brauchen also zuerst die private Jugendwelle, damit die private Säule unseres dualen Systems gestärkt werden kann. Und selbst wenn die da ist, ist das Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten immer noch nicht ausgeglichen, sondern immer noch zugunsten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schwerlastig. Wer also Angst hat, dass der SWR hier ins Hintertreffen geraten könnte, sieht irgendwie Gespenster. Ich glaube das nicht.

Warum das ein BärenDienst für die privaten Rundfunkanbieter sein soll, vermag ich auch nicht zu sehen. Sie gehen immer davon aus – wahrscheinlich haben Sie Informationen, die ich nicht habe –, dass irgendetwas ausgekugelt sei und jetzt irgendwer diese Geschichte bekomme. Diese Jugendwelle wird ausgeschrieben, und dafür haben wir die Landesanstalt für Kommunikation, die dann darüber befindet, wer diese Jugendwelle sendet. Das muss ich erst abwarten, bevor ich Urteile fällen kann. Ich glaube, das sollten wir abwarten, und dann sollten wir in aller Ruhe sehen, wie sich das entwickelt. Ich habe keine Sorgen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier verfassungswidrig eingeschränkt wird. Ich habe keine Sorgen, dass die bestehenden privaten Sender einen BärenDienst erwiesen bekommen,

(Abg. Bebbler SPD: Sie als Frohnatur haben keine Sorgen!)

und ich glaube, dass wir hier eine Kompromisslösung finden werden können, bei der aber zuerst einmal die Privaten am Zuge sein müssen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir in dieser Debatte zunächst drei Vorbemerkungen grundsätzlicher Art.

Die Fraktion Die Republikaner steht zu der schon seit Jahren geforderten monistischen Finanzierung im Bereich des Rundfunks. Wir stehen zum dualen System; das heißt aber auch, dass wir die Beseitigung der Schiefelage, die derzeit zulasten der privaten Anbieter vorhanden ist, fordern. Wir sind drittens der Ansicht, dass die privaten Veranstalter eine reelle Chance benötigen.

(Beifall bei den Republikanern)

Vor diesem Hintergrund will ich nun die beiden Aspekte, die mit dem Thema der heutigen Aktuellen Debatte angesprochen sind, kurz beleuchten.

Zunächst zur verfassungsrechtlichen Lage: Wissen Sie, Frau Kollegin Kipfer, das läuft ja hier immer wie ein Ritual ab: Immer dann, wenn es darum geht, einmal die Unausgewogenheit zwischen privaten Anbietern und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten überhaupt nur anzusprechen, kommen manche wie mit dem Pawlow'schen Reflex und tragen die Monstranz der Entwicklungs- und Bestandsgarantie vor sich her, ohne genau nachzufragen, was das Bundesverfassungsgericht denn selbst dazu gesagt hat. Sie interpretieren den Begriff so, wie Sie es wünschen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich habe zitiert! – Abg. Bebbler SPD: Sie hat wörtlich zitiert!)

Das tun die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten natürlich genauso. Nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht – und das ist die verfassungsrechtliche Lage – in seinen einschlägigen Entscheidungen immer wieder klar und deutlich gesagt hat, dass der Grundversorgungsbegriff selbstverständlich dynamischer Natur ist und nicht statisch

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

und dass man selbstverständlich unter Berücksichtigung der technischen Gesamtentwicklung dieses Sektors auch diesen Grundversorgungsauftrag immer wieder hinterfragen muss.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es geht um Meinungs- vielfalt!)

Deswegen nützt es Ihnen eben nichts, wenn Sie nur sagen: „Da gibt es aber die Entwicklungsgarantie, und bekennen Sie sich dazu“, statt sich einmal bewusst zu machen, dass dies typische „Solange“-Urteile sind. Ich darf Ihnen einmal zur Nachhilfe aus dem Gutachten von Herrn Professor Oppermann zum Staatsvertrag mit Erlaubnis des Präsidenten Folgendes zitieren. Dort heißt es:

Der Grundversorgungsauftrag, der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk innerhalb der dualen Rundfunk-

(Dr. Schlierer)

ordnung verfassungsrechtlich obliegt, ist nicht in Gestalt des derzeitigen Status quo ein für alle Mal fest umrissen.

Sehen Sie, das haben Sie nicht begriffen. Sie gehen von einem statischen Begriff aus und glauben, daraus im Sinne einer Ewigkeitsgarantie gewisse Dinge festschreiben zu können, und deswegen verweigern Sie sich jedem Ansatz, die Schieflage im Rundfunksystem zu beseitigen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Bebbler
SPD: Das behaupten Sie jetzt einfach! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das unterstellen Sie!)

– Doch, genau das ist der Punkt.

(Abg. Junginger SPD: Das ist Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn, sondern das ist genau der Punkt. Ich weiß, dass Sie da jedes Mal getroffen sind, weil es eben der entscheidende Schwachpunkt Ihrer Argumentation ist.

Nun zu einem weiteren Punkt: In diesem Zusammenhang wird ja hier auch immer davon gesprochen, das Bundesverfassungsgericht habe jede Form einer Beschränkung durch den Gesetzgeber ausgeschlossen.

(Abg. Birk CDU: Herr Bebbler, nicht zuhören und dann schwätzen! – Gegenruf des Abg. Bebbler
SPD: Sind Sie gesund?)

– Herr Bebbler, hören Sie lieber zu. Sie haben es noch nötig.

(Heiterkeit)

Schauen Sie, beispielsweise steht im Rundfunkfinanzierungsurteil – gerade für Sie als Jurist ist es interessant, wenn Sie jetzt zuhören –,

(Unruhe)

und zwar im 90. Band der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, dass gesetzliche Programmbegrenzungen mit der Verfassung keineswegs von vornherein unvereinbar sind. Genau so hat aber vorhin Frau Kollegin Kipfer argumentiert. Sie sehen, Sie haben da noch Nachholbedarf.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist Ihre Interpretation!)

Nun noch ein Wort zum zweiten Themenbereich, der hier angesprochen ist, nämlich zu der Frage, ob dies ein ökonomischer Bären dienst sei. In der Tat muss diese Frage vertieft werden; denn im Moment ist weder klar absehbar, welche Kernzielgruppe im Alterssegment nachher tatsächlich langfristig ausreicht, um einen solchen Sender zu tragen, noch ist sicher, dass das Marktpotenzial, das hier ins Visier genommen wird, nachher wirklich einen solchen Sender, wenn er von einem privaten Anbieter angeboten würde, tragen würde.

Hier sehen auch wir das Problem. Auch wir präferieren eine Lösung, bei der ein Veranstalterverbund oder eine Veranstaltergruppe aus dem Bereich der Privaten dies gemeinsam trägt. Denn in der Tat wird ein einzelner Anbieter wahrscheinlich auf Dauer eine Jugendwelle ökonomisch nicht tragen können.

Aber bei dieser Gelegenheit muss man auch deutlich machen, dass es beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk inzwischen genügend Programme gibt, um beispielsweise im Sinne einer Grundversorgung auch die jüngeren Hörergruppen anzusprechen. Aber es ist einfach das Problem des Südwestrundfunks, dass er es im Prinzip nicht wagt, das dritte Hörfunkprogramm auch für jüngere Hörer auszugestalten

(Abg. Scheuermann CDU: So ist es!)

und die Programmfarbe zu ändern, weil man, wie der Intendant selber gesagt hat, um Werbeeinnahmen fürchtet. Das ist, muss ich Ihnen sagen – damit komme ich zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurück –, geradezu ein Argument dafür, zu sagen: Gehen wir weg von der bisherigen Mischfinanzierung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk! Finden wir den Weg zu einer klaren Regelung mit einer monistischen Finanzierung! Dann werden wir auch klare Verhältnisse schaffen, die dafür sorgen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter gegenüber den privaten nicht privilegiert sind, sondern dass auch die privaten eine Chance haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Birk
CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die Debatte verfolgt, hat man fast den Eindruck, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen seien auf dem Weg, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in diesem Land zu beschneiden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wo ist denn die CDU-Fraktion? Herr Oettinger ist schon wieder weg!)

Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Schlechter Stil!)

Wir haben im vergangenen Jahr den großen SWR, die zweitgrößte ARD-Anstalt, zuwege gebracht. Herr Voß ist jetzt ARD-Vorsitzender geworden. Es ist auch gut, einmal daran zu erinnern, dass von den Frequenzen in Baden-Württemberg derzeit 169 in öffentlich-rechtlicher Verantwortung und gerade 69 in privater Verantwortung stehen.

Wer also hier in der Debatte Tränen vergießt und sagt, wir seien auf dem Weg, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk etwas von der ihm zustehenden Entwicklungsgarantie zu nehmen, der erkennt die Fakten und die Bemühungen, die die Landesregierung gerade in den vergangenen Jahren zur Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeleitet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen vielmehr – dem dient auch die Novelle zum Landesmediengesetz – darauf achten, dass wir die zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk in Baden-Württemberg vorhandene Schieflage nicht verstärken. Des-

(Minister Dr. Palmer)

halb haben wir auf dem privaten Hörfunksektor Nachholbedarf. Wenn Sie sich mit den privaten Rundfunkveranstaltern im Land unterhalten würden – Sie machen es, glaube ich, auch gelegentlich –,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sehr häufig!)

wüssten Sie, dass deren Lage alles andere als rosig ist. Es gibt einzelne Stationen, die ordentlich verdienen; aber der überwiegende Anteil der privaten Veranstalter ist wirtschaftlich überhaupt noch nicht über dem Berg.

Natürlich muss, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer solchen Situation auch ein Blick auf die Anteile geworfen werden, die der öffentlich-rechtliche und der private Hörfunk im Land Baden-Württemberg haben. Da aber stelle ich fest, dass der private Hörfunk leider einen der schlechtesten Anteile – unter den Flächenländern sogar den schlechtesten – gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk in Deutschland hat.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Woher kommt denn das?)

– Ich kann es Ihnen sagen: weil Sie Anfang und Mitte der Achtzigerjahre noch weiter gehen wollten als die damalige CDU-Regierung

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Bebbler SPD)

und möglichst in jedem Dorf des Landes Baden-Württemberg einen Sender haben wollten; das war Ihre Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatten wir durch die zwei Rundfunkanstalten öffentlich-rechtlicher Art in Baden-Württemberg Frequenzen in einem Ausmaß gebunkert, wie sie öffentlich-rechtlichen Anstalten in keinem anderen Land zur Verfügung standen.

(Abg. Bebbler SPD: Die Opposition hat das Mediengesetz gemacht!)

Letztlich hat – das wissen Sie genauso gut wie ich – auch die topographische Lage des Landes Baden-Württemberg dazu geführt, dass die Situation schwierig ist.

Ich möchte Ihnen einmal in aller Ruhe einfach die Anteile nennen, damit Sie vielleicht mit uns den Weg gehen, den privaten Hörfunk im Lande mit der Novelle des Landesmediengesetzes zu stärken. Bayern hat einen Privatanteil von 55 %, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt von 53 %, Brandenburg von 59 % und Rheinland-Pfalz von 52 %.

Demgegenüber ist der Anteil des privaten Hörfunks bei uns in Baden-Württemberg leider zu gering. Er beträgt rund ein Drittel. Dass wir in dieser Situation Nachholbedarf hinsichtlich des privaten Hörfunks haben, kann doch jemand, der das Postulat der dualen Rundfunkordnung vor sich her trägt, nicht im Ernst bestreiten. Wir müssen in diesem Bereich nacharbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was liegt in einer solchen Situation näher, als frei gewordene Frequenzen aus

der Fusion von SDR und SWF zum SWR dem privaten Rundfunk zur Verfügung zu stellen? Was liegt näher, als in dieser Situation, in der wir ein Missverhältnis feststellen, etwas für eine Zielgruppe, die bisher vernachlässigt worden ist, nämlich die Jugend, zu tun? Was liegt näher, als dann auch einmal den Privaten eine Chance zu geben und zu sagen?: Wenn die Erkenntnis, die ich skizziert habe, richtig ist, sollen die Privaten bei uns als erstem deutschem Bundesland die Möglichkeit erhalten, eine landesweite Bedeckung zu erreichen. Deshalb wollen wir ein privates Jugendprogramm in Baden-Württemberg. Das ist die erklärte Absicht der Landesregierung.

Wir haben diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk begonnen. „DASDING“, das 1997 im Rahmen des DAB-Pilotprojekts gestartet worden ist, ist von der Landesregierung von Anfang an akzeptiert und gefördert worden.

Gegen ein öffentlich-rechtliches Jugendprogramm, das medienpädagogisch wertvoll ist, ist überhaupt nichts einzuwenden, zumal dann, wenn es werbefrei ist. Ich füge hinzu: Wir haben Sie hoffentlich auch auf unserer Seite, wenn dieses Programm werbefrei bleibt.

Kein Mensch will dem SWR vorschreiben, er dürfe sich nicht um die Jugend kümmern. Beide öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben das im Übrigen seit Ende der Sechzigerjahre gemacht. Damals sind die dritten Hörfunkprogramme beim SWF und beim SDR eingerichtet worden. Das Problem ist nur – darauf ist in der Debatte schon hingewiesen worden –: Die Hörer dieser Programme sind mit den Jahren älter geworden. Heute ist das Durchschnittsalter der Hörer von SWR 3 37 Jahre, und man verändert nichts an der Formatierung der Programme, weil man das dritte Programm – seien wir einmal so ehrlich und nennen es beim Namen – für die Werbung benötigt.

(Abg. Birk CDU: So ist es! 80 %!)

80 % der Werbeeinnahmen im öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramm des Landes Baden-Württemberg kommen nach dessen eigenem Bekunden aus dem dritten Hörfunkprogramm. Das ist der Grund dafür, dass es innerhalb des SWR nicht zu einer Umformatierung kommt und dass in den bestehenden vier Programmen eben nicht Platz für ein öffentlich-rechtliches Jugendprogramm – durch die Garantie der vier Programme staatsvertraglich abgesichert – sein soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin dafür, dass wir die Debatte ehrlich führen. Wir müssen uns im Rahmen einer solchen Aktuellen Debatte auch einmal darüber verständigen, ob es nicht sinnvoll wäre, in Deutschland rasch einen Konsens darüber zu erreichen, dass wir die Finanzierungswege zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Radio sauber voneinander trennen.

In den vergangenen Jahren ist die Bedeutung des Anteils der Werbung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk stetig zurückgegangen. Heute trägt sie noch 10, 15 % zur Finanzierung bei. Die Landesregierung teilt die Auffassung verschiedener Ministerpräsidenten, die der SPD angehören, dass wir uns bemühen sollten, in absehbarer Zeit zu einer reinen Finanzierung der Systeme zu kommen, gebühren-

(Minister Dr. Palmer)

finanziert für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, werbefinanziert für den privaten Hörfunk.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dann würden wir uns übrigens auch die Diskussion über das Format und über „DASDING“ ersparen. Denn dann wäre der SWR selbstverständlich längst bereit gewesen, das dritte Hörfunkprogramm wieder auf die Jugend auszurichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle die Frage, ob es richtig ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zunächst einzelne Gruppen systematisch unterversorgt, um daraus die Notwendigkeit zusätzlicher Programme abzuleiten. Diese Frage darf man in diesem Haus auch einmal stellen. Ich glaube nicht, Herr Kollege Kuhn, dass dann, wenn diese Diskussion sauber aufgearbeitet und die Fragestellung entsprechend juristisch abgesichert wird, alles unter das Thema Entwicklungsgarantie subsumiert werden kann, wenn man über eine genügend große Bandbreite verfügt, um verschiedene Grundversorgungsangebote auch im bestehenden System unterzubringen.

Wo liegen denn ansonsten in Zukunft die Grenzen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Ein Klassikmusikkanal, ein Nachrichten-/Infokanal stehen vor der Tür. Auf die finanziellen Gesichtspunkte hat Herr Kollege Oettinger bereits hingewiesen.

Lassen Sie mich abschließend etwas zum weiteren Verfahren bezüglich „DASDING“ sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Sehr gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister Palmer, würden Sie mir zustimmen, dass es eine Stärkung des privaten Rundfunksektors in Baden-Württemberg nur dann geben kann, wenn alle Veranstalter, die jetzt schon Radio in Baden-Württemberg veranstalten, die neue Jugendwelle in einem Pool machen?

Minister im Staatsministerium Dr. Palmer: Frau Abg. Kipfer, wir haben in Baden-Württemberg gute Erfahrungen mit Poolstrukturen gemacht. Wir haben die bisherigen privaten Hörfunkprogramme auch so vergeben. Aber ich möchte privaten Interessenten nicht vorgreifen, in welcher Formation sie sich um eine ausgeschriebene Frequenz bewerben. Nach dem Gesprächsstand, den ich habe und von dem ich höre, wird es Anbietergemeinschaften und Zusammenschlüsse von verschiedenen Interessenten geben. Aber die Politik kann nicht vorgeben, dass darin alle enthalten sein müssen, die bisher in Baden-Württemberg privaten Hörfunk veranstalten. Das wäre ein komisches Verständnis von Staatsferne. Wenn sich verschiedene Interessenten zusammenfinden, wird die Landesanstalt für Kommunikation, die ja für die Erteilung der Lizenzen ausschließlich zuständig ist, dies – neben regionalen Verhältnissen und Verankerungen im Land, die zu berücksichtigen sind – sicher auch gewichten und das auch entsprechend werten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich abschließend, wie angekündigt, noch einmal zur aktuellen Diskussion über „DASDING“ äußern.

Zu diesem Zeitpunkt gibt es für eine Aktuelle Debatte und für übertriebene Eile keinen Anlass. Wir haben – Stand 15. März – die Anhörungsergebnisse zum Regierungsentwurf zur Novellierung des Landesmediengesetzes entgegengenommen. Wir werden diese Anhörungsergebnisse sorgsam auswerten und dann in Gespräche mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und mit dem SWR über die Zukunft von „DASDING“ eintreten. Bis zu diesem Zeitpunkt hätten wir sehr gerne belastbare Äußerungen der Privaten und des SWR darüber, was ihre Kooperationsgespräche eigentlich erbracht haben. Man hört solches und solches. Die einen sagen, das sei auf einem guten Weg, andere sagen, beide Seiten verhandelten nur taktisch. Ich möchte belastbare Ergebnisse aus den Verhandlungen zwischen den Privaten und dem SWR haben, und diese muss man dann in die Diskussion einbeziehen.

Dann muss man mit dem SWR darüber sprechen, ob es nicht auch eine vorrangige Aufgabe wäre, dem öffentlich-rechtlichen Partner, nämlich dem Deutschlandradio, zur Vervollständigung seiner Senderstruktur in Baden-Württemberg Frequenzen aus dem Frequenzbestand zu geben. Das wird auch eine wichtige Diskussion sein, die wir gerne gemeinsam mit den Öffentlich-Rechtlichen führen.

Schließlich hätten wir vom SWR gerne Auskunft darüber, welche Frequenzen zur terrestrischen Verbreitung von „DASDING“ dem SWR eigentlich zur Verfügung stehen. Wir brauchen auch da ein offenes Wort vom Verantwortlichen des SWR, was beabsichtigt ist und welche Räume mit den Frequenzen, die beim SWR noch verfügbar sind und die sorgsam gehütet werden, erschlossen werden können. Wenn all diese Informationen auf dem Tisch sind, kann man sich über die Resolution des Rundfunkrats vom 5. März unterhalten, die ja ausdrücklich ausführt, dass es nur um die Unterstützung der digitalen Verbreitung auf einigen UKW-Frequenzen geht. Wenn dann auch belastbar gemacht werden kann, Frau Kipfer, dass es um eine Abstützung, um eine Vervollständigung eines ansonsten digital verbreiteten Programms geht, können wir miteinander und mit dem SWR ins Gespräch kommen. Dann bedarf es dazu auch keiner Änderung des Staatsvertrags, sondern dann könnten wir Lösungen ins Auge fassen, die unterhalb der Ebene einer Änderung des Staatsvertrags den konstruktiven Weiterbestand von „DASDING“ ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da war der Oettinger ganz klar besser!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch drei Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung: Herr Oettinger, es geht überhaupt nicht darum, zu sagen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und „DASDING“ „über alles“! Wenn Sie vorhin zugehört haben, dann müssten Sie gehört haben, dass ich ausdrücklich

(Jacobi)

erklärt habe – ich bin ja Mitglied der Landesanstalt für Kommunikation, und dies ist nicht nur meine Aufgabe, sondern mein Interesse –, dass es darum geht, die Situation für die privaten Rundfunkanbieter in Baden-Württemberg zu verbessern.

Damit bin ich bei der zweiten Bemerkung. Die Frage ist ja, was jetzt geschieht. Jetzt will ich das Szenario noch einmal darstellen. Sie sorgen dafür, dass jetzt ein privates landesweites Jugendradio installiert wird. Anschließend wird der Südwestrundfunk – was zu erwarten ist – sich die Genehmigung erstreiten, ein eigenes Jugendprogramm zu machen. Das heißt, wir haben vorübergehend zwei Jugendprogramme. Alle sagen, dass kein Platz für zwei Jugendprogramme sei. Das bedeutet in der Konsequenz: Der private landesweite Jugendsender wird seine Hörschaft ausweiten und damit in Konkurrenz treten zu den bestehenden, am Markt befindlichen Regionalsendern und Lokalsendern. Da muss ich wirklich sagen: Da sind wir dann bei dem Bären dienst, den ich vorhin beschrieben habe und nach dem Herr Kluck gefragt hat. Das ist nicht nur meine Meinung; das sagt auch der VPRA. Ich will Ihnen da einfach einmal zwei Sätze vorlesen:

Die geplante Ausschreibung eines Jugendradios wird die Wettbewerbssituation im Hörfunkmarkt Baden-Württemberg verändern. Ein solcher Sender wird seine Kernzielgruppe im Hörersegment von 14 bis 25 Jahren in einem Verdrängungswettbewerb von anderen Hörfunksendern abwerben müssen.

Das geht zulasten der Sender, die jetzt bereits am Markt sind.

Und dritte Bemerkung: „Radio sunshine live“. Mir ist selbstverständlich die Situation von „Radio sunshine live“ bekannt. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass da eine gute Situation zu konstatieren ist. Aber „Radio sunshine live“ ist ein Lokalsender, und ich glaube und hoffe, dass dieses Radio mit seinem Charakter für jugendliche Hörerinnen und Hörer durchaus Erfolg haben kann. Aber ich glaube, es ist auch eine spezielle Situation dort in dem Frequenzgebiet vorzufinden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie begründen Sie das?)

Aus dieser speziellen Situation heraus besteht die Chance, mit diesem Charakter für jugendliche Hörerinnen und Hörer auch Erfolg zu haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was ist die spezielle Situation?)

Noch einmal zum VPRA: Die Aussage ist ja – das war ja implizit Ihr Argument –: Was „sunshine live“ vorgemacht hat, muss auch bei einem landesweiten privaten Radiosender möglich sein. Da sagt auch wiederum der VPRA: Die Analyse bestehender Jugendprogramme zeigt eindeutig, dass der Markteintritt in der Regel bei der engen Kernzielgruppe der 14- bis 25-Jährigen erfolgt, um dann zügig das Produkt auch für ältere Hörer weiterzuentwickeln. Das trifft für „WDR Eins Live“ und für „N-Joy Radio“ zu. Dieser Sachverhalt spiegelt wider, dass für eine erfolgreiche Marktbearbeitung die enge Zielgruppe der 14- bis 25-Jährigen keine ausreichenden Reichweiten bringt. Das heißt al-

so: Dieses Segment ist auf Dauer und insbesondere für ein landesweites Programm zu eng. Deshalb sage ich noch einmal: Es wäre vernünftiger, man würde von vornherein sagen, an der Tatsache, dass sich der Südwestrundfunk das Jugendradio erkämpfen wird, wird nichts vorbeigehen. Der Südwestrundfunk soll dieses Jugendradio, durchaus auch als Multimedia-Radio mit Internetmöglichkeiten, machen. Die Energie für den Privatfunk in Baden-Württemberg, für die bestehenden Lokalsender wie für die Bereichssender, müsste medienpolitisch darauf gerichtet werden, eine starke Position zu finden.

Ich sage am heutigen Tag ganz deutlich dazu – das ist, wie gesagt, eine Veränderung, eine Weiterentwicklung unserer Vorschläge –, dass dies auch bedeutet, dass man an einem landesweiten Privatfunk arbeiten muss. Wir brauchen ihn. Es ist ökonomisch gesehen wahrscheinlich nicht anders zu handhaben, als dass auch der Privatrundfunk ein landesweites oder vielleicht sogar irgendwann einmal ein zweites landesweit empfangbares Radioprogramm anbieten kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lieber Kollege Jacobi, es ist doch völlig klar, dass die, die bisher den Kuchen unter sich aufteilen, tendenziell eher kein Interesse an neuen Marktteilnehmern haben. Deshalb ist die Stellungnahme des VPRA nicht überraschend, sondern legitim und nahe liegend, aber sie darf nicht ausschlaggebend sein. Mein Verständnis von Markt ist, dass wir hier entscheiden müssen, wo ein Bedürfnis besteht, und uns nicht allein davon prägen lassen dürfen, wer am Markt ist und den Status quo halten will.

Es gibt nachweisbar ein Bedürfnis für Radioprogramme für junge Menschen. Ich habe nie vergleichbare Proteste bekommen wie nach der Veränderung von „Stadtradio 107,7 – Die Welle“, als – zunächst waren es drei Veranstalter, zwei davon mit einem betont jugendlich orientierten Programm – dies auslief und das neue Programm eher für die ältere Generation aufgestellt worden ist. Dieses Bedürfnis ist im Ballungsraum vielleicht stärker ausgeprägt als im ländlichen Raum. Deswegen glauben wir, dass in die private Hörfunkszene ein echtes Jugendradio gehört.

Wir gehen übrigens auch davon aus, dass sich die bisherigen Veranstalter weiterentwickeln. Ich höre, dass möglicherweise Stuttgart und Ulm kooperieren oder fusionieren werden. Deswegen sieht der Gesetzentwurf der Regierung, abgestimmt mit FDP/DVP und CDU, auch vor, dass es nicht bei drei Bereichssendern bleiben muss, sondern wir vielleicht in zwei Jahren nur noch zwei Bereichssender haben: „Radio Regenbogen“, wirtschaftlich gesund, und vielleicht ein Württemberg-Radio nach der Fusion von Ulm und Stuttgart. Mittelfristig haben wir Anreize geschaffen, dass auch diese beiden Bereichssender verstärkt Programmaustausch und Kooperation betreiben oder gar mittel- bis langfristig in Fusion treten können. Aber wir tun dies nicht gegen den Willen handelnder Kräfte, sondern wir öffnen die Schneise dafür. Die Option wird durch das neue Gesetz möglich.

(Oettinger)

Wir korrigieren uns auch auf lokaler Ebene. Der Gedanke – Dr. Palmer hat es gesagt –, flächendeckend in jedem Dorf ein Lokalradio zu haben, ist nicht wirtschaftlich darstellbar. Deswegen werden wir in Kauf nehmen müssen, dass nicht mehr die Fläche von ganz Baden-Württemberg mit Lokalradio bedient wird. Daher kommt die Öffnung zu zwölf bis 18 Lokalsendern und damit im Grunde genommen eine Konzentration dorthin, wo der Markt auch schwarze Zahlen ermöglicht.

Sie wandten ein, ein landesweites Jugendradio trage sich nicht. „Radio sunshine live“ ist in der Tat nur lokal und regional aufgestellt, aber „planet radio“ in Niedersachsen und Hessen ist ein flächendeckendes Jugendradio, das sich trägt. Das Gleiche gilt für „Radio Energy“. Es gibt privatwirtschaftliche Jugendradios, die eine große Region darstellen und die mit ihrer Programmatik junge Menschen erreichen und sich durch Werbeaufträge finanzieren können.

Zur Frage „öffentlich-rechtlich“: Ich würde gern wissen, was in den nächsten Jahren alles an Frequenzen und Quantitäten noch beantragt wird. Kommt nach „DASDING“ der Infokanal? Haben wir dann sechs Programme? Haben wir dann sechs Programme plus Regionalprogramme? Was machen wir mit „Metro“? „Metro“, das Fenster in Stuttgart, ist meines Erachtens strukturell eher unnötig; es wird auch kaum wahrgenommen. Das heißt, ich würde erwarten, dass Rundfunkräte und Verwaltungsräte, anstatt nur „DASDING“ zu beantragen, auch Kompensationsangebote machen, damit ihr Vorschlag nicht immer auf mehr Quantität und Zubau gerichtet ist, sondern auf Umbau.

Frau Kollegin Kipfer hat gesagt, es sollten sich bitte nur die bewerben, die schon auf dem Markt sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich habe das anders formuliert!)

Genau dies kann man bitten, aber dies können wir nicht entscheiden. Denn wir müssen es der Landesanstalt für Kommunikation überantworten, an wen sie die Lizenz vergibt. Auch ich baue darauf, Frau Kollegin Kipfer, dass die Mehrzahl derer, die derzeit im privaten Hörfunk zumindest auf Bereichssenderebene tätig sind, sich findet und einen gemeinsamen Antrag, eine gemeinsame Bewerbung für Jugendradio in ganz Baden-Württemberg abgeben kann.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sprechen Sie von der Mehrzahl oder von allen?)

– Das weiß ich nicht, weil ich nicht der Eigentümer in Ulm, in Stuttgart und in Mannheim bin. Dies ist mit auch egal. Ich erkundige mich nicht. Das wird eine Entscheidung der Veranstalter selbst sein.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So ist es!)

Jedenfalls wollen wir von uns aus niemanden fern halten, niemanden ausschließen, sondern eine möglichst breite Angebotsseite in der künftigen Jugendwelle bekommen.

Eine letzte Frage: Wenn der Pfiff bei „DASDING“, Kollege Kuhn, in seiner Interaktivität, in seiner multimedialen Anwendung besteht, also das Ganze ein Dialog von jungen Menschen mit dem Programmbieter sein soll, warum

muss dann die terrestrische Ausstrahlung flächenhaft sein? Denn wenn etwas nicht multimedial und interaktiv ist, dann ist es das herkömmliche analoge Radio. Es kann Wellen empfangen, ist aber nicht für den Dialog vorbereitet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die Leute können Klubs bilden und schreiben!)

Das heißt, von daher muss die Frage erlaubt sein, wie man „DASDING“ vielleicht als interessantes Projekt nutzen kann, ohne damit eine flächenhafte Frequenzvergabe und damit im Grunde genommen eine übermächtige, dominante Konkurrenz zu einem privaten Jugendradio auf- und auszubauen.

Meine Bitte ist: Wer es gut mit „DASDING“ meint, sollte alles tun, damit nicht durch „DASDING“ die privaten Aktivitäten letztendlich keine Chance bekommen. Ich setze hier auf einen Vorrang für das private Jugendradio, ohne damit dem Projekt „DASDING“ eine Absage zu erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Ich glaube nicht, dass wir heute über das Landesmediengesetz reden. Es würde nämlich jedem parlamentarischen Brauch widersprechen, wenn über einen Referentenentwurf, der sich in der Anhörung befindet, also über etwas, was noch nicht einmal als Gesetzesvorlage im Kabinett verabschiedet worden ist, hier eine Generaldebatte geführt würde.

Viele haben schon Perspektiven aufgezeigt. Herr Kollege Oettinger, interessant und wichtig ist, dass Sie sagen: Alle Erwägungen, die in der Anhörung kommen, werden geprüft und gegebenenfalls eingearbeitet. Auch die Aktuelle Debatte ist so zu verstehen, dass hier und heute Anhörungsgesichtspunkte vorgetragen werden; denn wenn wir die Generaldebatte zum neuen Landesmediengesetz nach diesem Referentenentwurf führen wollten, dann gäbe es natürlich einiges zu sagen, was nicht geht. Es gäbe viel zu sagen über das, was Probleme bereiten wird. Dann würde man auch die Frage, welcher Zuschnitt und welcher Sender Wirtschaftlichkeit gewährleistete, vertieft miteinander diskutieren müssen.

Ich verstehe die von den Grünen beantragte Aktuelle Debatte so, dass hier nicht etwa das Landesmediengesetz auf dem Prüfstand steht, weil es dazu noch keine Ergebnisse gibt. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von Stellungnahmen, die sich kritisch oder positiv zu diesem Entwurf äußern. Hier geht es darum, ob die Vorgabe, dass es ein privates Jugendradio geben soll – und zwar in einer Art, die es bisher nicht gegeben hat, nämlich mit Frequenzen, die 5 Millionen Einwohner erreichen und damit, sage ich einmal, die Hälfte der Hörschaft eines landesweiten Senders –, einerseits dazu führt, dass der private Rundfunk verarmt, weil die bestehenden Betreiber über die Schwierigkeiten, die sie schon jetzt haben, hinaus in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Die andere Frage ist, ob dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in diesem Zusammenhang Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten werden.

(Junginger)

Für unsere Fraktion wiederhole ich noch einmal: Wir stehen fest auf der Grundlage eines dualen Rundfunksystems, und dies nicht erst seit heute oder seit einem Jahr, sondern seit vielen Jahren. Die Unzulänglichkeiten der alten Landesmediengesetze sind nicht von uns zu verantworten, sondern von denen, die mit Mehrheit hier in diesem Lande Politik gemacht haben. Das, was bejammert wird, dass kleinräumige und nicht wirtschafts- und wettbewerbsfähige Sender lizenziert worden seien, geht in erster Linie einmal in die Verantwortung derjenigen, die hier ein objektiv unzulängliches Landesmediengesetz verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Nach der Einbringung eines Gesetzentwurfs werden wir auch noch einmal darüber zu reden haben, wieweit wirtschaftliche Konkurrenzsituationen entstehen, die einzelnen Bereichssendern oder einzelnen Lokalsendern keine Zukunft mehr geben. Bei der Lizenzierung durch die Landesanstalt für Kommunikation, deren Medienrat ich angehöre, ist natürlich zu berücksichtigen: Welche Auswirkung hat das? Ich möchte nicht vorgreifen, wie viele bisherige Betreiber sich in einem Verbund um die neue Frequenz, um die neue Lizenz bewerben werden. Wir hoffen aber, dass es möglichst viele sind, weil nur dann ein unter Umständen gnadenloser Wettbewerb verhindert werden kann.

Was die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betrifft, so ist es schön, dass hier gesagt wird: „Alles klar. Was heißt hier Entwicklungsgarantie, was heißt hier Grundversorgung? Das ist ja alles disponibel.“ Für unsere Fraktion kündige ich an: Wenn man mit dieser Einstellung in die weitere Debatte hineingeht, dann werden wir uns tatsächlich in allen Einzelheiten über Verfassungswidrigkeit unterhalten müssen. Es gibt Ansatzpunkte dafür, dass der Referentenentwurf diesbezüglich die Gefahr in sich birgt, dass wir dann über Verfassungswidrigkeit zu diskutieren haben, weil Grundversorgung nicht mehr als öffentlich-rechtlicher Rundfunkauftrag verstanden wird.

(Abg. Birk CDU: Sie sind doch lediglich im Medienrat!)

Aber das, meine ich, sollte dann besprochen werden, wenn ein Gesetzentwurf vorliegt

(Abg. Birk CDU: Sie sollten in den Rundfunkrat!)

und von Herrn Oettinger die Anregungen aufgenommen worden sind, die wir jetzt schon von der IG Medien, vom Verband der privaten Rundfunkanbieter und auch vom SWR schriftlich vorliegen haben. Das heißt, Herr Birk, Sie müssen sehen, dass ein gutes duales Rundfunksystem im weiteren Verlauf natürlich auch eine Jugendwelle der Öffentlich-Rechtlichen möglich machen muss, damit tatsächlich duale Rundfunkversorgung von zwei Anbietern stattfindet. Da geht es auch wieder um die Unterscheidung gebühren- und werbefinanziert. Das sind die Diskussionen, die wir zu führen haben. Die Befürchtung der Grünen, dass überhaupt schon der Gedanke an ein privates Jugendradio Verfassungsprobleme und verfassungswidrige Beschränkungen des SWR mit sich bringe, teilen wir nicht.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das sehen wir auch nicht so!)

Die Antwort auf die Frage, inwieweit wirtschaftliche Entwicklungen beeinträchtigt werden, müssen wir dem Ergebnis der Ausschreibung überlassen. Dass eine 5 Millionen Einwohner erreichende Frequenz im privaten Angebot etwas Gutes und ein Fortschritt gegenüber dem Ausgangstatbestand ist, sollte zwischen uns allen klar sein. Ich bin gespannt, ob das, was Herr Oettinger angekündigt hat, auch umgesetzt wird, dass alle vernünftigen und sachbezogenen Argumente in den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesmediengesetz eingearbeitet werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Sie sollten die Frau Kipfer im Rundfunkrat ersetzen, Herr Junginger!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Junginger für die Versachlichung der Debatte. Er hat ausnahmsweise mal dazu beigetragen; das ist sehr lobenswert.

(Abg. Junginger SPD: Vorsicht, Kluck! – Abg. Dr. Schlierer REP: Jetzt kommt die unsachliche Kommentation!)

Ich will noch zu dem, was Kollege Jacobi gesagt hat, zu den Bedenken eines ruinösen Wettbewerbs etwas sagen. Ich meine, wir werden irgendwann an den Punkt kommen, wo wir uns darüber Gedanken machen müssen, ob es sinnvoll ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich zwar immer nur zu einem kleinen Teil, aber weiterhin durch Werbeeinnahmen finanzieren muss. Wenn wir geregelt haben, dass wir hier eine klare Finanzteilung haben, das heißt, öffentlich-rechtlich wird durch Gebühren finanziert, dann ist der Werbemarkt für die privaten Anbieter größer, und dann sehe ich diese Schwierigkeit nicht. Ich glaube, wir werden schneller dahin kommen, als wir es uns im Moment vorstellen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Prima! Die erste Rede, mit der ich hundertprozentig einig bin! Das kommt selten vor!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass im Verlauf der Debatte deutlich geworden ist, dass die angeblichen verfassungsrechtlichen Bedenken, die im Thema dieser Debatte anklingen, vom Tisch sind.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Nein! Das soll breiter angelegt sein!)

Was bleibt, ist die Frage, ob die ökonomische „Perspektive“ einer solchen privaten Jugendwelle ausreichend ist oder nicht. Da muss man allerdings auch festhalten, Herr Kollege Jacobi, dass Ihr Szenario zwangsläufig heißt: Privater Rundfunk hat auf so einem Gebiet keine Chance. Also überlassen wir es gleich dem öffentlich-rechtlichen

(Dr. Schlierer)

Rundfunk. Das ist die Konsequenz dessen, was Sie hier als Szenario entwickelt haben.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Es muss breiter angelegt sein!)

Das heißt in der Konsequenz auch wiederum, dass die Schieflage, die ja da ist und auch unbestritten ist, weiter verstärkt wird.

Ich kann an der Stelle nur eines sagen: Hier ist der Gesetzgeber aufgerufen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eben diese Entwicklung nicht eintritt. Was Sie machen, ist eigentlich nichts anderes, als dass Sie in einem vorausseilenden Vorvollzug befürchteter Fehlentwicklungen diese auch noch zementieren.

Die Schlussfolgerung muss eine andere sein. Sie muss in der Tat sein – ich sage es noch einmal –, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die privaten Anbieter auch eine Chance haben. Das kann beispielsweise durchaus der Fall sein, wenn sich verschiedene private Anbieter zusammenschließen und damit auch eine stabile ökonomische Basis bilden.

Ich halte einen ganz anderen Aspekt für problematisch: Die Entwicklung, dass beispielsweise große Medienkonzerne die Jugendwelle übernehmen. Das wäre eine Fehlentwicklung, aber wir können sie wahrscheinlich gesetzgeberisch nicht ausschließen. Wir sollten also alles tun, um den vorhandenen privaten Anbietern bei uns die Chance zu eröffnen, zu einer Lösung zu kommen, eher dort Unterstützung leisten, als von vornherein gewissermaßen die Türen zu schließen und zu sagen, die Entwicklung sei eh nicht zu gewinnen. Im Übrigen bin ich mir auch gar nicht so sicher, dass die Entwicklung dann tatsächlich so ablaufen wird, wie Sie sie auch vor dem Hintergrund der dann zugrunde zu legenden Zeitachse prognostiziert haben.

Ich möchte noch einmal eines festhalten: Die privaten Anbieter – der vorhin von Ihnen zitierte VPRA – haben ja in einer Stellungnahme deutlich gemacht, dass die Marktvoraussetzungen für ein privates und für ein öffentlich-rechtliches Jugendprogramm nicht gegeben seien. Ich teile diese Auffassung weitestgehend.

Aber eines ist auch klar: Die Konsequenzen sind für uns völlig andere. Ich habe den Eindruck, dass Sie bei allen Bekenntnissen – auch zu dem völlig neuen Standpunkt, für die monetarische Finanzierung einzutreten – im Kern doch immer wieder auf Ausgangspositionen der Grünen zurückfallen, wie wir sie aus der Frühzeit kennen. Sie erinnern sich vielleicht an den Beschluss der Hagener Bundesversammlung der Grünen aus dem Jahr 1982.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wann war das? – Zuruf von den Republikanern: Da hat der noch studiert!)

– 1982. – Das hat sich lange Zeit durch Ihre gesamten Programme gezogen, und das ist immer wieder der Kern Ihres Denkens. Dabei kommt immer wieder eines zum Vorschein: Im Kern sind Sie eben nicht für einen Privatsender, sondern Sie würden gerne die monopolistische Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erhalten, diese

dann aber für Ihre Interessens Klientel öffnen. Dies ist aber der falsche Weg, und den lehnen wir ab.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung einer Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ – Drucksache 12/3890

b) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission

Zusätzlich rufe ich den Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3891, auf.

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: für die Begründung des Antrags Drucksache 12/3890 eine Redezeit von fünf Minuten, für die Aussprache über den gesamten Tagesordnungspunkt gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Wer von der CDU-Fraktion wünscht das Wort? –

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Niemand!)

Wer von der FDP/DVP-Fraktion wünscht das Wort? –

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Auch niemand! – Unruhe – Abg. Hauk CDU: Die Frau Dr. Meister-Scheufelen, Herr Präsident! – Abg. Brechtken SPD: Das war die erste Panne in diesem Untersuchungsausschuss! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Kein Untersuchungsausschuss, eine Enquetekommission! – Abg. Brechtken SPD: Entschuldigung, das ist aber der gleiche Paragraph in der Geschäftsordnung!)

Frau Dr. Meister-Scheufelen, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP schlagen dem Parlament die Einsetzung einer Enquetekommission vor, die die Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg untersuchen soll. Dies wäre die fünfte Enquetekommission des baden-württembergischen Landtags nach der Kinder-Enquetekommission, der Multimedia-Enquetekommission, der Rundfunk-Enquetekommission und zuletzt der Jugend-Enquetekommission.

Enquetekommissionen haben zum Zweck, Entscheidungen des Parlaments über umfangreiche und bedeutende Sachverhalte vorzubereiten. Wir halten es für angebracht, uns mit den Fragen der mittelständischen Wirtschaft – gerade auch jetzt – zu beschäftigen. Wir haben in Baden-Württemberg über 400 000 Unternehmen und Selbstständige, davon allein 120 000 Handwerksbetriebe mit 850 000 Beschäftig-

(Dr. Gisela Meister-Scheufelen)

ten. 99,8 % dieser 400 000 Unternehmen des Landes zählen zum Mittelstand; denn sie haben unter 500 Beschäftigte und unter 100 Millionen DM Jahresumsatz. 78 % der Beschäftigten unseres Landes sind inzwischen in mittelständischen Unternehmen tätig. Also nur 22 % arbeiten noch in der Großindustrie. 80 % der Lehrstellen werden vom Mittelstand gestellt.

Der Mittelstand erlebt derzeit einen rasanten Strukturwandel, und zwar den Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Bei einer funktionalen Betrachtung, wie sie das Institut der deutschen Wirtschaft anstellt, kann man sagen, dass in Baden-Württemberg bereits eine Dienstleistungsquote von deutlich über 70 % besteht, also über 70 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen tätig sind. Neugründungen finden fast nur noch in Dienstleistungs- und Informationsbranchen statt. Die Anforderungen und auch die Marktchancen für Dienstleistungen gehen tief in das Handwerk hinein. Zeitgleich findet ein rasanter technischer Fortschritt statt. Wir erleben ihn insbesondere in den Informations- und Kommunikationstechnologien, der Bio- und der Gentechnologie, den neuen Werkstoffen – eine interessante Technologie gerade für unsere Mittelständler der Medizinbranche – und in der Energietechnik. Elektronische Informations- und Kommunikationsmittel durchdringen das gesamte Arbeits- und Wirtschaftsleben. Auch Kleinstbetriebe, das heißt solche mit unter zehn Beschäftigten, müssen sich diesen Herausforderungen stellen. Viele Ausschreibungen finden inzwischen über das Internet statt, und zwar nicht nur in der Baubranche, sondern auch in weiten Teilen der Zulieferindustrie.

Neue Marktbedingungen stellen kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen. Ich denke an den Konzentrationsprozess, in dem wir mitten drinstecken und der inzwischen weit über den Einzelhandel hinausgeht. Die zehn größten Einzelhandelsunternehmen Deutschlands tätigen inzwischen 86 % des Gesamtumsatzes. Bedeutsam für die mittelständische Wirtschaft ist aber vor allem auch die Öffnung des Marktes nach Osten und nach Asien. Gleichzeitig erleben wir eine neue Konkurrenz des Mittelstands aus diesen Märkten heraus. Viele Betriebe sehen sich außerdem noch einer besonderen Konkurrenz, inzwischen zunehmend durch Kommunen oder durch Gesellschaften des zweiten Arbeitsmarkts, ausgesetzt.

Die Globalisierung, das heißt die Möglichkeit des weltweiten Einkaufs, des weltweiten Verkaufs und der weltweiten Produktion, hat Auswirkungen bis tief in den Mittelstand hinein. Weltweit werden Standortbedingungen verglichen. Notwendig ist eine internationale Ausrichtung auch kleiner Betriebe, wie wir sie vor 20 Jahren noch nicht hatten. Selbst Mittelständler mit einem ausschließlich regionalen Markt, wie beispielsweise kleine Stuckateurbetriebe, sehen sich heute direkt vor Ort einer neuen Konkurrenz ausgesetzt, einer Konkurrenz aus Osteuropa und aus Südeuropa, die natürlich zu anderen Preiskonditionen anbietet.

Gleichzeitig sehen sich mittelständische Unternehmen Rahmenbedingungen ausgesetzt, die ihre Wettbewerbsposition eher schwächen als stärken. Die heute Morgen geführte Diskussion zur Scheinselbstständigkeit war ja hier sehr aufschlussreich. Die Erschwerung der 630-DM-Jobs, die

nach wie vor hohe Regelungsdichte, die fehlende Unternehmensteuerreform und Herausforderungen durch den Euro erschweren den Wettbewerb. Hinzu kommen die Arbeitskostenentwicklung und die Schwarzarbeit.

Der gesellschaftliche Prozess hat den Mittelstand eingeholt. Jedes dritte Unternehmen wird inzwischen von einer Frau gegründet, jedes vierte von einer Frau geführt.

(Abg. Brechtken SPD: Sie geben schon alle Antworten? Wozu brauchen wir noch eine Enquetekommission?)

Deutschlandweit sind 750 000 Unternehmerfrauen, vor allem in Handwerksbetrieben, tätig. Das wirft die Frage nach der Situation der Familienunternehmen auf, Herr Brechtken, die wir so in der Tat noch nicht untersucht haben und zu der wir insbesondere auch noch keine dementsprechenden Handlungsempfehlungen aus diesem Hause heraus entwickelt haben. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob das Familienunternehmen nicht ein Stück Identität dieses Landes ist.

Es stellt sich eine Reihe von Fragen, denen sich die Enquetekommission widmen wird. Brauchen wir einen neuen Mittelstandsbegriff? Die Europäische Union setzt hier einen ganz anderen Maßstab an. Werden Unternehmen mit unter zehn Beschäftigten genauso von der Wirtschaftsförderung erfasst? Muss das Mittelstandsförderungsgesetz novelliert werden?

Wir haben in Baden-Württemberg herausragende Maßnahmen in der Mittelstandspolitik getroffen. Andere Bundesländer, beispielsweise Bayern, kopieren das. Die Gründerzentren oder die Steinbeis-Stiftung beispielsweise werden von anderen Bundesländern kopiert. Wie wirken sich die Maßnahmen, die wir hier in Baden-Württemberg durchgeführt haben, auf kleine und mittlere Unternehmen aus?

Ich komme zum Ende. Die CDU-Fraktion bietet eine parteiübergreifende und sachorientierte Arbeit in dieser Enquetekommission an. Wir werden deshalb auch dem Ergänzungsantrag der SPD fast vollständig zustimmen, mit Ausnahme von Abschnitt II Ziffer 1 und Abschnitt II Ziffer 17. Wir haben das Ziel, im Sommer 2000 einen Bericht vorzulegen, der diese Fragen umfassend aufgearbeitet hat und der, möglichst von einer breiten Mehrheit getragen, Handlungsempfehlungen für das Parlament gibt, auf deren Grundlage das Parlament dann Handlungsempfehlungen an die Landesregierung abgibt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, bin ich selbst Mittelständler mit einem kleinen Unternehmen mit sechs Beschäftigten.

(Abg. Schmiedel SPD: Und vielen Flaschen! – Heiterkeit – Beifall des Abg. Birk CDU)

(Drautz)

– Typisch Schmiedel! Da sieht man wieder, wie ernst er das Thema nimmt.

(Abg. Brechtken SPD: Stimmt es, oder stimmt es nicht?)

Sie dürfen mir glauben, dass es mir ein persönliches Anliegen ist, dass sich eine Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg mit der Situation der mittelständischen Unternehmen und dabei insbesondere der kleinen Familienbetriebe befasst.

In der Geschäftsordnung des 12. Landtags von Baden-Württemberg steht – ich zitiere –:

Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutende Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten.

Beide Punkte treffen zu. Die Bedeutung, die der Mittelstand für die Wirtschaft in Baden-Württemberg hat, ist unbestritten. 98 % der Betriebe in Baden-Württemberg haben weniger als 50 Mitarbeiter. Außerdem stellt der Mittelstand 75 % der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Kleine Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten boten dem Trend zum Stellenabbau in den vergangenen Jahren als Einzige die Stirn. Sie schufen in den vergangenen zwei Jahren bundesweit 60 000 neue Jobs. Insgesamt arbeiteten im vergangenen Jahr 18 % aller Beschäftigten in diesen kleinen Unternehmen.

Um die Spannweite der Fragestellungen deutlich zu machen, denen sich mittelständische Unternehmen gegenübersehen, möchte ich an dieser Stelle beispielhaft nur drei Punkte aufzeigen.

Erstens die Nachfolgeproblematik. In den nächsten Jahren werden insgesamt 50 000 Unternehmen in Baden-Württemberg auf Nachfolger übertragen. Die Generation der Firmengründer, die nach dem Krieg die Bundesrepublik Deutschland und vor allem auch Baden-Württemberg aufgebaut hat, wird ihre Betriebe in den nächsten Jahren übergeben. Wir schulden dieser Generation der Gründer nicht nur unsere Dankbarkeit, sondern wir haben auch die Verpflichtung, uns mit ihren Problemen auseinander zu setzen und die Zukunft ihrer Unternehmen zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens: Der Zugang zu qualifizierter Beratung und Ausbildung ist für kleine Unternehmen oft sehr schwierig, weil die notwendigen Informationen fehlen und deren Beschaffung oft zu zeitaufwendig ist. Meine Damen und Herren, optimale Aus- und Weiterbildung ist jedoch auch die Voraussetzung, dass die kleinen Unternehmen auch in Zukunft erfolgreich bestehen können. Denn auch sie müssen sich ja den immer neuen Anforderungen, zum Beispiel im Bereich der Informationstechnologie und der Unternehmensführung, in einer immer globaler werdenden Welt stellen.

Aufgrund der Tatsache, dass in kleineren Unternehmen die gesamte Familie mitarbeitet, und das nicht nur werktags, sondern auch an Wochenenden, ergeben sich ganz spezifische Fragestellungen, etwa in Bezug auf die Gestaltung der Rechtsform, der Arbeitsverträge und der Entlohnung.

Die Mitarbeit der Familie hat aber auch – das halte ich für einen zentralen Punkt – erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Lebensgestaltung der Betroffenen. Diesem Punkt wurde nach meiner Überzeugung bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Es mag zutreffen, dass sich schon die unterschiedlichsten Gremien und Wirtschaftsverbände mit den Bedürfnissen des Mittelstands befasst haben und auch wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Die SPD hat die Quellen dankenswerterweise schon einmal zusammengestellt. Wir werden die Ergebnisse der Untersuchungen gern in unsere Arbeit einbeziehen; aber sie können die Arbeit der Enquetekommission nicht ersetzen. Die Studien befassen sich oft nur mit einzelnen Facetten. Wir wollen jedoch die Fragen, die sich im Zusammenhang mit mittelständischen Unternehmen mit dem Schwerpunkt auf Familienunternehmen stellen, nicht beschränken, sondern umfassend untersuchen und bewerten.

Meine Damen und Herren, der Landtag muss den Mittelstand und dabei vor allem die Familienbetriebe zu seinem zentralen Thema machen, und die Exekutive muss die vergleichbare Chance haben, sich über die Situation und die Zukunftsperspektiven mittelständischer Unternehmen zu informieren. Der Landtag muss das notwendige Wissen haben, um richtungweisende Initiativen ergreifen zu können. Die beantragte Enquetekommission bietet hierfür die beste Grundlage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr häufig ist von der Politik oder der Wirtschaft die Rede. Aber so groß beispielsweise die Unterschiede zwischen der großen SPD und der kleinen FDP in der Politik sind, so groß sind auch die Unterschiede in der Wirtschaft. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Interessenlagen.

Beispielsweise können wir heute in der „Südwest Presse“ lesen: „Mittelstand – Drohungen der Konzerne gegen Rot-Grün stoßen auf Unverständnis“. Dann heißt es da: „Der Druck großer Konzerne auf die rot-grüne Bundesregierung und ihre Steuerreform löst auch beim Mittelstand Verwunderung aus.“

Dies zeigt uns eines: So wie es in der Landwirtschaft immer ein Fehler war, dass sich kleine Betriebe aus Baden-Württemberg mit großen Agrarfabriken im Norden zusammengetan haben und dann eine Interessenvertretung für die Landwirtschaft gesprochen hat, so ist es auch falsch, wenn die Großindustrie für sich reklamiert: Wir sind die Wirtschaft, und die Wirtschaft fordert – Nein, man muss zur Kenntnis nehmen, dass es in der Wirtschaft natürlich ganz unterschiedliche Größenordnungen und auch unterschiedliche Interessen gibt.

(Abg. Deuschle REP: Das gilt auch für die Gewerkschaften!)

(Schmiedel)

Wenn dann der Mittelstand darauf hinweist, die Großen zahlten kaum noch Steuern, erhielten aber 90 % der Subventionen, und dann die Rechnung aufmacht, dass die Steuern, die der Mittelstand an den Staat zahlt, via Subventionen zum Großteil den großen Betrieben zugute kämen, dann stimmt etwas nicht. Deshalb ist es richtig, dass wir uns diesem Thema widmen.

Auf die Bedeutung des Mittelstandes wurde hingewiesen: 50 % der Wertschöpfung, noch bedeutender natürlich bei den Arbeitsplätzen und bei den Ausbildungsplätzen.

Wir haben uns im Vorfeld über das Thema ausgetauscht und darauf hingewiesen, dass es nach unserem Eindruck eine Fülle von Beschreibungen der Situation des Mittelstands, des Handwerks, der Familienbetriebe und der Handwerksbetriebe gibt. Außerdem existiert eine Fülle von Vorschlägen. Ich nenne beispielsweise den Initiativkreis „Mittelstand und Handwerk 2000“, ein Vorschlag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg – immerhin vom Januar 1998, also kein ganz altes Werk – mit einer Fülle von Empfehlungen und Handreichungen. Auch der Innovationsbeirat hat eine Fülle von Empfehlungen abgegeben.

Wir haben einmal in unserer Fraktionsbibliothek nachgesehen, was wir zu den Fragen finden, die CDU und FDP/DVP für die Arbeit der Enquetekommission stellen wollen, und weisen auf vielfältigste Untersuchungen hin. Wir sehen drei Schwerpunkte, mit denen sich die Enquetekommission beschäftigen sollte.

Erstens: Wir wollen die Empfehlungen, die es gibt und die zwischen den Beteiligten weitgehend einvernehmlich erfolgten, daraufhin abklopfen, ob sie angegangen wurden, ob sie umgesetzt wurden, wenn nein, warum nicht, wo die Hemmnisse liegen und was wir initiieren müssen, damit die Empfehlungen Wirklichkeit werden. Es geht also nicht so sehr um eine Situationsbeschreibung, sondern um die Frage: Wie können wir das umsetzen, was es bereits an Empfehlungen gibt?

Zweitens müssen wir auf neue Entwicklungen eingehen, die – auch wenn die Analysen nur zwei oder drei Jahre alt sind –, noch nicht ausreichend berücksichtigt sind. Das ist die Frage des zunehmenden Wettbewerbs im Europäischen Markt, das ist die Globalisierung, und – darauf wurde schon hingewiesen – das sind neue Wettbewerbsstrukturen. Wer immer nur Konkurrenz ausgesetzt ist und nicht auch selbst im Ausland als Konkurrent auftritt, hat es zunehmend schwer. Also ist die Frage der Internationalisierung der Wirtschaft und sind die Auswirkungen auf die kleinen und mittelständischen Betriebe zu untersuchen.

Drittens: Im „Handelsblatt“ vom Montag dieser Woche war zu lesen – ein Artikel im Zusammenhang mit der CeBIT –: „Der Mittelstand hinkt hinterher“. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, der Mittelstand in Deutschland laufe Gefahr, den Anschluss an das Internetzeitalter zu verpassen. Wir wissen, dass es hinsichtlich des Internets einige Anstrengungen gibt. Aber, Herr Wirtschaftsminister, wir glauben nicht, dass es ausreicht, Computerunterstützungsprogramme in Gang zu setzen und die Ausstattung mit Computern zu verbessern. Vielmehr müssen wir mehr

tun, damit das Internet tatsächlich Teil der Wertschöpfung auch der kleinen Betriebe wird. Wer auf diesem Feld abgehängt wird, wird es schwer haben, da wieder aufzuholen. Also müssen wir die Frage der Informations- und Kommunikationstechnologien im Zusammenhang mit der Ausbildung und der Bereitstellung genügend qualifizierter Mitarbeiter in diesem Bereich ins Auge fassen.

Wir könnten, Herr Minister Döring, vielleicht auch darin übereinstimmen, dass unser Land zu einem Leitbild für die Kernregionen werden sollte, zu einem Kompetenzland beim Thema Internet mit der höchsten Anschlussquote in der Bevölkerung, mit der größten Durchdringung nicht nur bei den großen Betrieben, sondern gerade auch bei Mittelstand und Handwerk, und mit den besten Startbedingungen für neue Unternehmen in diesem Informations- und Kommunikationsbereich.

Deshalb freuen wir uns, dass wir auch bei den Fragen, die für uns im Mittelpunkt stehen, größtenteils Übereinstimmung gefunden haben. Wir stimmen Ihren Fragen zu. Wir werden die Schwerpunkte auf die von mir genannten Bereiche legen. Ich hoffe, wir kommen dann auch zu den Ergebnissen, die dem Mittelstand in unserem Land nützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die kleinen Betriebe und die Familienbetriebe werden in Baden-Württemberg in vielen politischen Debatten und Grußworten gewürdigt. Das entspricht ihrer tatsächlichen Bedeutung. Flexibilität, Transparenz, Mitsprache, Mitverantwortung stehen als positive Merkmale der Kleinen den anonymen, starren Hierarchien der Großen gegenüber. Aber groß heißt in der Wirtschaft eben auch stark. Bei jeder Fusionsdebatte wird betont, dass die Marktmacht gestärkt werde, dass es zu Synergieeffekten komme. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass es die Kleinen im Konkurrenzkampf unter Umständen schwer haben.

Also: Wer die Vorteile einer kleinteiligen Betriebsstruktur in Baden-Württemberg erhalten will, muss die Nachteile der Kleinen im Konkurrenzkampf gezielt ausgleichen. Dieser Ansatz ist richtig. Aber wir haben zu wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, ob denn die vorgeblich mittelstandsfreundliche Politik auch die Ziele erreicht und wirklich die Betriebe unterstützt werden, die aufgrund ihrer Kleinheit diese Unterstützung auch brauchen.

Verschiedene Untersuchungen kamen zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass der Staat oft den Mittelstand meint und doch die Großen bedenkt. Nach einer Studie des RWI gehen nur 2 bis 3 % der Wirtschaftsfördermittel auch an den Mittelstand. Deshalb ist es gut, eine genaue Analyse der Situation der kleinen Betriebe zu machen, quasi als Erfolgskontrolle für die mittelstandsfreundlichen Sonntagsreden der vergangenen Jahrzehnte und als Handlungsempfehlung für künftige Politik.

Dazu ist allerdings der deutsche Mittelstandsbegriff ungeeignet. Er umfasst Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten

(Sabine Schlager)

und bis zu 100 Millionen DM Umsatz. In diesen Dimensionen denkt kaum ein Gastronomiebetrieb, kaum ein Handwerksbetrieb, kaum ein Bauernhof, kaum ein Existenzgründer im Bereich Software oder Medien. Unter den deutschen Mittelstandsbegriff fallen über 98 % der Betriebe in Baden-Württemberg. Damit ist auch schon klar, dass wir, wenn wir wissen wollen, wie es den kleinen Betrieben geht, einen engeren Begriff nehmen müssen. Ich schlage deshalb die Definition des Instituts für Familienunternehmen vor. Danach sind Familienunternehmen solche Unternehmen, bei denen die Inhaberin oder der Inhaber gleichzeitig die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer ist. Also nicht der Trauschein soll das Kriterium sein, sondern die Betriebsgröße, sprich: die Kleinheit.

Wir wissen auch noch aus einem anderen Grund zu wenig über die mittelständischen kleinen Betriebe in unserem Land: Die Inhaberinnen und Inhaber der kleinen Betriebe sind in den seltensten Fällen die jeweiligen Wortführer der Wirtschaftsverbände. Wenn uns die großen Verbände mitteilen, was gut oder schlecht für die Wirtschaft ist, dann bleibt die berechnete Frage, ob auch immer für die kleinen mit gesprochen wird. Es lohnt sich also, in der Enquetekommission genauer hinzusehen.

Wir Grünen werden uns engagiert und interessiert an der Enquetekommission beteiligen. Wir werden auch Fragen einbringen, die jetzt noch nicht ausdrücklich erwähnt sind, die aber durchaus unter den gewählten Oberbegriffen zu fassen sind, zum Beispiel: Welche Rolle spielen unter den Familienbetrieben die ausländischen Inhaberinnen und Inhaber? Welche spezifischen Stärken bringen sie in unsere Wirtschaft mit ein? Welche spezifische Unterstützung brauchen sie? Stichwort: Integration.

Zweitens: Wie wirken sich die regionalen Unterschiede in Baden-Württemberg auf die Situation der kleinen Betriebe aus? Muss Wirtschaftsförderung und Mittelstandsförderung künftig stärker als bisher regionale Unterschiede berücksichtigen?

Drittens: Wie wirkt sich das Leitbild eines ökologischen, nachhaltigen Baden-Württembergs auf die Mittelstandspolitik des Landes aus?

So weit unser grünes Ceterum censeo, das wir selbstverständlich auch in die Enquetekommission einbringen werden.

Wirtschaftsförderung kann auf Dauer nur dann gut sein, wenn immer wieder überprüft wird, ob sie auch zielgenau ist, das heißt, ob wir das, was wir zu erreichen vorgeben, schlussendlich auch erreicht haben. Deswegen ist die Fragestellung der Enquetekommission interessant. Wir wünschen uns eine allgemein offene Fragehaltung, bei der nicht alle schon zu Beginn das Ergebnis wissen, und wir wünschen uns Ergebnisse, die dann auch zu konkreten Handlungsempfehlungen führen.

Wir werden allen eingebrachten Fragestellungen zustimmen, damit es in der Enquetekommission möglichst offen zugeht und damit im Konsens verhandelt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Der Mittelstand in Baden-Württemberg spielt in unserer Volkswirtschaft eine bedeutende Rolle. Insbesondere die Zulieferbetriebe bilden einen Pol der Stabilität in unserem Lande. Dies gilt sowohl für den Beitrag zum Sozialprodukt als auch in beschäftigungs- und ausbildungspolitischer Sicht. Nichtsdestotrotz steht der Mittelstand auch heute vor größeren Herausforderungen: Globalisierung, Strukturwandel und technologischer Fortschritt. Erschwerend kommt hinzu, dass es der Politik bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, eine Reform des Steuer- und Sozialsystems auf den Weg zu bringen, die die Lage des baden-württembergischen Mittelstands verbessert. Um die Stellung des Mittelstands im Lande zu erhalten und auszubauen, sind klare politische Richtungsentscheidungen und die Klärung einer Reihe von Einzelfragen von besonderem Gewicht.

Für die Fraktion Die Republikaner ist die Mittelstandspolitik von entscheidender Bedeutung. Deshalb hat sie bereits zwei Große Anfragen eingebracht, eine im September 1997 zum Thema „Lage des Einzelhandels“ und die zweite Ende 1998 zur Rolle des Handwerks.

Die Bedeutung des Mittelstands, auch des landwirtschaftlichen Mittelstands, für unser Land hätte es als notwendig erscheinen lassen müssen, dass bei der Erarbeitung des Arbeitsauftrags auch alle Oppositionsfraktionen einbezogen werden. Dies hatte auch der Fraktionsvorsitzende der CDU mehrfach verbindlich zugesagt. Wenn Sie nun, Frau Dr. Meister-Scheufelen, vorhin von einer überparteilichen Zusammenarbeit gesprochen haben, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie diese bisher noch nicht durchgeführt haben. Ich hoffe, dass dies sich im Laufe der Arbeit der Enquetekommission verbessert. Es entspricht eben auch nicht gutem Stil, hier so mit anderen umzugehen.

Wenn ich die Formulierung Ihres Antrags anschau, stelle ich fest, dass viele Fragestellungen unseren oben genannten Großen Anfragen entstammen. Zum Beispiel wurden die Fragen nach den Eigenkapitalstrukturen der kleinen und mittleren Unternehmen von unserem Antrag abgeschrieben.

(Lachen bei der CDU, der FDP/DVP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb haben wir Republikaner auch kein Problem, hier zuzustimmen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Herr Drautz, Sie verstehen davon sowieso nichts. Gehen Sie zu Ihrer Weinwirtschaft. Da haben Sie vielleicht eine gewisse Ahnung.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber Sie als mittelstandspolitischer Sprecher! Oje! Jetzt geht's los!)

Aber bei der Frage, über die wir heute debattieren, können Sie ja gar nicht mitreden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Bringen Sie erst einmal selber einen so erfolgreichen Betrieb zustande!)

(Deuschle)

Umso interessanter ist, was die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP weglassen. Wie kann man denn im März 1999, weniger als drei Jahre vor der Währungsumstellung, dieses gerade für den Mittelstand so wichtige Thema weglassen, meine Damen und Herren?

(Abg. Kluck FDP/DVP: Die Währungsumstellung nutzt dem Mittelstand!)

Dies ist umso unverständlicher, Herr Drautz, als die Landesregierung erst vor vier Wochen in der Beantwortung unserer Anfrage gerade hier ein Defizit der Umsetzung in den mittelständischen Betrieben eingeräumt hat. Ich zitiere:

Im Übrigen haben sich viele Betriebe zwar bereits informiert, fühlen sich aber noch nicht unmittelbar betroffen und warten mit Kosten verursachenden konkreten Umstellungsmaßnahmen noch ab.

Das ist die Aussage der Landesregierung. Dann muss ich das doch in diesen Auftrag hineinnehmen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Des Weiteren fehlt in Ihrem Antrag eine Darstellung der Folgen einer fehlenden EU-Harmonisierung für den baden-württembergischen Mittelstand. Sie sprechen zwar unter Teil C explizit die Entwicklung auf Bundesebene an, aber nicht die Folgen, die durch Entscheidungen der EU entstehen.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Natürlich!)

So würde zum Beispiel ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Dienstleistungen das baden-württembergische Handwerk erheblich entlasten und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dies wird aber zurzeit nicht von Bonn, sondern von Brüssel gebremst. Daher müssen wir dies doch einbeziehen, wenn wir hier eine Diskussion führen wollen, die wirklich interessant und fundamental ist.

Ein weiterer Mangel Ihres Antrags ist, dass Sie nicht explizit die Folgen der geänderten Ladenschlusszeiten für den Mittelstand ansprechen wollen. Dies ist umso bedauerlicher, als gerade die Ladenschlusszeiten ein ganz zentraler Punkt für den Mittelstand und auch für die Frage sind, ob zum Beispiel der Nachfolger einen Betrieb übernimmt.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist geradezu fahrlässig, meine Damen und Herren, dies auszublenden, wenn man weiß, dass die Bundesregierung im Herbst 1999 einen Bericht hierzu vorlegen will und auch eventuelle Umsetzungsstrategien, unter Umständen Gesetzesänderungen durchziehen will. Auch dies ergibt sich aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage.

Die Einsetzung der Enquetekommission darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Entscheidungen der Landesregierung hinausgezögert werden. Herr Döring, ich fordere deshalb Sie von der Landesregierung auf, bei der anstehenden Novellierung des Gemeindeförderungsgesetzes eine Mittelstandsklausel aufzunehmen, die besagt, dass eine Ge-

meinde keinen kommunalen Betrieb einrichten darf, wenn private Anbieter die anvisierten Geschäftsziele ebenso gut wirtschaftlich ausüben können.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Machen wir doch!)

Ich habe jetzt einige konkrete Punkte hier angesprochen, und ich hoffe, dass die Kommission, nachdem sie heute keinen guten Start gehabt hat, dies vielleicht durch sachliche Arbeit ausgleichen kann. Ich kann Ihnen dazu sagen: Das wäre notwendig, um die Bedingungen für unseren Mittelstand zu verbessern. Die Vertreter der Republikaner sind dazu bereit.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/DVP: Sie und sachlich!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt die Enquetekommission ausdrücklich und ist froh darüber, dass sie jetzt einberufen wird, weil eine Vielzahl von Fragestellungen zu klären ist, Fragen, die auch heute in der Debatte angesprochen wurden und bei denen eine unterschiedliche Beurteilung besteht.

Ich will das Beispiel aufgreifen, das der Vorredner genannt hat, den halben Mehrwertsteuersatz auf die arbeitsintensiven Dienstleistungen. Dies wird von der einen Seite heftig vorgetragen, dazu sagt aber ganz aktuell und – ich sage es ganz offen – auch etwas zu meiner Überraschung der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks: Wir halten dies für den falschen Weg. Das heißt, es gibt Fragen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden und zu denen unterschiedliche Stellungnahmen von Betroffenen abgegeben werden. Dies ist ein Punkt, bei dem man genau nachforschen muss, wie dies tatsächlich bei den unmittelbar Betroffenen, bei den Familienbetrieben, bei den Mittelständlern gesehen wird.

Ich will weitere Punkte ansprechen, die meiner Ansicht nach angesprochen und untersucht werden müssen. Es geht auch darum, dass wir von der Landesregierung uns von Ihrer Enquetekommission Antworten auf folgende Fragen erhoffen: Reicht das, was wir tun? Ist es zielgerichtet? Kommen die Fördermittel, die noch zur Verfügung stehen, tatsächlich bei denen an, für die sie gedacht sind, nämlich in erster Linie für den Mittelstand und für die kleinen Betriebe und für das Handwerk? Müssen wir nicht im Zusammenhang mit den Fördermitteln eine gänzliche Umstrukturierung vornehmen, um die Zielgenauigkeit zu erreichen? Müssen wir bei der Vielzahl der Förderungen, die auf dem Papier noch zur Verfügung stehen, nicht auch dafür Sorge tragen, dass sie vor allen Dingen von den Kleinen überhaupt erreicht werden können, dass diese durch den Wust der Antragsformulare hindurchfinden? Wie ist hier eine Erleichterung möglich?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es geht darum, dass wir bei dem gesamten Themenbereich der Informations- und Kommunikationstechnologien behilflich sein müssen. Die Idee, das Landesgewerbeamt im

(Minister Dr. Döring)

Zusammenhang des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu einem Kompetenzzentrum gerade für kleine Betriebe und den Mittelstand auszubauen, muss auch in dieser Enquetekommission durchleuchtet werden. Wie kann eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg hier unterstützend tätig werden?

Ich will den Kollegen Schmiedel darauf aufmerksam machen, dass wir vom Wirtschaftsministerium mit dem Fraunhofer-Institut und der Telekom mit „Handwerk Online“ erst vor wenigen Tagen eine viel beachtete, sehr gut angenommene Initiative gestartet haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Eine Website reicht halt nicht! Trippelschritte!)

– Herr Schmiedel, Sie können nicht sagen, dass da nichts passiert, sondern es ist erfreulicherweise jetzt möglich, dass wir in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer, mit der Telekom und dem Fraunhofer-Institut im gesamten Handwerk die Durchdringung gerade in den kleinen und mittleren Betrieben auch tatsächlich erreichen.

Wir brauchen Anregungen – Frau Kollegin Meister-Scheufelen hat es angesprochen – für die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes. Wir erhoffen uns von der Enquetekommission wichtige Hinweise, wie wir mit der Novellierung einen Schritt vorankommen.

Es geht um die Frage: Wie können wir erreichen, dass Forschungs- und Technologieergebnisse zielgerichtet bei den betroffenen Betrieben, bei den kleinen und mittleren, auch genutzt werden können? Bei den Familienbetrieben, bei den kleinen und mittleren Betrieben – ich will gerne aufgreifen, was Kollegin Schlager ausgeführt hat – ist natürlich auch zunehmend eine Vielzahl ausländischer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf dem Markt. Wir wollen erreichen, dass wir sie auch dafür gewinnen können, dass sie als Ausbilder auftreten. Dafür ist ein Potenzial vorhanden. Was kann getan werden, dass sich auch solche Betriebe verstärkt als Ausbilder zur Verfügung stellen, um den jungen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit und die Chance einer Ausbildung und damit eine Berufsperspektive einzuräumen?

Es geht mir darum, dass wir am Ende der Arbeit der Enquetekommission, wenn die Berichte vorliegen, hoffentlich auch bei der Frage, die Sie zu Recht angesprochen haben, einen Schritt weiterkommen: Müssen wir den Mittelstandsbegriff nicht neu definieren? Passt es denn noch, wenn – wie Sie von den Zahlen her zu Recht ausgeführt haben – über 99 % der Betriebe bei uns weniger als 500 Beschäftigte haben und daher zum Mittelstand gezählt werden, aber doch natürlich gänzlich unterschiedliche Probleme bei der Internationalisierung und bei der Automatisierung haben? Bei allen vielgestaltigen wichtigen Fragen haben die Betriebe mit zwischen 10 und 15 Mitarbeitern, die von der Familie geführt werden, eine ganz andere Problematik zu bewältigen als ein 450- oder 500-Mann-Betrieb, der längst international unterwegs ist. Müssen wir den Mittelstandsbegriff nicht neu definieren, wenn wir zu einer zielgerichteteren Mittelstandspolitik kommen wollen? Auch dies ist ein ganz zentraler Punkt, zu dem ich mir eine Antwort aus der Enquetekommission erwarte.

Deswegen sage ich noch einmal: volle Unterstützung und Begrüßung der Einberufung dieser Enquetekommission.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 12/3890.

Nach § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung kann der Landtag zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen beantragt wird. Der vorliegende Antrag erfüllt diese Voraussetzung. Der Landtag ist also verpflichtet, eine Enquetekommission einzusetzen.

Wir kommen nun zunächst zur Behandlung des Ergänzungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3891. Wegen der in den Ausführungen dargelegten Bereitschaft, dem Antrag mit Ausnahme der beiden strittigen Punkte insgesamt zuzustimmen, lasse ich zunächst über die beiden Punkte, die strittig sind, getrennt abstimmen.

Ich rufe deshalb aus dem Ergänzungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3891, Abschnitt II Ziffer 1 auf. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Ziffer ist damit abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt II Ziffer 17 auf. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist damit abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Ergänzungsantrag Drucksache 12/3891 ohne die beiden abgelehnten Ziffern 1 und 17 von Abschnitt II auf. Wer dem Ergänzungsantrag ohne die Ziffern 1 und 17 des Abschnitts II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/3890, in der so ergänzten Fassung auf. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Damit ist die Enquetekommission entsprechend diesem Auftrag eingesetzt.

Wir haben nun noch die Mitglieder der Enquetekommission zu wählen. Sie haben soeben mit der Annahme des Antrags Drucksache 12/3890 beschlossen, dass der Enquetekommission elf Mitglieder und elf stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen für diese Wahl liegt Ihnen vor. (Anlage 5) Ich darf wohl ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass Sie die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern der Enquetekommission wählen. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Entlastung der Regierungspräsidien – Drucksache 12/3862

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Herr Justizminister Dr. Döring zur Begründung des Gesetzentwurfs.

(Abg. Brechtken SPD: Das war ein Fehler, Herr Präsident! – Zuruf von der CDU: Regierungsumbildung kurz gemacht! Nostalgie war das!)

Herr Dr. Goll, Entschuldigung!

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Es gibt Verwechslungen, die keine Beleidigung sind.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gesetz, das jetzt vorliegt, bringt einen Fortschritt, wobei ich von vornherein einräume, wir machen Politik heute natürlich unter Bedingungen, wo es oft mehr um die kleinen Schritte geht als um die großen Würfe. Das macht aber nichts, wenn diese kleinen Schritte in die richtige Richtung gehen, wenn die Richtung stimmt. Die Richtung dieses Gesetzes heißt Personalabbau, heißt Entlastung von Aufgaben beim Staat, Personalabbau bei den Regierungspräsidien, insbesondere wie es die Koalitionsvereinbarung vorsieht, wie es im Übrigen auch die neue Koalitionsvereinbarung in Hessen vorsieht und wie es auch in Rheinland-Pfalz geplant ist.

Ein sinnvolles Sparen von Personal bei den Mittelbehörden setzt aber vorher Aufgabenabbau voraus, denn man spart nicht sinnvoll Personal, wenn man an den Aufgaben nichts ändert, weil man sonst nur riskiert, dass die Aufgaben schlechter erfüllt werden.

Die Handlungsmöglichkeiten wurden bei den Regierungspräsidien überprüft, natürlich durch den Kollegen Dr. Schäuble, der sich dazu externer Gutachter bedient hat. Insbesondere in den Blickpunkt geraten ist das Vorverfahren, also das Widerspruchsverfahren bei den Behörden vor der Inanspruchnahme der Verwaltungsgerichte. Ich möchte ganz deutlich sagen, das Vorverfahren hat im Allgemeinen seinen guten Sinn. Es ist richtig, bevor eine Sache zum Gericht kommt, sie unter den Betroffenen noch einmal zu überprüfen. Wir verfolgen übrigens diesen Gedanken ähnlich auch bei der außergerichtlichen Streitschlichtung. Es geht darum, dass man versucht, zunächst einmal eine Einigung zu erreichen, in diesem Fall eben zwischen der Behörde und dem betroffenen Bürger. Aber man kann sich schon fragen, ob dieses Verfahren dann einen Sinn macht, wenn die Behörde, die den Bescheid erlassen hat – –

(Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident, darf ich vielleicht darum bitten, dass Sie die eine Hälfte des Hauses zu etwas mehr Aufmerksamkeit anhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie haben den Hilferuf des Justizministers gehört. Ich bitte Sie um Ruhe. Die beiden Herren Kollegen, die da stehen und sich so lebhaft unterhalten, bitte ich, ihr Gespräch draußen fortzusetzen.

Herr Kollege Keitel und Herr Schmiedel, die Aufforderung ging an Sie.

(Abg. Heiler SPD: Die verstehen halt so schwierige Themen nicht!)

Herr Justizminister, bitte fahren Sie fort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Vielen Dank.

Man kann sich fragen, ob es Sinn macht, wenn die Regierungspräsidien selbst den Ausgangsbescheid und den Widerspruchsbescheid erlassen, wenn sie also ihre eigene Entscheidung überprüfen. Man muss davon ausgehen, dass die Regierungspräsidien bei uns etwa 19 000 Widersprüche entscheiden, und davon sind 10 % solche, die gar nicht von Landratsämtern, von nachgeordneten Behörden kommen, was die Entscheidung anbelangt, sondern da entscheiden sie eigentlich selbst zweimal. Das betrifft insbesondere Genehmigungsverfahren im Wasserrecht, im Abfallrecht, im Naturschutzrecht, im Immissionsschutzrecht. Das sind schon wichtige Verfahren; das ist klar. Das sind Verwaltungsprozesse, die vorher sehr gründlich abgelaufen sind. Aber man kann schon bezweifeln, dass es Sinn macht, da auf den Widerspruch hin das Ganze noch einmal, und zwar bei derselben Behörde, beim Regierungspräsidium, ablaufen zu lassen.

Wie gesagt, 10 % der Widersprüche bei den Regierungspräsidien sind solcher Art; aber 15 % des Personals der Regierungspräsidien, das sich mit Widerspruchsentscheidungen beschäftigt, wird dafür eingesetzt. Da kann man also etwas ändern. Ich möchte seitens der Justiz deutlich machen, dass wir auch bereit sind, da etwas zu ändern, obwohl letzten Endes in der Maßnahme das Risiko steckt, dass die Verwaltungsgerichte stärker belastet werden. Denn wenn jemand nicht mehr im Widerspruchsverfahren tätig werden kann, dann zieht er vielleicht gleich vor das Verwaltungsgericht.

Es sind also bestimmte Mehrbelastungen bei den Verwaltungsgerichten nicht ausgeschlossen. Wir sind aber bereit, sie in Kauf zu nehmen, weil insgesamt in diesen Fällen ein gestrafftes Verfahren die Folge sein wird. Das sind wichtige Fälle für die Investoren. Da ist der Zeitfaktor von großer Bedeutung. Bei diesem Verfahren nützt also die Straffung den Antragstellern, sie nützt aber auch der Allgemeinheit, weil nicht doppelt geprüft wird. Es kostet ja alles Steuergeld, wenn etwas zweimal geprüft wird. Im Grunde genommen wird das Verfahren also für alle Beteiligten besser. Es droht allerdings eine bestimmte Mehrbelastung der Verwaltungsgerichte. Wir sind bereit, diese Mehrbelastung auf uns zu nehmen, um das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ziel zu verfolgen und weiter daran zu arbeiten, das Personal bei den Regierungspräsidien um ein Drittel abzubauen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Schuhmacher CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Roland Schmid.

(Abg. Brechtken SPD: Roland Schmid ist für alles zuständig! – Abg. Heiler SPD: Die Mehrzweckwaffe der CDU!)

Abg. Roland Schmid CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion sieht im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Entlastung der Regierungspräsidien eine sinnvolle und notwendige Initiative. Wer sich wie wir dazu bekennt, die Personalstrukturen in den Landesbehörden zu straffen und Verwaltungsarbeit effizienter zu gestalten, der muss auch unnötige, nicht sinnvolle und zeitraubende Tätigkeiten, Zuständigkeiten und Aufgaben über Bord werfen. Das heißt, wir wollen die Möglichkeiten der Entlastung unserer Behörden ausschöpfen.

Dem trägt dieser Gesetzentwurf Rechnung. Das Gesetz schafft ein ritualhaftes Vorverfahren ab, in dem derselbe Sachbearbeiter, der die Ausgangsentscheidung getroffen hat, im Prinzip auch die Widerspruchsentscheidung inhaltlich vorbereitet und formuliert. In der Praxis ändert sich allenfalls die Endunterschrift, aber nicht der Inhalt. Das Vorverfahren stellt keine wirksame Selbstkontrolle dar. Das haben die genannten Prozentzahlen deutlich gemacht. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Doppelarbeit der Verwaltung, weil inhaltlich zweimal dasselbe gemacht wird.

Dieses Gesetz dient aber auch der Verfahrensbeschleunigung. Dies liegt im Interesse der Antragsteller. Denn wenn erst das Klageverfahren eine wirksame Kontrollinstanz darstellt, sollte es möglichst zeitnah dem Verwaltungsverfahren angehängt werden.

Die genannten zwei Gründe sind für uns wichtig, und aus diesen Gründen stimmen wir diesem Gesetzentwurf zu.

Ich danke Ihnen.

(Zuruf von der SPD: Es gibt keinen Beifall! – Beifall bei der CDU – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das war wohl nicht so gut, Herr Kollege! Vielleicht trägt das die Fraktion nicht mit!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Heiler.

Abg. Heiler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Stichworte wie „Entlastung“, „Kosteneinsparung“, „Verschlankung“ und „Verfahrensbeschleunigung“ sind vom Grundsatz her richtig, erstrebenswert und auch nachvollziehbar.

(Abg. Brechtken SPD: Das mit der Verschlankung sieht der Max Nagel völlig anders!)

Wenn es Möglichkeiten gibt, diese Ziele zu erreichen, sollten diese auch genutzt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung erscheint uns deshalb auch schlüssig.

Allerdings tauchen zwei Probleme auf, die ich ganz kurz skizzieren will. Herr Justizminister Goll, Sie haben diese Fragen auch angesprochen.

Die erste Frage stellt sich dadurch, dass wir natürlich den Rechtsweg für den rechtsuchenden Bürger, für den Bürger, der einen Verwaltungsakt begehrt, verkürzen und damit auch die Filterfunktion der Widerspruchsstelle ausschalten.

Daraus folgt für uns zweitens – das haben Sie auch angesprochen –, dass eine Mehrbelastung bei den Verwaltungsgerichten eintreten kann oder eintreten wird.

Daher habe ich drei Fragen, die ich bis zur Beratung des Gesetzentwurfs im Ständigen Ausschuss zu beantworten bitte:

Erstens: Wie viele Widerspruchsverfahren sind es insgesamt, wenn das Regierungspräsidium als erste Instanz tätig wird? Sie haben eine Zahl von etwa 1 900 genannt.

Zweitens interessiert uns: In wie vielen Fällen wurde in den Verfahren, in denen das Regierungspräsidium erstinstanzlich zuständig ist, dem Widerspruch abgeholfen?

Schließlich die dritte Frage: Wie viele der Verfahren landeten schließlich mit welchen Ergebnissen bei den Verwaltungsgerichten?

Wie gesagt, ich bitte Sie, diese Fragen bis zur Beratung des Gesetzentwurfs im Ständigen Ausschuss zu beantworten. Wir werden Ihnen dann mitteilen, wie wir uns letztendlich zu diesem Gesetzentwurf verhalten. Denn es kann natürlich nicht sein, dass die Arbeit in der Weise von den Regierungspräsidien weg auf die Verwaltungsgerichte verlagert wird, dass wir dann vor den Verwaltungsgerichten unsäglich lange Verfahrenszeiten haben. Darüber müssen wir noch reden.

In der Tendenz halten wir jedenfalls den Gesetzentwurf für richtig. Wenn die Zahlen, die Sie uns dann noch nennen werden, nachvollziehbar sind, werden wir dem Gesetzentwurf letztlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Das war erquickend!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erste Beratung des Gesetzes zur Entlastung der Regierungspräsidien. Wir als bündnisgrüne Fraktion in diesem Haus sind in der Mehrheit der Auffassung, dass das Anliegen des Gesetzes auch von unserer Fraktion mitgetragen werden kann.

Es sind drei Zielsetzungen, die man im Prinzip in den Mittelpunkt dieser Gesetzesinitiative stellen kann. Die erste ist festgeschrieben in der Koalitionsvereinbarung, die uns auch sehr wohl bekannt ist, für deren Umsetzung wir aber natürlich nicht zuständig sind. Wenn jedoch ausnahmsweise einmal etwas Richtiges in der Koalitionsvereinbarung steht, soll das ja nicht heißen, dass wir das per se nicht mittragen. In der Koalitionsvereinbarung ist als Ziel formuliert: Personalabbau bei den Regierungspräsidien. Herr Justizminister, es hätte uns als Fraktion natürlich interessiert, wenn ein Gesetz als Entlastungsgesetz titulierte wird, zu

(Oelmayer)

welchem Personalabbau es nun tatsächlich bei den Regierungspräsidien kommt, wenn dieses Gesetz als Entlastungsgesetz für die Regierungspräsidien umgesetzt werden soll. Sie können vielleicht den Bericht hierüber auch in der Sitzung des Ständigen Ausschusses abgeben, wie vom Kollegen Heiler erbeten. Das ist für uns jedenfalls ein wichtiges Entscheidungskriterium dafür, wie wir uns letztendlich zu der gesetzlichen Regelung verhalten werden.

Der zweite Punkt, der auch schon angesprochen worden ist, ist die Verfahrensbeschleunigung. Meine Damen und Herren, natürlich wird es zur Verfahrensbeschleunigung beitragen, wenn man eine Stufe herausnimmt, nämlich die Stufe, bei der quasi die Ausgangsbehörde gleichzeitig über den Widerspruch entscheidet. Als Praktiker weiß ich, dass so gut wie keine Fälle bekannt sind, bei denen Regierungspräsidien eigene Entscheidungen wieder aufgehoben haben, sodass Bürgerinnen und Bürger oder auch Unternehmen, die bei Regierungspräsidien solche Verfahren laufen haben, in aller Regel sowieso die Verwaltungsgerichte in Anspruch nehmen müssen. Aber Herr Kollege Heiler hat hier schon nach den konkreten Zahlen gefragt. Wir dürfen gespannt sein, Herr Justizminister, wie diese Zahlen aussehen.

Ein weiterer Punkt, der unseres Erachtens in dieser gesetzlichen Regelung sinnvoll umgesetzt wird, ist neben dem Personalabbau, der sicherlich bei den Regierungspräsidien eine Rolle spielen wird, und der Verfahrensbeschleunigung, dass man tatsächlich rechtsstaatliche Kriterien so berücksichtigt, dass nicht ein und derselbe Sachbearbeiter, der den Ausgangsbescheid erlassen hat, nachher auch seine eigene Entscheidung überprüft.

Insofern finden wir das Anliegen des Gesetzes richtig. Wir werden es im Kern mittragen. Trotzdem sind wir gespannt, Herr Justizminister, wie die Fragestellungen in der Ausschusssitzung von Ihnen beantwortet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat am 30. März 1998 eine Struktur- und Aufgabenreform der Regierungspräsidien beschlossen, die gute Fortschritte macht und eine durchaus positive Bilanz aufweist. Nach dem Stand vom 1. Dezember 1998 sind von ca. 120 konkret vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen 56 ganz und über 30 teilweise umgesetzt. Ich nenne folgende Beispiele: Vollzug der neuen Aufbauorganisation der Regierungspräsidien zum 1. Juli 1998, Reduzierung der Zahl der Abteilungen von 29 auf 20 und der Referate von 166 auf 116 und, was besonders wichtig ist, Wegfall von 162 Stellen zwischen 1997 und 1999 und noch einiges mehr. Wir sehen also, meine Damen und Herren, dass die Regierung sehr Ernst mit der Verwaltungsreform in den Regierungspräsidien macht.

Nun greift Justizminister Goll das Thema der Straffung von Genehmigungsabläufen auf. Das ist natürlich auch ein ganz wesentlicher Teil der Reformierung der Regierungspräsidien. Von der Straffung von Genehmigungsverfahren

werden Bürger und vor allem die Wirtschaft profitieren. Die Vorverfahren werden, wie allenthalben gesagt, künftig wegfallen, wenn das Regierungspräsidium den vom Kläger angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder den Antrag des Klägers auf Vornahme des Verwaltungsakts abgelehnt hat. Das spart Zeit und Geld, insbesondere für Investoren aus der Wirtschaft, die dann nicht mehr so lange warten müssen, sondern mit diversen Genehmigungen schneller zum Zug kommen.

Meine Damen und Herren, wenn man sich vor Augen führt, dass im Jahr 1996 in den Regierungspräsidien des Landes 1 574 Widerspruchsverfahren durchgeführt wurden, bei denen das Regierungspräsidium Ausgangsbehörde war, erkennt man, dass durch das neue Verfahren ungeheuer viel Zeit und Verwaltungskraft eingespart wird. Das muss sich natürlich in Stelleneinsparungen niederschlagen, sodass die Bringschuld der Regierungspräsidien von 360 Stellen bis zum Jahr 2002 auch erbracht wird und vielleicht auch etwas darüber hinaus.

Fazit: Unsere Regierung liegt auf gutem Kurs. Erstens: Die Verschlankeung der Regierungspräsidien geht zügig voran. Zweitens: Die Entlastung der Regierungspräsidien durch Wegfall von Widerspruchsverfahren wird sich bemerkbar machen. Drittens: Das Ziel der Personalreduzierung wird leichter erreicht. Damit sind wir in der Verwaltungsreform der Regierungspräsidien ein gutes Stück weiter.

Ich darf unserem Innenminister und unserem Justizminister für ihre Arbeit danken. Unsere Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich für die Republikaner-Fraktion vorwegschicken, dass wir jede Initiative gern unterstützen, die die Verwaltungskosten minimiert, Verwaltungsvorgänge strafft und zur Beschleunigung der Verfahren beiträgt. Allerdings stehen wir allen Versuchen skeptisch gegenüber, die dann im Ergebnis aufgrund solcher Kürzungen, Beschleunigungen und Straffungen zu einer Beschneidung der möglichen Rechtswege bzw. der Mittel zur juristischen Überprüfung von Entscheidungen beitragen. Insofern haben wir eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die vorgeschlagene Maßnahme anzumelden. Kollege Heiler hat hier ja schon Fragen zu den Zahlen gestellt. Ich bin gespannt, was im Ständigen Ausschuss dazu dann im Einzelnen gesagt werden kann und zu berichten ist.

Wir haben also Sorge hinsichtlich der Möglichkeiten der Überprüfung. Wenn auch richtig ist, dass die Regierungspräsidien nicht dazu neigen, ihre eigenen Entscheidungen im Vorverfahren zu revidieren, ist es doch immerhin grundsätzlich eine Möglichkeit, Irrtümer auszuräumen. Das ist eigentlich keine lästige Angelegenheit, sondern eine Sicherungsmaßnahme, die man eingebaut hat, weil man diese Möglichkeit für notwendig erachtet hat. Diese sollte man nicht leichtfertig über Bord werfen.

(Käs)

Als Argument für den Gesetzentwurf wurde der Personalabbau vorgetragen. Auch hier möchten wir Skepsis anmelden; denn was hier auf der Ebene der Regierungspräsidien als Personalabbau sicherlich möglich sein wird, wird dann unter Umständen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zusätzlich wieder erforderlich werden. Auch hier muss man aber schauen, wie die Relationen sind; das gestehe ich gern zu. Allerdings ist das Argument Personalabbau möglicherweise doch nur vordergründig, wenn ich hintenherum an anderer Stelle wieder die Verfahren verlängere, sie umständlicher gestalte und, und, und.

Der Aspekt der Verfahrensbeschleunigung ist sicherlich richtig, aber er ist nach unserer Auffassung ein nachrangiger Aspekt in diesem Zusammenhang. Es geht auf dieser Ebene ja nicht zuletzt um wichtige Entscheidungen, die, weil sie wichtig sind, auf der Ebene der Regierungspräsidien angesiedelt worden sind. Dieser Aspekt sollte nicht über Gebühr zur Begründung von Gesetzesinitiativen in diesem Zusammenhang herangezogen werden.

Herr Kollege Veigel hat das Stichwort Verwaltungsreform angesprochen. Auch der Justizminister hat ja von Schritten in die richtige Richtung gesprochen. Ich gehe einmal davon aus, dass das wohl in diesem Zusammenhang zu verstehen war.

Ich glaube nicht, dass dieser Gesetzentwurf ein wesentlicher Beitrag zu einer Verwaltungsreform wird. Wir haben ja nun eine ganze Reihe von Verwaltungsebenen, und darunter ist die Ebene der Regierungspräsidien eine Ebene. Wir haben das Regionalparlament, die Kreise, die Gemeinden und die Ministerialebene. Wenn man an die Fragestellung einer wirklich effizienten Verwaltungsreform herantreten möchte, dann muss man dies tun, indem man darüber nachdenkt, eine dieser Verwaltungsebenen irgendwann einmal zur Disposition zu stellen. Das ist eine Diskussion, die ich gern führen würde, die sicherlich auch irgendwann einmal hier geführt werden muss. Ich glaube aber nicht, dass dieses Gesetz ein Schritt in diese Richtung ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs. Es ist Überweisung an den Ständigen Ausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch (AGBauGB) – Drucksache 12/3521

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/3714

Berichterstatter: Abg. Dr. Puchta

Das Präsidium schlägt Ihnen für eine kurze Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von bis zu fünf Minuten je Fraktion vor.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Kurz, Sie haben das Wort.

(Abg. Deuschle REP: Kurze Rede, Herr Kurz!)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Aufforderung des Präsidenten kann man Rechnung tragen.

Wir alle stimmen dem Gesetzentwurf zu, weil er vor allen Dingen eine größere Flexibilität bezüglich der künftigen Nutzung bisher landwirtschaftlich genutzter Anwesen im Außenbereich zulässt und die Eigentümer aus unterschiedlichen Gründen auf eine nachhaltige Nutzung angewiesen sind.

Das Land macht hier von einer Ermächtigung des Bundes Gebrauch und möchte die Frist von sieben Jahren jetzt zunächst einmal bis zum 31. Dezember 2004 ausgesetzt wissen. Ich glaube, dass bis dahin, was die Besiedelung und die künftige Nutzung landwirtschaftlich genutzter Gebäude anlangt, eine bessere Einschätzung der Lage möglich ist.

In der Anhörung haben die Verbände, auch die Naturschutzverbände, ihr Votum abgegeben. Die Wirtschaftsverbände haben zu dem Anliegen der Landesregierung weitgehend positiv Stellung genommen. Der Landesnaturschutzbund hatte bestimmte Bedenken bezüglich einer Zersiedelung der Landschaft. Aber dem möchte ich entgegenhalten, dass eine Folgenutzung nur dort notwendig ist, wo bereits Siedlungsflächen sind und wo landwirtschaftliche Bauten stehen. Eine intensive Nutzung dieser Flächen wirkt gerade einer weiteren Zersiedelung entgegen.

Im Übrigen wirkt sich in Baden-Württemberg, etwa im Schwarzwald oder im Remstal und in vielen anderen Regionen, die landschaftsprägende „Streubesiedelung“ sehr positiv auf Naherholung und Umweltschutz aus.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die SPD stimmt dem Gesetzentwurf zu.

(Abg. Döpper CDU: Bravo!)

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an. Die Landwirtschaftsministerin selbst hat angekündigt: Ein Drittel der Bauern müssen aufgeben.

(Abg. Deuschle REP: Zwei Drittel!)

Die Höfe existieren. Die SPD lässt die Bauern nicht im Stich. Wir sind der Meinung, dass die vorhandene Wertsubstanz genutzt werden sollte, auch für andere Zwecke. Das ist Strukturwandel.

Wir meinen, die Bedenken der Naturschutzverbände und der Grünen sind nicht stichhaltig. Denn die Anwesen existieren real. Man kann sie entweder wegräumen oder nützen. Wir sind dafür, sie zu nützen, und deshalb machen wir mit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das Anliegen des Gesetzentwurfs wurde von den Vorrednern bereits beschrieben. Es geht um die Nutzungsänderung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude im Außenbereich. Hier sollen Fristen verlängert bzw. gelockert werden.

Es ist klar, in diesem Bereich besteht ein Interessenkonflikt zwischen Natur- und Landschaftsschutz auf der einen Seite und der Landwirtschaft auf der anderen Seite. Aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes ist das Fortbestehen eines landwirtschaftlichen Gebäudes, wenn man allein das Gebäude betrachtet, in vielen Fällen nur ein kleiner und somit tolerierbarer Eingriff.

Problematisch wird es aber dann, wenn es zu einer Folgenutzung kommt, zum Beispiel durch den Ausbau zu einem Ausflugslokal oder zu einer Werkstätte. So etwas hat nämlich in der Regel einen erheblichen zusätzlichen Verkehr zur Folge. Mit der Zeit kommen auch leicht noch kleinere Erweiterungsbauten oder der Ausbau von Zufahrtsstraßen hinzu. Insgesamt kommt es so zu einer Beunruhigung in der Fläche und einer Versiegelung von freier Landschaft.

Aus diesen Gründen sollte man restriktiv vorgehen. Auf der anderen Seite stehen natürlich die Interessen der Landwirtschaft, die Gebäude, die sie nicht mehr braucht, verwerten will.

Diese Anliegen der Landwirtschaft sind in vollem Umfang berechtigt. Aber die Sachlage ist so – das hat der Bundesgesetzgeber festgelegt –: Es gibt eine Frist von sieben Jahren, um ein neues Nutzungskonzept zu entwickeln, und zwar, wenn man es genau liest, sieben Jahre zwischen der Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung und dem Einreichen eines Antrags auf eine Folgenutzung. Das heißt, die Siebenjahresfrist wird noch um mögliche Genehmigungs- und Ausbauzeiten verlängert.

Wir Grünen meinen, dass in diesem Nutzungskonflikt die Frist von sieben Jahren plus Genehmigungszeit plus Ausbauzeit ein guter Kompromiss ist. Wir halten diese Regelung für ausreichend und wenden uns daher dagegen, die Frist noch weiter zu verlängern. Aus diesem Grund werden wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das ist aber schade!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP wird dem Gesetzentwurf zustimmen. Inhaltlich ist schon alles gesagt worden, sodass ich darauf Bezug nehmen kann.

(Abg. Brechtken SPD: Aber noch nicht von jedem, Herr Kollege!)

– Nein, noch nicht. Trotzdem mache ich es sehr kurz.

Ich will nur auf Ihr Argument eingehen, nach sieben Jahren finde gewissermaßen ein Qualitätswechsel statt. Das kann ich nicht logisch nachvollziehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ich auch nicht! – Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine Kompromisslinie, Herr Kollege!)

Die Umnutzung ist schon jetzt möglich. Mit der vorgesehenen gesetzlichen Neuregelung wird die Zeit für die Umnutzung im Interesse einer größeren Flexibilität etwas verlängert. Hier wird nicht erst eine Umnutzung eingeführt – dann wäre das, was Sie gesagt haben, logisch –, sondern es soll eine flexiblere Lösung erfolgen.

Ich finde, der Landwirtschaft wird gegenwärtig derart viel auferlegt, dass wir uns einmal freuen können, wenn wir ihr gegenüber ein bisschen flexibler sind. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das war kurz und bündig! Das war gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich von diesem Gesetzentwurf Kenntnis erlangt habe, habe ich mich schon etwas gewundert. Das Bundesbaugesetz wurde neu geregelt. Gleichzeitig werden die Länder ermächtigt, eigene rechtliche Regelungen zu erlassen. Das bedeutet wieder 16 neue Gesetze. Ob dies allein dadurch gerechtfertigt ist, dass zwischen den Bundesländern mit noch landwirtschaftlichen Strukturen wie Baden-Württemberg oder Bayern einerseits und zum Beispiel den Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen andererseits unterschieden werden muss, bezweifle ich.

Ziel der Einschränkung der Umnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden ist es, die Zersiedlung im Außenbereich zu vermeiden. Ursprünglich sollten im Außenbereich nur landwirtschaftliche Betriebe geduldet werden. Nun soll auf Länderebene die Siebenjahresfrist für die Umnutzung ausgesetzt werden können. Discos, Handwerkerhöfe, Fabrikverkaufsstellen, Lagerhallen usw. können entgegen der kommunalen Stadtplanung in den Außenbereichen entstehen.

Das vorgesehene Gesetz soll ein Zugeständnis der Landesregierung an die Landwirte sein. Es ist gleichzeitig in Wirklichkeit aber eher ein Eingeständnis dafür, dass unsere heimische Landwirtschaft dank Brüssel immer mehr vernichtet wird.

In der Drucksache wird schönfärberisch davon gesprochen, dem Strukturwandel in der Landwirtschaft werde Rechnung getragen. Der Gesetzentwurf soll den Landwirten vorgaukeln, ihre Anwesen könnten bei Betriebsaufgabe sinnvoll verwendet werden. Ganz so einfach, wie dies in der Begründung des Gesetzentwurfs ausgeführt wird, ist die Umnutzung nun auch nicht.

Zunächst möchte ich festhalten, dass Ausnahmeregelungen immer dem Charakter der Bauleitplanungen widersprechen. Denn grundsätzlich soll es in der Hoheit der Kommunen liegen, wie sie ihre Flächen nutzen. Dies wird aber durch Ausnahmeregelungen konterkariert, weil dadurch die eigentliche Entscheidung über die eine Baumaßnahme von der Kommune auf staatliche Behörden verlagert wird.

(Schonath)

Konkret führt der Gesetzentwurf dazu, dass Nutzungen, die nach der Grundvorstellung des Baugesetzbuchs nicht in den Außenbereich gehören, durch die Hintertür nun dorthin gelangen können. Dies hat zur Folge, dass erhebliche Belastungen für die Natur und die Landschaft entstehen. Bei einer solchen Nutzung sind entsprechende Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, Kanalisation usw. notwendig. Viele Höfe sind für eine Umnutzung auch gar nicht geeignet. Bei der Umnutzung von Höfen für die Freizeit und die Nutzung als Gastronomiebetriebe dürften massive Verkehrsströme entstehen, und eine weitere Versiegelung durch Parkplätze wäre unvermeidlich. Außerdem sollte die ländliche Gastronomie, die in der heutigen Zeit unter Umsatzrückgängen zu leiden hat, nicht einer zusätzlichen Konkurrenz ausgeliefert werden.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft hingewiesen. Aber gerade Betriebe im Außenbereich, so genannte Aussiedlerhöfe, sind wirtschaftlich gesehen die überlebensfähigsten. Das Höfesterben wird im Außenbereich nicht in dem Maße stattfinden wie anderswo.

Viele aufgegebenen landwirtschaftlichen Betriebe sind steuerlich gesehen ruhende Betriebe. Dies hat den Vorteil, dass keine stillen Reserven versteuert werden müssen. Eine Umnutzung bedeutet aber die endgültige Betriebsaufgabe, und es kann sein, dass wegen der Betriebsaufgabe Steuern gezahlt werden müssen, sodass vermeintliche Pachteinnahmen oder Verkaufserlöse durch Steuerzahlung geschmälert oder sogar aufgezehrt werden und somit der Landwirt keinen Nutzen hat.

Ich persönlich habe im Wirtschaftsausschuss gegen dieses Gesetz gestimmt, weil ich der Auffassung war, dass es besser gewesen wäre, wenn sich die Länder beim Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuchs gegen eine Frist ausgesprochen hätten. Für mich ist dieses Ausführungsgesetz nichts anderes als ein Reparaturgesetz. Nach neuerlicher Beratung innerhalb meiner Fraktion werde ich mich, wie auch meine Kollegen, der Stimme enthalten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer Enthaltung bringen Sie da nichts zuwege. Dazu muss man schon Ja oder Nein sagen und bekennen, ob man will, dass das so geregelt wird. Stellen Sie sich einmal vor, ein Antragsteller kommt auf Sie zu und Sie sagen ihm: „Da enthalte ich mich.“

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist nur Ihr Problem in der Regierung!)

Wichtig ist mir, dass wir nach meiner Meinung mit der vorgelegten Änderung unter ökologischen und ökonomischen Aspekten eine sinnvolle und gute Regelung treffen. Der gebotene Schutz des Außenbereichs, der freien Landschaft vor dem Eindringen neuer Gebäude wird nach wie

vor gewahrt. Eine Umnutzung kommt doch nur dann infrage, wenn die Nutzungsänderung einer zweckmäßigen Verwendung erhaltenswerter Bausubstanz dient. Discos werden kaum eine zweckmäßige Verwendung in den Bereichen sein, die im Blickfeld stehen.

Die äußere Gestalt des Gebäudes muss im Wesentlichen gewahrt bleiben. Das Gebäude muss auf der Hofstelle stehen, und außerdem muss die Erschließung, das heißt die Ver- und Entsorgung, gesichert sein.

Das Baugesetzbuch sieht diese Siebenjahresfrist vor. Die Länder werden aber ermächtigt, zu bestimmen, dass diese Siebenjahresfrist bis zum 31. Dezember 2004 keine Anwendung findet. Von dieser Ermächtigung soll mit dem vorgelegten Gesetzentwurf eines Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch Gebrauch gemacht werden. Sieben Jahre sind für so einschneidende Veränderungen, wenn es um persönliche und wirtschaftliche Veränderungen geht, die mit einer Hofaufgabe und dem Finden einer Nachfolgenutzung verbunden sind, keine lange Zeit. Deswegen gehen wir davon aus, dass wir richtig handeln, wenn wir eine Verlängerung erreichen.

Die Siebenjahresfrist würde bedeuten – das muss man sich einmal vergegenwärtigen –, dass alle Gebäude, deren privilegierte Nutzung vor 1992 aufgegeben worden ist, nicht begünstigt wären. Dies kann so nicht stehen bleiben.

Für das Gesetz sprechen auch noch folgende Gründe:

Wenn Sie das nicht so ermöglichen, wie wir es vorhaben, müssten anderswo Gewerbegebiete neu ausgewiesen und aufwendig erschlossen werden. Das Gesetz verhindert also, Herr Witzel, zusätzliche Eingriffe in Natur und Landschaft. Wir haben die Frist erweitert, damit man es an Ort und Stelle machen kann.

Junge Handwerker und Unternehmer müssten, selbst wenn sie aus der Landwirtschaft stammten und im elterlichen Hofgebäude unterkommen könnten, ein ortsfernes Baugrundstück erwerben und eine neue Produktionshalle bauen. Sie könnten dann unter Umständen ihren Betrieb gar nicht mehr starten.

Die Landesregierung ist deshalb der Auffassung, dass die Möglichkeiten für eine sinnvolle Umnutzung vorhandener, erhaltenswerter und erschlossener Gebäude voll ausgeschöpft werden müssen. Dies hat bei der Beratung im Wirtschaftsausschuss volle Unterstützung erfahren.

Herr Kollege Schonath, Ihnen möchte ich sagen: Gerade auch die Landwirtschaftsverbände waren außerordentlich daran interessiert, dass wir diese Regelung so fassen, wie wir sie jetzt fassen. Wer also für die Landwirtschaft etwas tun will, der muss sich dem anschließen und sagen, dass die Landesregierung auch in dieser Frage auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Irren ist menschlich!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring, ich habe meine Bedenken genau ausgeführt. Hätten Sie zugehört, dann hätten Sie das begriffen.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na!)

Das Gesetz hat Vor- und Nachteile. Weil beide gleich groß sind, werden wir uns enthalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Das haben wir doch schon gehört!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen für die Allgemeine Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Wirtschaftsausschuss schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/3714 vor, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 12/3521, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Frist zur Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude

Wer dem § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist dem § 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Hier darf ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. – Sie stimmen zu.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. März 1999 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch (AGBauGB)“.
– Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke. Das Gesetz ist damit mehrheitlich angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8:**

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes – Drucksache 12/3537

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/3715

Berichterstatter: Abg. Schonath

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Schonath REP: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Allgemeinen Aussprache. Das Präsidium schlägt Ihnen eine Redezeit von bis zu fünf Minuten je Fraktion vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. Keitel.

Abg. Keitel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes hat das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Architekten angesichts eines veränderten Baumarkts – Konzentrationen, Generalunternehmer und alles, was auf dem Baumarkt tätig ist – zu stärken.

Der Wirtschaftsausschuss war sich einig, dass dieses Gesetz der richtige Weg ist, um den Architekten über Partnerschaften und GmbHs mit weiteren Möglichkeiten in diesem Wettbewerb zu helfen. Er war der Meinung, dass die Qualifikation der Architekten mit diesem Gesetz stabilisiert wird.

Die CDU-Fraktion wird heute erneut mit dem ganzen Plenum – davon gehe ich aus – diesem Gesetz zustimmen. Insofern will ich keine weiteren Ausführungen mehr machen.

Ich will noch zwei Dinge ansprechen, die in der Debatte im Ausschuss eine Rolle gespielt haben. Das ist einerseits der komplizierte Text dieses Gesetzes. Wir bedauern es, dass dies nicht anders möglich war. Mit Vereinfachung hat es sehr wenig zu tun. Wir wissen aber, dass es nicht anders möglich war, es sei denn, wir hätten das ganze Gesetz verändert und völlig novelliert.

Eine zweite Bemerkung will ich noch anfügen: Der Ausschuss war der Meinung, dass wir im Zuge dieses Gesetzes auch eine Klarstellung im Bereich der Ingenieure erreichen sollten. Heute liegt Ihnen die Stellungnahme der Landesregierung dazu vor. Was Partnerschaften betrifft, wird dort der Weg gewiesen, wie das Ingenieurgesetz verändert werden kann. Was GmbHs betrifft, muss man vielleicht im Ausschuss noch einmal diskutieren. Ich bin sicher, wir werden ebenfalls im Ingenieurbereich die Gesetzeslage so verändern können, dass auch Ingenieure wettbewerbsfähig sind.

Ich bitte für meine Fraktion um Zustimmung. Die CDU-Fraktion wird dem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen der nicht so häufigen Fälle, in denen wir alle einer Meinung sind. Ich möchte auch nicht lange wiederholen, was gesagt wurde. Wir helfen den Architekten, und deshalb stimmen wir zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Witzel.

(Abg. Straub CDU: Mal sehen, ob er es noch kürzer schafft!)

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Architektengesetzes zustimmen. Im Wirtschaftsausschuss bestand weitgehende Einigkeit. Inhaltlich hat Herr Keitel das Wesentliche gesagt. Ich darf deshalb einfach auf das Protokoll verweisen und hier meine Redezeit nicht ausschöpfen, damit die Sitzung schnell vorangeht.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

(Abg. Nagel SPD: Das ist zu unterbieten! - Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Kollege, ein Satz reicht!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich werde auch ich jetzt nicht lange sprechen, obwohl ich Ihnen versichern kann, dass ich ganz ausgezeichnete Ausführungen zu diesem Thema vorbereitet habe.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das glauben wir Ihnen, Herr Kollege!)

Falls Interesse besteht, möchte ich Sie bitten, sie nachher bei mir einzusehen. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass auch wir zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt fällt einer aus der Rolle! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Ist schon recht! – Abg. Keitel CDU: Ihr habt doch auch zugestimmt!)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem bei der Ersten Beratung hier im Landtag über dieses Architektengesetz nicht diskutiert worden ist und es eigentlich eine gute parlamentarische Gepflogenheit ist, zumindest bei einer Beratung über einen Gesetzentwurf zu diskutieren, kann ich es leider nicht so kurz machen; denn ich habe hier noch einige Anmerkungen zu machen, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Oh nein! Nicht so herumdrücken an den Mikrofonen, die gehen kaputt!)

Es ist unbestreitbar, dass die deutschen bzw. baden-württembergischen Architekten im Europäischen Binnenmarkt einem verstärkten Konkurrenzdruck unterliegen. So hatte schon 1991 der so genannte Atkins-Report der Europäischen Union die Rolle der freischaffenden Architekten und der beratenden Ingenieure im Baugeschehen nur noch als Nische bezeichnet und sie zu Subunternehmern der Hauptauftraggeber erklärt.

Wenn es weiter stimmt, was Dr. Rall von McKinsey Deutschland im Januar dieses Jahres beim Jahresempfang des Bundes Deutscher Architekten in Stuttgart sagte, dass nämlich 90 bis 95 % der Dienstleistungen unter Globalisierungsdruck kämen und traditionelle Berufskonzepte massiv infrage gestellt würden, stellt sich für uns Republikaner ernsthaft die Frage, Herr Minister, ob die vorgeschlagene Novellierung des Architektengesetzes ausreicht, damit die Architekten im verschärften Wettbewerb eine Chance haben. Dies umso mehr, als in Baden-Württemberg 90 bis 95 % der Architekten in Kleinbetrieben arbeiten – im Gegensatz zu anderen Ländern. Das ist natürlich auch ein Problem.

Ein Warnsignal ist auch – deswegen muss man es schon heute hier diskutieren –, dass der Import von Architektendienstleistungen in Deutschland den diesbezüglichen Export um ein Mehrfaches übersteigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Deshalb stimmen wir ja zu!)

Ein positives Beispiel wäre Dänemark, das bereits 50 % seiner Architektendienstleistungen exportiert.

Seit einigen Jahren ist nun auch das Berufsfeld der Architekten im Wandel. Die traditionelle Trennung zwischen Planung und Ausführung ist im Schwinden begriffen; die Planungs- und Bauaufgaben werden komplexer.

Rolf-Hans Sommer von der Architektenkammer Baden-Württemberg hat deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass die zunehmende Anonymität der Auftraggeber, die Neigung zu Leasingmodellen, die Verschlangung der Bauverwaltungen sowie das Outsourcing von Projektsteuerungsleistungen an Dritte zu einem Verlust der Identifikation des Bauherrn mit dem Objekt und dem Projekt führe.

Dazu kommt, dass der Kostendruck im zunehmenden Wettbewerb schon sehr früh zu einer Festlegung auf Generalübernehmer oder Generalunternehmer führt. Dies gilt im Übrigen auch bei öffentlichen Aufträgen. Frau Fauser, darüber haben wir ja vor zwei oder drei Monaten etwas bei der LBS gehört. Da wurde gerade dieses Thema angesprochen.

Demgegenüber empfiehlt Sommer – übrigens Ihr Parteifreund, Frau Fauser – das Modell des Generalplaners als Treuhänder des Bauherrn, der auch eine ständige Einflussnahme des Auftraggebers in das Planungs- und Baugeschehen ermöglicht. Aus diesem Grund ist es auch vernünftig, die Möglichkeiten einer verbesserten Zusammenarbeit einerseits zwischen den Architekten, andererseits aber auch mit den Ingenieuren und Stadtplanern zu verbessern. Deshalb halten wir Republikaner die Einführung der Architekten-GmbH auch für richtig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also! – Minister Dr. Döring: Also!)

– Aber das ist nicht der entscheidende Punkt, Herr Döring. Seien wir jetzt nicht so schnell und machen das einfach. Wir müssen uns als Parlamentarier auch einmal Zeit nehmen, um die Fragen auszudiskutieren. Das ist doch gar keine Frage.

(Deuschle)

(Abg. Schmiedel SPD: Was für eine Frage denn? – Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Dazu gibt es doch den Ausschuss, Herr Deuschle!)

Was die verbesserte praktische Ausführung durch einen erfolgreichen Hochschulabschluss und die stärkere Einbeziehung von Bauordnung und Bauplanungsfragen betrifft, tragen wir die Vorschläge mit.

(Abg. Schmiedel SPD: Na also!)

Für uns Republikaner stellt sich aber noch die Frage, Herr Minister, ob das deutsche Wettbewerbsrecht mit einem weitgehenden Werbeverbot – das ist übrigens einzigartig im EU-Raum – noch länger zu halten ist. Dieses Werbeverbot benachteiligt Architekten auch massiv gegenüber Bauträgerfirmen.

Als Fazit ergeben sich für uns zwei Punkte:

Erstens: Der Gesetzentwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung, und die Fraktion Die Republikaner wird ihm zustimmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Na also! – Abg. Schmiedel SPD: Na also, jetzt langt's!)

– Nicht immer „also“! Bedenken Sie auch den zweiten Punkt: . . .

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Redezeit ist zu Ende!)

Abg. Deuschle REP: . . . Er ist nicht ausreichend, um den Wandel innovativ zu steuern.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Schöffler SPD: Kurz machen! – Gegenruf des Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Der Herr Kurz ist draußen!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Keitel den Entwurf kompetent vorgestellt hat und Herr Schmiedel und Herr Hofer sich logischerweise rasch angeschlossen und dem zugestimmt haben, kann ich Ihnen versichern, dass ich eine gut ausformulierte Rede und außerdem drei kompetente Mitarbeiter aus dem Ministerium dabei habe. Von daher könnten wir hier längere Ausführungen machen und eine längere Vorlesung halten.

Zusätzlich zu der Tatsache, dass die meisten diese Vorlage so, wie wir sie eingebracht haben, für richtig und notwendig erachten, können wir, Herr Kollege, außerdem auch zwei Punkte aus Ihren Ausführungen beantworten. Erstens können wir die Frage beantworten, ob die internationale Wettbewerbsfähigkeit dadurch gestärkt wird. Diese Frage wird von der Architektenkammer mit einem klaren Ja beantwortet. Dies ist erst neulich wieder deutlich geworden, als die Verabschiedung des Präsidenten und die Einführung des neuen Präsidenten anstanden. Dabei ist das sehr deutlich geworden.

Die Frage der Werbung betrifft eine Selbstauflegung der Architekten, die diese Werbehandhabung so regeln, wie sie geregelt ist, sodass auch hier kein Änderungsbedarf besteht.

Daher bin ich für die Landesregierung und für das zuständige Ressort dankbar für die breite Unterstützung im Haus und freue mich darüber.

Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache über den Gesetzentwurf keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/3715, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 12/3537, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Architektengesetzes

mit den Nummern 1 bis 13. Ich glaube, wir können über den Artikel insgesamt abstimmen. Wer dem Artikel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Artikel 1 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Übergangsregelung

Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist auch der Artikel 2 einstimmig angenommen.

Ich glaube, für den Artikel 3 kann ich das Gleiche ohne förmliche Abstimmung feststellen. Er ist einstimmig angenommen.

Aufgerufen ist

Artikel 4

Inkrafttreten

Ich stelle Zustimmung fest.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 24. März 1999 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dies ist nicht der Fall. Damit ist dieses Gesetz einstimmig verabschiedet.

Die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung – da war ein Bericht angefordert – ist durch das Schreiben des Staatsministeriums vom 24. März 1999 betreffend Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes erledigt. Sie stimmen der Erledigerklärung zu.

Damit, meine Damen und Herren, ist der Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Dezentrale Ressourcenverwaltung bei der Polizei – Drucksache 12/1225

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Zuruf von der SPD: Ja wem denn?)

Herr Abg. Redling, Sie haben das Wort.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat mir vor etwa einer Stunde mitgeteilt, dass er in seinem Hause einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der dezentralen Ressourcenverwaltung bei der Polizei hat. In Anbetracht dessen, dass wir, nachdem er den Bericht dem Landtag zuleiten möchte, dann mit den Erkenntnissen des Berichts diskutieren können, bitte ich, unseren Antrag abzusetzen. Wir werden danach schauen, wann wir über den Bericht und über unseren Antrag beraten.

Herr Präsident, das ist mit den Fraktionen abgesprochen.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. Das hohe Haus stimmt der Absetzung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 9 zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Programme des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 12/1247

Das Präsidium hat für die Aussprache gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort hat Herr Abg. Nagel.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte gründet auf einem Antrag von uns vom 21. März 1997, also von vor zwei Jahren.

(Zuruf von der CDU: Zurückziehen!)

Das Thema hat aber nichts an Aktualität verloren. Nach wie vor brauchen arbeitslose Menschen, vor allem junge

Menschen und Langzeitarbeitslose, unsere Hilfe, auch durch die bestehenden Landesprogramme.

(Beifall bei der SPD)

Vor wenigen Wochen haben wir gemeinsam im Sozialausschuss festgestellt, dass die Zahl der Menschen, die sich in der Langzeitarbeitslosigkeit befinden, besorgniserregend gestiegen ist. Rund 36 % der baden-württembergischen Arbeitslosen sind länger als ein Jahr arbeitslos. Der Ausschussvorsitzende, der Kollege Mühlbeyer, hat dies auch ausdrücklich bestätigt und untermauert.

(Zuruf von der SPD: Er ist nicht da!)

Wir waren uns auch einig, dass wir gemeinsam diesem Personenkreis nachdrücklich helfen wollen.

Im Bereich des Programmes Jugend – Arbeit – Zukunft hat vor wenigen Tagen die Jugendenquête eine Beschlussempfehlung gegeben, die beinhaltet, dass das Landesprogramm Jugend – Arbeit – Zukunft dem jeweiligen Bedarf anzupassen ist.

Bis zu diesem Punkt hatten und haben wir einen breiten Konsens aller hier im Landtag vertretenen Parteien.

Aber jetzt haben wir Folgendes festzustellen: Im Bereich des Programms des Landes für Langzeitarbeitslose haben wir einen Rückgang von ca. 20 % der geförderten Arbeitsplätze zu verzeichnen, nämlich von 1 600 auf 1 300. Im Programm Jugend – Arbeit – Zukunft ist die Anzahl der geförderten Jugendlichen zwar leicht gestiegen, aber bei den konkreten Beschäftigungsmaßnahmen ist ein Rückgang von 2 300 auf 1 400, also ein Rückgang von 40 %, zu verzeichnen – und dies auf einem Feld, in dem man bis zu 70 % Erfolgsquoten beim Übergang vom zweiten in den ersten Arbeits- oder Ausbildungsmarkt hat.

Wenn man nun noch sieht, dass im Nachtragshaushalt 1999 bei der beruflichen Eingliederung Arbeitsloser – also sprich Landesprogramme – um 1,75 Millionen DM gekürzt wird, dann passt dies nicht mehr zusammen. Nicht Kürzungen in diesem Bereich sind angesagt, sondern Aufstockungen, damit den jungen Menschen und den Langzeitarbeitslosen in unserem Land wirkungsvoll geholfen werden kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nach wie vor Bedarf gegeben. Es gibt Anträge potenzieller Träger von Beschäftigungsmaßnahmen, die mangels Masse abgelehnt werden. Dies ist nicht akzeptabel.

(Abg. Haas CDU: Wie viel wollen Sie denn, Herr Nagel?)

In den Beratungen über den Nachtragshaushalt werden wir entsprechende Aufstockungsanträge stellen.

(Abg. Haas CDU: Wie hoch?)

Ich bitte die Sozialpolitiker der anderen Fraktionen um Unterstützung. Wir sollten damit zeigen, dass es uns Ernst ist mit der Hilfe für arbeitslose Menschen, gleich ob junge

(Nagel)

oder alte. Auch sie alle haben ein Recht auf Zukunft. Und man wird uns nicht an unseren Reden, sondern an unseren Taten messen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit insgesamt sind keine in Baden-Württemberg produzierten Probleme. Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit insgesamt sind ein weltweites Problem, und deswegen müssen wir Problemlösungen suchen und finden, die diesem entsprechen.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Lösungsansätze sind zuallererst programmatische und gesellschaftliche Herausforderungen. Der Antrag der SPD, Herr Nagel, zielt nahezu ausschließlich auf Förderprogramme und finanzielle Regelungen ab. Diesen Ansatz betrachte ich als grundsätzlich falsch. Wir müssen Strukturen verändern, damit Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche und für Arbeitslose langfristig gesichert werden können.

Ich füge ein Weiteres hinzu: Die Wirtschaft will und braucht keine Geschenke und Subventionen, sondern sie braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Nun ein paar Sätze zu den Programmen in unserem Land. Es ist sicher richtig, dass wir ausgezeichnete Programme haben. Ich habe etwas andere Zahlen vorliegen als Sie, Herr Nagel. Sicher wird der Sozialminister nachher die richtigen Zahlen nennen, die zum Programm Jugend – Arbeit – Zukunft oder zu den Beschäftigungsprojekten und den Programmen für Langzeitarbeitslose zu verzeichnen sind.

Sein Amtsvorgänger, Herr Minister Vetter, hat gesagt, es müssten Brücken zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose gebaut werden. Dies kann ich unterstützen, und dem kann ich zustimmen. Mein Kollege Wieser und ich haben uns verschiedene Maßnahmen angeschaut, und ich kann deren Notwendigkeit bestätigen.

Ich möchte noch ein paar grundsätzliche Sätze zur Jugendarbeitslosigkeit sagen.

Zuerst möchte ich allen Handwerkern, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Führungskräften aus Industrie, Handwerk und Handel ein herzliches Danke sagen für die kontinuierliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Die Bereitschaft dieser Personen, Jugendliche in ihr Unternehmen zu nehmen, hat mehr Jugendlichen zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen verholfen, als staatliche Förderprogramme dies je bewirken können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in unserem Land auch ausgezeichnete Maßnahmen anderer Art. Ausbildung ist die Grundlage für die Umsetzung der Kreativität und Innovationskraft der Jugend.

Ein weiterer Punkt: Das Betreuen von Jungunternehmen durch das ifex, durch die Aktion „Senioren helfen Junioren“. Bei den Kammern und den kommunalen Wirtschaftsförderungen hat das Land die Ziele mit diesen Unternehmen richtig und langfristig gesetzt. Finanzierungsprogramme, unabhängig davon, ob als Kredit bei einer Existenzgründung, einer Produktentwicklung oder einer Messebeteiligung, sind wichtiger als AB-Maßnahmen in unserem Land.

Die Hauptschulen und Förderschulen müssen in unser Augenmerk kommen. Sie finden auf diesem Gebiet nirgends eine bessere Grundlagenarbeit als bei uns in Baden-Württemberg. Genauso müssen die Realschüler und die Gymnasiasten durch die Betriebe mit mehr Informationen versorgt werden. Wir hatten bei uns in Spaichingen Hochschultage. Ich konnte dabei feststellen, dass die Schüler, die Unternehmen und die Universitäten einen ausgezeichneten Dialog gehabt haben.

Einen Schlusssatz möchte ich sagen: Der Antrag der SPD, den ich gründlich durchgelesen habe, beinhaltet insgesamt 20 administrative Fragen, aber keinen einzigen Verbesserungsvorschlag.

(Abg. Nagel SPD: Das ist eine Anfrage! – Abg. Wacker CDU: Nicht einmal in der Begründung!)

– Genau. – Dies drückt für meine Begriffe sehr genau aus, womit sich die SPD beschäftigt. Ich denke, es ist wichtiger, dass wir uns nicht mit Fragen beschäftigen, sondern damit, die Zukunft zu gestalten und zu bewältigen.

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einen Satz zu dem Problem der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht bloß aktuell, sondern seit langer Zeit, seit vielen Jahren und nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, wird jeder leicht über die Lippen kriegen. Und scheinbar ist die Verständigung darüber, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit in unserem Land das dringendste und wichtigste politische Problem ist, leicht herzustellen.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Lassen Sie mich dennoch nach der jetzt gehörten Rede des Kollegen Schuhmacher einen Einwand bringen. Die schwierigste und zugleich vorrangigste politische Aufgabe besteht offensichtlich darin, einen Konsens über die Ausgangslage herzustellen.

(Abg. Haas CDU: Nein, überhaupt nicht!)

Die dramatischen qualitativen Veränderungen unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen erfordern einen grundlegenden Politikwechsel gegenüber dem, was zuvor 16 Jahre in unserem Land gemacht worden ist. Es geht nicht bloß um

(Dr. Hildebrandt)

den Umfang der Arbeitslosigkeit, sondern auch um ihre Struktur. Das heißt, dass wir immer mehr Langzeitarbeitslose haben, für die das, was der Kollege Schuhmacher hier erwähnt hat, wie Hohn klingen muss, weil es ihnen in ihrer Lage nicht hilft. Es ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, die wir haben. Sie ist zwar zahlenmäßig zurückgegangen, ist aber immer noch so hoch, dass die Maßnahmen, die wir treffen, bisher nur einen Bruchteil der Jugendlichen wirklich erreicht haben.

Das ist die Ausgangslage. Über allgemeine Appelle zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit hinaus besteht offensichtlich keine Einigkeit,

(Abg. Haas CDU: Das sieht man an der Unterschiedlichkeit der Bundesländer!)

diese Ausgangslage nüchtern und ohne ideologische Scheuklappen zu beschreiben.

Die Jugendenquête stellte eindrücklich einen Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen und Angeboten für die arbeitslosen Jugendlichen auf der Ebene der Beschäftigung und der Qualifizierung fest. Gleichzeitig haben wir die Situation, dass das Programm Jugend – Arbeit – Zukunft wegen der globalen Minderausgabe, die beschlossen ist, gekürzt wird und dass die Sicherheit aufseiten der Träger wegen der zu erwartenden Kürzungen nicht gegeben ist, dass sie immer in der Situation sind, kurzfristig damit rechnen zu müssen, dass eine Fortführung der Förderung nicht möglich ist.

(Abg. Haas CDU: Nein! Das stimmt nicht!)

Wir haben jedes Mal – das wissen auch Sie, lieber Kollege – auch Feuerwehreaktionen gehabt, die eingesetzt werden mussten und die erst auf Fingerzeig und mit ein bisschen Aufstand und Rührerei in die Gänge kamen. Dass sie in die Gänge kamen, wird ja von uns einmütig befürwortet, aber es war auch nötig, dass das gemacht wird.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Im Bericht der Jugendenquête findet sich auch ein Hinweis auf die Vorgaben der Diskussion in der Europäischen Union, und im Rahmen der Diskussion der nationalen Aktionspläne hat die Europäische Union ein herausragendes und bedeutendes Defizit gerade der deutschen Politik festgestellt, nämlich bei den Langzeitarbeitslosen und bei den fehlenden Chancen für Frauen, ausreichend Arbeitsplätze zu finden.

Die Herausforderung an unsere Arbeitspolitik besteht in vier Eckpfeilern, die die neue Bundesregierung auch angegangen ist: jungen Menschen einen Einstieg in das zukünftige Erwerbsleben zu eröffnen, Frauen einen Zugang zur gleichberechtigten Teilnahme an Erwerbsarbeit zu ermöglichen, gering Qualifizierten und sozial Benachteiligten einen Zugang zum Erwerbsleben zu schaffen und Eltern zeitgemäße Lösungen anzubieten, um Familien- mit Erwerbsarbeit vereinbaren zu können.

(Abg. Haas CDU: Das ist beschränkt auf 100 000! Das ist das Problem!)

– Diesen Einwand von Ihnen, dass Sie auf die Beschränkung auf 100 000 hinweisen und sagen, dass die Angebote,

die jetzt durch das neue Programm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemacht wurden, noch nicht ausreichen, höre ich gern. Vorher waren die Auseinandersetzungen ja immer so, dass das, was wir vorgeschlagen haben, Ihnen an Belastungen der öffentlichen Politik immer viel zu weit ging.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Quatsch!)

Wenn Sie meinen, dass das nicht ausreicht, dann sage ich: Welcome to the club! Ich bin sehr erfreut über diese Art der Diskussion.

Wenn Sie die Presseerklärung des Vorsitzenden des Sozialausschusses gelesen haben, dann haben Sie gesehen, dass da offensichtlich auch bei der CDU ein gewisses Umdenken stattfindet. Im Bundestag sind Sie noch mächtig gegen das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit angegangen; dort haben Sie anerkennen müssen, dass durch die Maßnahmen eine große Zahl von Jugendlichen angesprochen worden ist, Angebote gemacht worden sind.

(Abg. Haas CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Moment! – Ich weiß selbst, dass das angesichts der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nur ein Bruchteil ist, aber wir müssen das ja bloß mit dem vergleichen, was vorher der Fall war, und da werden Sie mir zustimmen, dass das ein entscheidender und positiver Schritt in eine richtige Richtung ist.

Bitte schön, Herr Kollege.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Abg. Haas.

Abg. Haas CDU: Herr Kollege, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir unter anderem die Finanzierung dieses Programms kritisiert haben, dass nämlich Geld von der Bundesanstalt für Arbeit verwendet wird und keine Steuermittel verwendet werden, wie es eigentlich sein müsste? Es sind Rückflussmittel unter anderem aus Baden-Württemberg in der Größenordnung von 150 Millionen DM, und wir bekommen nur 131 Millionen DM. Das haben wir kritisiert. Die Aktion an sich kann man natürlich nicht kritisieren. Das ist in Ordnung; natürlich ist es viel zu wenig, und Sie sollten auch, wenn ich das hier fragen darf,

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

einmal die spannende Frage beantworten, wo denn für Sie die Grenze ist. Wir haben 100 000 Langzeitarbeitslose; 1 300 sind im Programm.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Wo ist für Sie die Grenze?

(Zurufe von der SPD: Frage!)

– Ja, die Frage ist: Wie viel sollen in das Programm hinein? 1 600, 1 900, 2 100, 50 000 oder 100 000? Das ist doch die spannende Frage: Wo ist für Sie die Grenze?

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Zum ersten Teil Ihrer Frage muss ich Sie daran erinnern, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wolfgang Schäuble, im Bundestag das böse Wort vom Herunterholen der Jugendlichen von der Straße gebraucht und davon gesprochen hat, das sei bloß eine Kompensationsmaßnahme und nicht geeignet, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern. Da ging es nicht um die Qualifizierung, sondern da ging es um das Runtermachen dieses Ansatzes und nicht darum, was Sie gefragt haben.

Natürlich gibt es auch bei uns eine Grenze der Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte. Der entscheidende Punkt ist aber, welche Vorschläge gemacht werden und ob das, was bisher vorgeschlagen worden ist, auch tatsächlich durchgesetzt worden ist.

Lassen Sie mich noch einmal dazu kommen, was das Land zusätzlich dazu tun kann. Es ist ja nicht nur so, dass diese Programme die arbeitslosen Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen qualifizieren müssen, damit sie in die Lage kommen, wieder eine Arbeitsstelle anzunehmen. Es ist doch umgekehrt: Wir müssen Verhältnisse schaffen, damit die Arbeitsplätze, die die Arbeit Suchenden brauchen, überhaupt angeboten werden. Denn es liegt kein Selbstverschulden bei Arbeitslosigkeit vor. Natürlich haben wir auch Leute, die aufgrund von Behinderungen oder Handicaps nicht in der Lage sind, ohne weiteres jeden Arbeitsplatz anzunehmen, aber das Hauptproblem ist – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Ja. Ich darf Sie bitten, die Zwischenfrage, die ja auch sehr lang war, nicht auf meine Redezeit anzurechnen.

Stellv. Präsident Weiser: Ich habe schon eineinhalb Minuten zugegeben.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Hauptpunkt ist, dass wir auch die Arbeitsplätze anbieten müssen. Da aber ist es so, dass immer mehr Arbeitsplätze im Niedrigqualifikationsbereich verloren gehen und wegbrechen.

Was muss man also tun? Man muss zum Ersten die Wirtschaftsförderung mit der Beschäftigungsförderung kombinieren. Man muss zum Zweiten die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung regionalisieren und den Initiativen, die es in den Regionen schon gibt, die nötigen Hilfestellungen geben. Zum Dritten muss man den Bereich der „Sozialökonomie“, so sage ich einmal, also der gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften, endlich als Bereich unserer Wirtschaft anerkennen,

(Abg. Haas CDU: Das machen wir doch!)

statt sie nur als Drehtür zu benützen.

(Abg. Haas CDU: Das machen wir seit 1989!)

Hier bedarf es einer Stetigkeit,

(Abg. Haas CDU: Seit zehn Jahren!)

weil wir nur mit einer stetigen Förderung in der Lage sind,

(Abg. Haas CDU: Seit zehn Jahren machen wir das, Herr Kollege!)

Langzeitarbeitslose allmählich wieder in das Arbeitsleben zu integrieren.

Lassen Sie mich einen Schlusssatz sagen.

Stellv. Präsident Weiser: Einen Schlusssatz, ja.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Es gab ja im Januar eine große Ankündigung des Wirtschaftsministers, dass ein Bündnis zur Beschäftigung, Innovation usw. gebildet werde. Ich habe das durchgesehen, vermisse aber wirklich qualitativ neue Vorschläge über das hinaus, was es bereits gibt. Das gilt sowohl für diese Initiative als auch für die Vorschläge zur regionalen Verbesserung, zum Beispiel für Mannheim, Lörrach und den Ortenaukreis. Es gibt keinen einzigen Vorschlag, der über das bisherige Angebot hinausgeht, und die Enttäuschung über die Politik der Landesregierung ist in diesen Regionen groß. Ich möchte Sie bitten, das zu ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte nachdrücklich die Ausführungen von Herrn Schuhmacher unterstreichen. Die Wirtschaft muss mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wir brauchen Investitionen im Lande. Nur so können wir langfristig Arbeitsplätze schaffen.

Die Weichenstellung durch die alte Regierung hat deutlich gemacht, dass aufgrund der Entlastung der Wirtschaft im Jahr 1998 in vielen Branchen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und dass die Arbeitslosenzahlen flächendeckend zurückgingen, ganz besonders in Baden-Württemberg.

Wir brauchen ein Klima, in dem die Firmen Mut zu Investitionen in die Zukunft haben. Die Idee einer dauernden Töpfchenpolitik, hier irgendetwas zu finanzieren und dort etwas zu finanzieren, Herr Dr. Hildebrandt, wird nicht weiterführen. Wenn wir sagen, wir wollten die Arbeit weiter umverteilen, die Zeit der Bescheidenheit sei vorbei, wir strebten die 30-Stunden-Woche an, wird uns das in Zukunft in eine weitere und gravierende Arbeitslosigkeit führen, und dies wird die Jugend ausbaden müssen.

Für uns alle – das ist keine Frage – ist es ein ganz wichtiges Anliegen, dass die jungen Menschen im Arbeitsleben Fuß fassen. Wir müssen, wo immer es geht, die Langzeitarbeitslosigkeit begrenzen und Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung treffen. Das wird auch flächendeckend getan.

Wie bereits in der Stellungnahme zu Ihrem Antrag ausgeführt, kann man aus verminderten Ausgabeansätzen bei einzelnen Titeln nicht generell auf Kürzungen in bestimmten Förderbereichen schließen, da die Titel gegenseitig deckungsfähig sind. Dadurch werden die verschiedenen Bereiche je nach Bedarf finanziert bzw. abgedeckt.

(Beate Fauser)

Beim Landesprogramm Jugend – Arbeit – Zukunft werden ca. 140 Maßnahmen gefördert. Wir haben, wie bereits im Januar ausgeführt, in den letzten sieben Jahren 153 Millionen DM für verschiedene Förderprogramme ausgegeben. Die Behörden sind angewiesen, Fortsetzungsbewilligungen zu erteilen. Man kann sagen: Viele dieser Programme haben sich außerordentlich gut bewährt. Zumindest kann ich das für meinen Wahlkreis Calw sagen, wo überaus erfolgreiche Arbeit erbracht wird – auch von den Arbeitsämtern, um das einmal deutlich hervorzuheben.

Darüber hinaus leistet der Wirtschaftsminister hier im Lande ganz hervorragende Arbeit, die Spitzengespräche zeitigen große Erfolge. Wir brauchen nicht erst ein Bündnis für Arbeit; wir haben schon ein Bündnis für Arbeit. Der laufende Aufruf der Firmen in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, dass wir 5,2 % mehr Lehrverträge im Lande hatten und dass wir, wie Sie wissen, die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit und die niedrigste Arbeitslosigkeit insgesamt haben.

Es wird in Zukunft ganz besonders wichtig sein, neue Ausbildungsformen voranzutreiben. Wir brauchen Ausbildungsberufe, die von der Wirtschaft nachgefragt werden. Hier gibt es viele Bereiche, die es noch weiter zu fördern gilt. Aber ich darf Ihnen versichern: Im Baubereich zum Beispiel werden schon wieder junge Mitarbeiter gesucht, und sie sind nicht zu finden. Wir brauchen flexible Ausbildungsformen, um die Innovationsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg zu erhalten.

Wie Sie alle wissen, wurden im letzten Jahr 27 neue Ausbildungsberufe geschaffen. Dies trägt dazu bei, dass in Zukunft junge Leute mit einer entsprechenden Ausbildung auch am Arbeitsmarkt eine Chance haben.

Darüber hinaus kann man nur immer wieder betonen: Es ist wichtig, nicht nur eine Stufenausbildung im Baubereich zu haben, sondern auch eine Fachwerkerausbildung für diejenigen jungen Leute, die im Theoretischen gewisse Probleme haben, aber praktisch sehr begabt sind, zu bekommen. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, zu einem Abschluss zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen wurde im Land Baden-Württemberg durch viele Beschäftigungsprojekte gefördert. Wir haben inzwischen über 65 Projekte. Mit Sicherheit wäre es wünschenswert, das eine oder andere Projekt noch stärker aufzubauen oder weitere Anschlussbewilligungen vorzunehmen. Dies erfolgt auch in großem Umfang.

Die AB-Maßnahmen, die vom Sozialministerium zum Teil zurückgeführt wurden, wurden über die Bundesprogramme, die bereits im Januar 1998 gefördert wurden, ausgeglichen. Wir haben dabei AB-Maßnahmen durchgeführt genauso wie die Unterstützung Arbeitsloser in die Selbstständigkeit, die Eingliederung von Spätaussiedlern, die Förderung von beruflicher Ausbildung, die Bezuschussung von Arbeitgebern, die benachteiligte Personen einstellen. In dieser Richtung müssen wir weitermachen.

Abschließend möchte ich sagen, meine Damen und Herren: Wenn die Wirtschaft im Land durch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes weiter so verunsichert wird, wie dies im letzten halben Jahr der Fall war, wird dies schlimme Auswirkungen haben. Deshalb ist nur zu hoffen, dass sich Herr Hombach in Bonn durchsetzt und dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, in Bonn versuchen, Ihren Sachverstand mit einzubringen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der
CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei Arbeitslosenzahlen zwischen 4 Millionen und 7 Millionen – je nachdem, ob man Frühpensionierte oder in AB-Maßnahmen Stehende einbezieht – darf der Staat nicht den Nachtwächter spielen. Andererseits sehen wir in staatlichen Beschäftigungsprogrammen keinen Königsweg zur Lösung des Arbeitslosenproblems. Denn der Staat wird niemals durch eigenes mittels produktiver Arbeit verdientes Geld aktiv, sondern immer durch Geld, das er seinen Bürgern zuvor weggenommen hat oder anschließend wegnimmt und womit er andernorts Beschäftigung dezimiert oder verhindert hat. Arbeitsplätze, die nicht aus dem Markt heraus entstehen, haben keinen dauerhaften Bestand, sondern bestehen nur so lange, wie sie am staatlichen Subventionstropf hängen. Anders zu beurteilen sind Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Ziel, die davon Betroffenen anschließend wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern.

Das Landesprogramm Jugend – Arbeit – Zukunft hat in den letzten Jahren, je nach Maßnahmeart, Erfolgsquoten zwischen 53 und 73 % auszuweisen und sollte daher weitergeführt werden. So gern wir diesen Erfolg anerkennen, so müssen wir aber auch hier anmerken, dass sich der Staat dabei gleichsam als Reparaturbetrieb für vorangegangenes schuldhaftes Tun betätigt.

Die Liste des politischen Versagens ist lang. Sie beginnt bei einer völlig verfehlten Schulpolitik, speziell in den SPD-geführten Bundesländern, und einer quasi nicht existenten Familienpolitik, die dazu noch kombiniert mit der Ideologie der Emanzipation die Frauen ihrer Mutterrollen entfremdet hat.

(Zurufe von der SPD)

Die Folgen davon sind eine zunehmende Anzahl junger Menschen, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten bis hinein in den universitären Bereich lebensuntüchtig und ziellos herumirren und bestenfalls noch die Couchen von Psychiatern bereichern.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Nach einer neuesten Veröffentlichung leben in Deutschland ca. 3 Millionen Analphabeten. Sie sind für eine Lehre völlig untauglich. Zumeist handelt es sich dabei um Ausländer, die durch eine törichte und gegenüber dem eigenen

(Herbricht)

Volk nur als verantwortungslos zu bezeichnende Politik ins Land geholt wurden bzw. hier geduldet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Der Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsens, Prof. Dr. Hamer, schrieb am 5. März in der „Junge Freiheit“ – ich zitiere –:

Bei Änderung des Gastarbeiterrechts könnte die deutsche Arbeitslosigkeit vollständig ausgetrocknet werden. Da aber unsere Politiker nicht mehr national, sondern europäisch und „global“ sein wollen, dürfen solche internationalen Teilgründe unserer Arbeitslosigkeit auch nicht genannt und nicht gelöst werden.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Anstatt nun diese ausländischen Dauerarbeitslosen plus Familien in ihre Heimatländer zurückzuschicken, legt die SPD-geführte Bundesregierung ein 2-Milliarden-DM-Sofortprogramm auf, das insbesondere ausländischen benachteiligten und behinderten Jugendlichen zugute kommen soll. Dies ist vom Standpunkt der christlichen Nächstenliebe lobenswert, verkennt aber offensichtlich völlig, dass ein Sozialstaat nur das verteilen kann, was die ihn tragenden Eliten wie seine Kaufleute, Ingenieure und Facharbeiter zuvor erwirtschaftet haben. Den Nachwuchs dafür gilt es vorrangig zu fördern.

In den Ausbildungsberufen im Bereich der Medien und der Informationstechnologie stehen zurzeit 13 000 junge Leute. Nach Prognosen wird die Nachfrage nach Spezialisten in diesem Bereich in den nächsten fünf Jahren auf 300 000 ansteigen. Anstatt die knappen finanziellen Mittel in sinnvolle Ausbildungsprojekte zu stecken, verplempern Sie große Teile zur Rettung Ihres ideologischen Blendwerks einer multikulturellen Gesellschaft.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein weiterer Grund für die hohe Arbeitslosigkeit ist, dass niemand in Europa die Steuern, Sozialabgaben, Gebühren und Beiträge so hemmungslos erhöht hat und damit den heimischen Standort so rücksichtslos verteuert und geschädigt hat wie die deutsche Politik selbst.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Folgen dieser Politik sind, dass der Sozialstaat als Ganzes nun bedroht ist. Die Wirtschaftswissenschaft hat für diesen Prozess einen untrüglichen Gradmesser, der als Arbitrage, als Ausweichverhalten bezeichnet wird. Es liefert den Schlüssel für die Antwort auf die Frage, wie viel Soziales eine Marktwirtschaft verträgt. Ausweichstrategien lassen sich in Deutschland momentan auf drei wesentlichen Feldern erkennen.

Zum einen gibt es ein unternehmerisches Ausweichverhalten, das mit den Begriffen Rationalisierung, Schattenwirtschaft und Standortverlagerung umschrieben werden kann, zum anderen gibt es individuelle Ausweichstrategien wie Steuer-, Abgabehinterziehung, Sozialmissbrauch und Freizeitmaximierung. Die dritte generelle Tendenz im politischen Bereich – da sind wir gemeint – ist die Erhöhung des

Gegenwartskonsums auf Kosten nachfolgender Generationen.

Der Staat kann eine aktive beschäftigungspolitische Rolle, wie es manche wollen und fördern möchten, nicht erfolgreich übernehmen. Seine Aufgabe ist es vielmehr, für die geeigneten Rahmenbedingungen zu sorgen. Im Einzelnen sind dies eine Senkung der Steuern, wobei eine Steuersenkung, die sich selber finanziert oder durch irgendwelche Gegenfinanzierungen zu decken ist, überhaupt keine ist, des Weiteren verantwortungsvolle Tarifabschlüsse, die knapp unterhalb des Produktivitätsfortschritts liegen sollten, denn nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und eine Rückführung der staatlichen Regulendichte in allen Bereichen. Eine effiziente Bildungspolitik ist gleichfalls Voraussetzung. Hinzu kommen die Unterbindung ungewollter Zuwanderung und Rückführungsmodelle für dauerarbeitslose Ausländer. Um dies zu erreichen, müssen wir weg von einer Art Spielwiesenpolitik, bei der jede politische Gruppierung ihre jeweilige Klientel hätschelt, und hin zu einer schonungslosen Gesamtanalyse, der letztlich eine Gesamtlösung folgen muss.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz auf die Arbeitsmarktdaten in Baden-Württemberg im Februar 1999 eingehen.

Wir hatten im Februar 1999 in Baden-Württemberg eine Arbeitslosenquote von 7,1 % – 1998 waren es 7,8 % – und im Bund (West) von 9,7 %. Unter den Arbeitslosen in Baden-Württemberg sind 116 000 Langzeitarbeitslose, und von diesen Langzeitarbeitslosen sind 92 277 über 55 Jahre alt. Wir sehen hier schon die Problematik. Arbeitslose unter 25 Jahren, Jugendarbeitslose

(Anhaltende Unruhe – Abg. Nagel SPD: Die lesen alle „Titanic“! – Abg. Heiler SPD: Das ist lustiger als Ihre Rede! – Glocke des Präsidenten)

sind es 37 500. Sie sehen, im Ländervergleich sind wir überall positiv führend. Das kann uns selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in diesem Bereich tatsächlich noch große und ungelöste Probleme haben; denn jeder einzelne Arbeitslose, der arbeitswillig ist, ist ein Arbeitsloser zu viel. Darüber sind wir uns auch einig. Deswegen sollten wir an diesem Thema in der Tat intensiv arbeiten und sollten versuchen, den Arbeitslosen zu helfen, wieder Arbeit zu finden.

Wir haben das Problem gerade vieler Jugendlicher, dass sie eine mangelnde Qualifikation mitbringen und auch schlechte Schlüsselqualifikationen haben und deswegen zur Arbeit hingeführt werden müssen. Wir haben ja vor kurzem über dieses Thema hier an diesem Platze gemeinsam debattiert und dabei auch festgestellt, dass wir in Baden-Württemberg einen sehr starken Rückgang an Jugendarbeitslosigkeit haben, einen stärkeren Rückgang als in anderen Bundesländern, aber leider immer noch zu viele arbeitslose Jugendliche.

(Minister Dr. Repnik)

Das Land unterstützt im Arbeitsbereich prinzipiell alles, was von Bundesebene her kommt, auch von der Bundesanstalt für Arbeit. Auch das 100 000-Jobs-Programm wird von uns intensiv

(Abg. Haas CDU: Herr Hildebrandt, zuhören!)

mitbetreut, wobei ich dazu direkt sagen kann, weil das vorhin auch angesprochen worden ist: Dieses 100 000-Jobs-Programm ist wirklich ein Strohfeuer. Kein Mensch weiß bis jetzt, Herr Nagel, wie es weitergeht. Kein Mensch weiß es.

(Abg. Zeller SPD: Außer Ihnen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Außer Ihnen wissen es alle!)

Noch niemand hat bis jetzt gesagt, ob es im nächsten Jahr wieder finanziert wird.

(Abg. Zeller SPD: Es ist ja bekannt, dass das über zwei Jahre läuft! – Gegenruf des Abg. Haas CDU: Herr Zeller, davon verstehen Sie jetzt nichts!)

Ende dieses Jahres, Herr Zeller, ist es aus mit irgendwelchen Bewilligungen. Man muss dann wissen, wie es weitergeht. Wer jetzt Personal für dieses Programm aufbaut, weiß nicht, wie es in zwei Jahren mit seinem Personal weitergeht.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Er hat keine Sicherheit.

Es kommt noch eines hinzu, was auch interessant ist: Von unseren Programmen für Jugendarbeitslose geht schon einiges in das 100 000-Jobs-Programm hinein, weil es günstiger ist. Das heißt, wir haben offensichtlich genügend Maßnahmen in diesem Bereich, sodass Leute umsteigen können.

Eines muss auch noch einmal klar gesagt werden, was Herr Haas vorhin schon angesprochen hat. Das Programm war eine Mogelpackung. Die 2 Milliarden DM sind zwar richtig angelegt, überhaupt keine Frage. Aber es wäre gut, wenn wir wüssten, dass das in der Tat weitergeführt wird. Zweitens muss man auch klar und deutlich sagen: Es sind Gelder der Arbeitsverwaltung.

(Abg. Haas CDU: Der Beitragszahler, richtig!)

Nach Baden-Württemberg fließen davon 130 Millionen DM, und 150 Millionen DM gehen heraus. Auch damit haben wir wieder schlichtweg andere Länder finanziert.

(Abg. Haas CDU: Das ist Geld der Beitragszahler, nicht der Steuerzahler!)

Nichtsdestotrotz werden wir natürlich versuchen, bei den Programmen für Jugendarbeitslose und Langzeitarbeitslose weiterhin Schwerpunkte zu setzen. Wenn jetzt, Herr Hildebrandt, von Ihnen gesagt wird, die Träger hätten keine Sicherheit mehr, dann stimmt das schlichtweg nicht. Die Programme für Langzeitarbeitslose sind bis März 2000 ausgelegt und abgeschlossen, und die für Jugendarbeitslose werden demnächst endgültig bis zum März 2000 abgeschlossen. Die Träger haben Sicherheit und wissen auch, dass sie Sicherheit haben.

Wir haben wegen der globalen Minderausgabe im Nachtrag 1999 in der Tat 1,75 Millionen DM weniger einstellen können. Aber, Herr Nagel, alle Projekte wurden genehmigt, alle Projekte! Da Sie vorhin gesagt haben, wir hätten die Mittel im letzten Jahr so stark zurückgefahren, möchte ich Ihnen folgende Zahlen vorlesen:

Programm für Jugendarbeitslose: 1991 3 135 Teilnehmer, 1992 3 331 Teilnehmer, 1993 3 675 Teilnehmer, 1994 3 835 Teilnehmer, 1995 3 860 Teilnehmer, 1996 3 802 Teilnehmer, 1997 3 833 Teilnehmer und 1998 3 698 Teilnehmer. Von 40 % Rückgang kann überhaupt keine Rede sein. Die Zahlen haben sich etwa auf dem Niveau von 1994 stabilisiert.

Programme für Langzeitarbeitslose: 1993 1 301, 1994 1 477, 1995 1 608, 1996 1 641, 1997 1 481 und 1998 1 548. Auch diese Zahlen haben sich auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert. Wir haben allerdings 1996 die Richtlinien insofern verändert, als wir gesagt haben: Wir müssen mehr auf den ersten Arbeitsmarkt abheben und sollten gezielte Projekte durchführen und die Gelder effizient einsetzen.

Wir haben für das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von 1991 bis 1998 rund 104 Millionen DM ausgegeben und haben für das nächste Jahr schon weitere 14 bis 15 Millionen DM für derzeit 155 Projekte genehmigt.

Jährlich profitieren davon ca. 4 000 Jugendliche mit einem Erfolg von ca. 50 bis 75 % Übergangsquote. Das ist eine sehr, sehr gute Quote, wenn man weiß, wie schwierig diese Zielgruppe in der Tat ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die zweite Zielgruppe, die uns wirklich große Sorgen bereitet, ist die der Arbeitslosen, die seit über einem Jahr ohne Beschäftigung sind. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass von 130 000 über 90 000 über 55 Jahre sind. Wir haben große Schwierigkeiten, sie noch einmal in den ersten Arbeitsmarkt hinein zu bekommen. Das sage ich in aller Offenheit. Dennoch werden wir auch hier verstärkt die Förderungen weiterführen. Auch hier vielleicht eine interessante Zahl: Seit 1991 wurden hierfür 155 Millionen DM eingesetzt. Unsere Projekte sind bis März 2000 alle schon finanziert. Wir haben 64 solcher Projekte.

Wir werden natürlich in der Tat jetzt auch dafür Sorge tragen, dass durch neue Richtlinien die Förderungen den ersten Arbeitsmarkt erreichen. Wir haben da eine etwas andere Meinung als Sie. Wir werden nicht versuchen, diese Leute im zweiten Arbeitsmarkt geschützt zu behalten, sondern unsere Bemühungen müssen darauf ausgerichtet sein, dass sie in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Deswegen können Sie vielleicht auch sagen, hier werde aus Ihrer Sicht ein Stück weit zu wenig getan. Nein, wir wollen sie im ersten Arbeitsmarkt haben.

Wir gehen noch einen neuen Weg. Wir werden ab diesem Frühjahr versuchen, bei Langzeitarbeitslosen für eine begrenzte Zeit in acht ausgesuchten Stadtkreisen und Landkreisen mit dem so genannten Einstiegsgehalt zu operieren,

(Minister Dr. Repnik)

um gerade niedere Tätigkeiten stärker auf den Weg zu bringen, Herr Hildebrandt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

Sozialminister Dr. Repnik: Ja, sicher.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, natürlich kann das Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt geteilt werden. Könnten Sie mir aber auch zustimmen, dass umgekehrt das Problem dann nicht darin besteht, dass die Leute nicht arbeitsfähig sind oder Arbeiten nicht annehmen, sondern darin, dass diese Arbeitsplätze nicht vorhanden sind und die Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, dass dann Ihre Antwort nicht zureichend ist und mit den Maßnahmen, die auf der Subjektseite ergriffen werden, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit nicht vermindert werden kann?

(Abg. Haas CDU: Als Sie die Frage im Kopf formuliert haben, hat er die Antwort schon gegeben: Einstiegsgeld!)

Sozialminister Dr. Repnik: Zum Ersten: Ja. Zum Zweiten sind wir auf der Suche nach Möglichkeiten, wie man auch andere Tätigkeiten in der Tat für Arbeitsplätze wieder interessant machen kann. Ich habe das Einstiegsgeld als einen Weg bereits genannt.

Ich muss Ihnen klar sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade auch zur rot-grünen Seite hin: Voraussetzung für Arbeitsplätze sind immer Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Nur die Wirtschaft kann auf Dauer Arbeitsplätze schaffen. Förderprogramme können keine Dauerarbeitsplätze schaffen.

(Beifall der Abg. Hauk CDU und Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Die Verantwortung für beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen hat nun mal die Regierung in Bonn. Da muss ich schon sagen, dass ich nur sehr zaghafte, ja sogar beschäftigungsfeindliche Ansätze sehe, wenn ich daran denke, wie in der Steuerpolitik, in der Energiepolitik geeiert wird, was mit der Regelung für 630-DM-Jobs gemacht wird, wie die Reformen bei den Renten und den Krankenversicherungen aussehen. Das sind alles keine Dinge, die für Aufbruchstimmung in der Wirtschaft sorgen, sondern eher verunsichern und verwirren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dennoch sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in Ihre Richtung: Ich als Optimist setze auch hier auf das Prinzip Hoffnung.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erhält Herr Abg. Nagel.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch kurz auf meine Vorrednerinnen und Vorredner eingehen.

(Abg. Haas CDU: Nicht nötig!)

Herr Schuhmacher und Frau Fauser, wir sind gar nicht weit auseinander, wenn wir sagen: Das Ziel muss eine Beschäftigung oder eine Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt sein. Da sind wir völlig d'accord. Aber genauso müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, dass weder auf dem Ausbildungsmarkt noch auf dem Arbeitsmarkt genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

und dass wir deswegen auf den zweiten Arbeitsmarkt zurückgreifen müssen. Das ist doch Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

So wie in den letzten Jahren Arbeitsplätze abgebaut wurden und wir während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb auf eine Arbeitslosenzahl von viereinhalb Millionen gekommen sind, haben wir auch zu verzeichnen, dass in ähnlichem Maße weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Ich will hier ausdrücklich bestätigen, dass besonders kleine Unternehmen, Mittelständler und das Handwerk ihrer Verpflichtung nachgekommen sind, während in den großen Industriebetrieben immer mehr Arbeitsplätze und damit auch Ausbildungsplätze abgebaut wurden.

(Abg. Keitel CDU: Wie hält es der DGB? – Abg. Haas CDU: Wie viel Arbeitsplätze hat der DGB? Wie viel Arbeitsplätze stellt der DGB? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Genauso viel wie die CDU, Herr Haas. Jetzt fangen Sie doch nicht mit dieser billigen Tour an: „Wie viel Ausbildungsplätze stellt der DGB?“

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Das ist doch eine interessante Frage!)

– Natürlich haben wir Ausbildungsplätze. Das ist keine interessante Frage. Mein lieber Herr Haas, ich weiß, es ist Ostern, und da melden sich die Hasen verstärkt zu Wort.

(Unruhe)

Es geht doch darum – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Nagel SPD: Bitte, Herr Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Nagel, ist Ihnen bekannt, dass der Experte der IG Metall bei der Anhörung der Jugend-Enquetekommission zugesagt hat, die Zahl der Ausbildungsplätze bei der IG Metall insgesamt im ganzen Bun-

(Wacker)

desgebiet zu verdoppeln, nämlich von drei auf sechs Ausbildungsplätze?

(Vereinzelte Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Niveaulos! Die Frage zeichnet die Qualität des Fragenden aus! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Nagel SPD: Herr Wacker, ganz ruhig bleiben.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich freue mich zwar, dass das Plenum zu vorgerückter Stunde noch sehr lebhaft ist und der Debatte folgt. Ich bitte Sie aber, nun die Geräuschkulisse abzubauen.

(Abg. Zeller SPD: Vor allem bei solch „qualifizierten“ Zwischenfragen!)

Abg. Nagel SPD: Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass die CDU-Fraktion ein starkes Interesse daran hat, dass es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch mehr Gewerkschaftssekretäre gibt, die sich dann qualifiziert mit Ihrer miesen Politik auseinandersetzen.

(Fortgesetzte Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Es geht darum, dass wir den zweiten Arbeitsmarkt und den zweiten Ausbildungsmarkt brauchen. Wir haben allein in Baden-Württemberg 23 000 Jugendliche, die in einer Warteschleife sind, die zum Teil sicher von Defiziten begleitet sind. Aber das ist doch kein Grund, zu sagen: Wir wollen nur noch Weltmeister ausbilden. Vielmehr haben junge Menschen oder Langzeitarbeitslose oder ältere Menschen, die Defizite haben, ebenfalls einen Anspruch darauf, einen Weg in die Zukunft zu finden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Da ist nichts zu machen!)

Wir haben immer mehr Menschen, deren Fähigkeiten und deren Kenntnisse auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden. Wir könnten uns auf den Standpunkt stellen: Jetzt gibt es einmal eine AB-Maßnahme, und dann kommt derjenige in die Sozialhilfe, und das war es dann. Das kann doch nicht Ziel einer Politik sein, sondern wir müssen uns bemühen, dass auch dieser Personenkreis von Schwächeren in unserer Gesellschaft eine Chance bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Darin, Frau Fauser, unterscheidet sich unsere Politik ebenfalls wesentlich von der Politik der FDP/DVP.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme gern das Vergnügen wahr, noch einmal auf Herrn Nagel zu antworten. Zunächst einmal darf ich gerade zu Ihren allgemeinpolitischen Aussagen vermerken,

dass es gerade Bundeskanzler Gerhard Schröder war, der im Jahr 1997 als Kanzlerkandidat den Aufschwung proklamierte. Und kaum war er Bundeskanzler, besagten alle Zahlen, dass von Aufschwung überhaupt keine Rede mehr sein könne.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Haas CDU: 500 000 Arbeitslose!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, ist klar zu sagen – das zeigen die Zahlen auch, Herr Nagel; ich bitte Sie, sie zur Kenntnis zu nehmen –, dass wir in Baden-Württemberg seit 1997 einen Anstieg der Zahl der Ausbildungsplätze

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

und somit auch einen Anstieg der Zahl der offenen Stellen haben. Das heißt, dass der Aufschwung eingesetzt hat, bevor wir einen Regierungswechsel in Bonn erleben mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Nennen Sie den Anstieg in Prozent! Auf welcher Basis?)

Im Übrigen ist ganz klar bewiesen, dass die Landesregierung einen entscheidenden Beitrag für die Schwächeren in unserer Gesellschaft geleistet hat. Dies geht auch aus der Stellungnahme zu Ihrem Antrag deutlich hervor. Zunächst einmal war es die CDU-Landesregierung, die 1989 die Vorreiterrolle im ganzen Bundesgebiet eingenommen und dieses vorbildliche Landesprogramm Jugend – Arbeit – Zukunft eingeführt hat, was alle Experten im Rahmen der Anhörung der Jugend-Enquetekommission uneingeschränkt begrüßt haben.

(Zuruf von der SPD: Seit 1989 ist die Arbeitslosigkeit um das Doppelte gestiegen!)

Gestatten Sie mir noch einige Zahlen, Herr Nagel, um die These zu widerlegen, dass gerade in diesem Bereich eingespart wird. Der Sozialminister hat es deutlich gesagt. Wir können das aus der Stellungnahme entnehmen, und die Daten der Bewilligungen zeigen das. Gerade bei dem Landesprogramm Jugend – Arbeit – Zukunft haben wir in den Jahren 1992 bis 1997 Gesamtsummen zwischen 9 und 12 Millionen DM jährlich allein bei der Landesförderung. Wenn ich die aktuellen Zahlen für das Jahr 1998 nehme, dann muss ich feststellen, dass 20,4 Millionen DM seitens des Landes Baden-Württemberg bewilligt wurden. Herr Nagel und die SPD, nehmen Sie das zur Kenntnis. Hier kann man nicht von Einsparungen sprechen, sondern in diesem Bereich ist eine klare Schwerpunktsetzung seitens der CDU-geführten Landesregierung erkennbar.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem wurden zusätzliche Anträge konkret bewilligt, und die Enquetekommission – Herr Kollege Hildebrandt hat es angesprochen – hat natürlich gefordert, die Maßnahmen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir haben Wert auf den Begriff „tatsächlicher Bedarf“ gelegt. Der tatsächliche Bedarf konnte nachgewiesen werden.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

(Wacker)

Das ist der Grund dafür, dass wir sowohl bei den Langzeitarbeitslosen-Maßnahmen wie auch bei dem JAZ-Programm aufgestockt haben. Ich sage noch einmal: Für 1998 wurden 20,4 Millionen DM bewilligt, und beim Programm für Langzeitarbeitslose wurden 29,1 Millionen DM bewilligt, mit einer Planungszusage bis in das Jahr 2000 hinein.

Gestatten Sie mir noch eine Aussage zu den Maßnahmen der Arbeitsverwaltung. Kollege Haas hat es heute in einem Zwischenruf zu Recht angebracht. Jedes Jahr fließen Mittel aus Baden-Württemberg wieder zurück in den Bundeshaushalt. Das ist ein Indiz dafür, dass ausreichend Mittel seitens des Bundes zur Verfügung gestellt wurden und noch werden, aber auch dafür, dass nicht alle Mittel abgeschöpft werden. Diese fließen wieder zurück in den Bundeshaushalt, womit unter anderem auch das hoch gelobte Programm von Ihrer Seite, das 100 000-Jobs-Programm, mit finanziert wird.

Wenn wir über diese Frage diskutieren, meine Damen und Herren, dann bitte ich Sie, wirklich alle Fakten zu nennen. Wenn wir alle Fakten auf dem Tisch haben, dann haben wir durchaus eine positive Bilanz unserer Landesregierung in diesem Bereich aufzuweisen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Herrmann CDU und Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Erledigung des Antrags Drucksache 12/1247. Das war ein Berichts Antrag. Ich gehe davon aus, dass er mit der heutigen Debatte als erledigt betrachtet werden kann. – Dem wird zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 11 a** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 17. Februar 1999 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Festle-

gung von Mindestkriterien für die Umweltinspektion in den Mitgliedstaaten – Drucksachen 12/3772, 12/3848

Berichterstatter: Abg. Gerd Scheffold

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich die Beschlussempfehlung zur Abstimmung stellen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt, wobei sich eine ganze Reihe von Abgeordneten an der Abstimmung nicht beteiligt haben.

Ich rufe **Punkt 11 b** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 22. Februar 1999 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Grenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft – Drucksachen 12/3773, 12/3849

Berichterstatter: Abg. Gerd Scheffold

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung.

Die nächste Sitzung findet am morgigen Donnerstag, 25. März 1999, 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die zügigen Beratungen und darf die heutige Sitzung mit dem Wunsch auf einen angenehmen Abend schließen.

Schluss: 17:35 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen im Finanzausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied stellvertretendes Mitglied	Wettstein Weimer	Brinkmann Nils Schmid

24.03.99

Ulrich Maurer und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion Die Republikaner

**Umbesetzungen im Ausschuss für Ländlichen Raum
und Landwirtschaft**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Eigenthaler Schonath	Schonath Eigenthaler

24.03.99

Dr. Rolf Schlierer und Fraktion

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	ordentliches Mitglied	Sieber	Dr. Vetter

24.03.99

Günther H. Oettinger und Fraktion

Vorschlagsliste

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion der FDP/DVP
und der Fraktion Die Republikaner

für die Wahl der Mitglieder zur 11. Bundesversammlung

Vorschlag der Fraktion der CDU:

Name	Vorname	Straße, Wohnort
Mitglieder:		
1. Teufel MdL Ministerpräsident	Erwin	Dreifaltigkeitsbergstraße 44 78549 Spaichingen
2. Keil	Birgit	Heusteigstraße 44 70180 Stuttgart
3. Gienger	Eberhard	Kohlplattenweg 19 72074 Tübingen
4. Prof. Dr. Filbinger Altministerpräsident	Hans	Riedbergstraße 29 79100 Freiburg
5. Dr. h. c. Späth Altministerpräsident	Lothar	Im Heidewinkel 20 70839 Gerlingen
6. Dr. Schavan Ministerin für Kultus, Jugend und Sport	Annette	Gerokstraße 52 70184 Stuttgart
7. Straub MdL Landtagspräsident	Peter	Bismarckstraße 17 79761 Waldshut-Tiengen
8. Amann	Karsten	Pfalzgrafenweg 61 72766 Reutlingen
9. Aurenz Senator h. c.	Helmut	Porschestraße 4 71634 Ludwigsburg
10. Dinkel	Adolf	Burgunderstraße 2 76228 Karlsruhe
11. Döpfer MdL	Jörg	Nürtinger Straße 49 72639 Neuffen
12. Ehret Bürgermeister	Jürgen	Schwarzwaldstraße 30 79423 Heitersheim

Name	Vorname	Straße, Wohnort
13. Goldmann Bürgermeister	Udo	Andreas-Hofer-Straße 18 73728 Esslingen
14. Grupp	Edith	Gelber Kreidebusen 30/2 72108 Rottenburg
15. Heinz MdL Bürgermeister	Hans	Am Pflaster 7 73650 Winterbach
16. Prof. Dr. Jäger	Wolfgang	Kirnerstraße 14 79117 Freiburg
17. List MdL Oberbürgermeister	Manfred	Posener Straße 91 74321 Bietigheim-Bissingen
18. Mack	Roland	EUROPAPARK RUST 77977 Rust
19. Dr. Mattis	Marcus	Anna-Peters-Straße 15 70597 Stuttgart
20. Mayer-Vorfelder MdL	Gerhard	Einsteinstraße 106 70374 Stuttgart
21. Mühlbeyer MdL	Hermann	Oststraße 36 74177 Bad Friedrichshall
22. Dr. Notheis	Dirk	August-Kast-Straße 9 76275 Ettlingen
23. Oettinger MdL Fraktionsvorsitzender	Günther H.	Frauenkopfstraße 25 70184 Stuttgart
24. Rau MdL	Helmut	Auf der Geige 12 77955 Ettenheim
25. Rech MdL	Heribert	Im Kirchbrändel 12 76669 Bad Schönborn
26. Dr. Reinhart MdL	Wolfgang	Tannenweg 3 97941 Tauberbischofsheim
27. Rüeck	Helmut	Friedhofstraße 16 74564 Crailsheim
28. Siegel	Bernd	Fichtenstraße 12 68542 Heddesheim
29. Simon	Camilla	Zelgweg 15 79761 Waldshut
30. Schaufler MdL	Hermann	Pfalzgrafenweg 47 72766 Reutlingen

Name	Vorname	Straße, Wohnort
31. Scheffold MdL	Gerd	Kapellenstraße 36/2 88471 Laupheim
32. Schweizer MdL	Rosely	Lindersthalde 16 71540 Murrhardt
33. Stavenhagen	Christine	Siedlungsstraße 49 75180 Pforzheim
34. Dr. Vetter MdL	Erwin	Vordersteig 12 a 76275 Ettlingen
35. Wabro MdL	Gustav	Platanenweg 22 73430 Aalen
36. Walter	Birgit	Rohrgasse 13 72131 Ofterdingen
37. Dr. h. c. Weiser MdL	Gerhard	Weinbergstraße 7 69256 Mauer
Ersatzmitglieder:		
38. Behringer MdL	Ernst	Schäferweg 2 72488 Sigmaringen
39. Wefels	Petra	Am Pfinztor 33 76227 Karlsruhe
40. Müller	Hellmut	Beihinger Straße 146 71726 Benningen
41. Beck	Emil	Schützenweg 10 B 97941 Tauberbischofsheim
42. Dannenmaier	Michael	Brunnenäckerweg 23 76189 Karlsruhe
43. Glockwa	Rudolf	Taubenriedstraße 3 78665 Frittlingen
44. Rauscher	Jörg	Appenmühlstraße 8 76185 Karlsruhe
45. Tschukewitsch	Viktor	Kriegstraße 129 76135 Karlsruhe
46. Weber	Gertrud	Hummelstraße 7 88250 Weingarten
47. Wettenmann	Peter	Uhlandstraße 14 88433 Schemmerhofen

Vorschlag der Fraktion der SPD:

Name	Vorname	Straße, Wohnort
Mitglieder:		
1. Maurer MdL	Ulrich	Kyffhäuserstraße 79 70469 Stuttgart
2. Birzele MdL	Frieder	Dreikönigsweg 8 73033 Göppingen
3. Brechtken MdL	Rainer	Bahnhofstraße 74 71332 Waiblingen
4. Brinkmann MdL	Ulrich	Schubertstraße 35 79268 Bötzingen
5. Dr. Caroli MdL	Walter	Schlosserstraße 12 77933 Lahr
6. Goll MdL	Heinz	Karlstraße 8 a 76571 Gaggenau
7. Haußmann MdL	Ursula	Theodor-Heuß-Straße 14 73432 Aalen
8. Kraus	Emmi	Goethestraße 14 78224 Singen
9. Lang	Ulrich	Panoramastraße 30 74544 Michelbach
10. Löschner	Monika	Friedenstraße 31 76676 Graben-Neudorf
11. Moser MdL	Herbert	Rathausstraße 7 78532 Tuttlingen
12. Prassas	Christos	Raithweg 31 73614 Schorndorf
13. Dr. Puchta MdL	Dieter	Herrenacker 4 79798 Jestetten
14. Russ-Scherer	Brigitte	Argonnenstraße 39 70374 Stuttgart
15. Schlatter	Erika	Pforzheimer Straße 36 74321 Bietigheim-Bissingen
16. Prof. Staeck	Klaus	Ingrimstraße 3 69117 Heidelberg

Name	Vorname	Straße, Wohnort
17. Steck	Dietz-Werner	Im Asemwald 6 70599 Stuttgart
18. Weimer MdL	Gerd	Eschenweg 21 72076 Tübingen
19. Wettstein MdL	Karl-Peter	Kantstraße 17 68723 Plankstadt
20. Zambelli	Gerhard	Burghaldenstaffel 5 70469 Stuttgart
21. Zeller MdL	Norbert	Teuringer Straße 40 88045 Friedrichshafen
Ersatzmitglieder:		
22. Kipfer MdL	Birgit	Krebsbachstraße 34 71116 Gärtringen
23. Capezzuto MdL	Mario	Habichtweg 2 73547 Lorch
24. Schmid MdL	Nils	Rümelinstraße 50 72662 Nürtingen
25. Heiler MdL	Walter	Kronauer Straße 35 68753 Waghäusel
26. Dr. Grünupp	Andreas	Beim Wasserturm 19 71332 Waiblingen

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Name	Vorname	Straße, Wohnort
Mitglieder:		
1. Bender MdL	Birgitt	Christophstraße 37 70180 Stuttgart
2. Braun Bürgermeister	Elmar	Mühlgasse 1 88437 Maselheim
3. Hosemann	Eva	Filderstraße 47 70180 Stuttgart
4. Kretschmann MdL	Winfried	Litschenberg 4 72488 Sigmaringen-Laiz
5. Oelmayer MdL	Thomas	Am Eselsberg 84 89075 Ulm
6. Schnaitmann	Monika	Sieben-Höfe-Straße 132 72072 Tübingen
7. Schwarz	Andreas	Schimmingweg 49 73230 Kirchheim
8. Dr. Sieber	Walter	Freiherr-von-Stein-Weg 21 74821 Mosbach
9. Thon MdL	Renate	Spichernstraße 33 75173 Pforzheim
10. Zecher	Irmgard	Daimlerstraße 12 72555 Metzingen
Ersatzmitglieder:		
11. Wittlinger	Sonja	Schreiberstraße 23 a 70199 Stuttgart
12. Brachatzek	Nadine	Pragstraße 154 70376 Stuttgart

Vorschlag der Fraktion FDP/DVP:

Name	Vorname	Straße, Wohnort
------	---------	-----------------

Mitglieder:

1. Pfister MdL	Ernst	Achauer Straße 20 78647 Trossingen
2. Drautz MdL	Richard	Faißtstraße 23 74076 Heilbronn
3. Dr. Glück MdL	Horst	Ulmenweg 9 72525 Münsingen-Dottingen
4. Kiesswetter MdL	Ekkehard	Plettenbergstraße 14 70186 Stuttgart
5. Dr. Döring MdL Wirtschaftsminister	Walter	Schwabenweg 13 74523 Schwäbisch Hall
6. Schmalz-Jacobsen	Cornelia	Dahlmannstraße 9 10629 Berlin
7. Gutberlet	Hans-Günter	Gärtnerweg 3 79576 Weil am Rhein

Ersatzmitglieder:

8. Kiel MdL	Friedrich-Wilhelm	Kelterweg 34 70734 Fellbach
9. Kleinmann MdL	Dieter	Holzhauser Straße 12/1 72172 Sulz a. N.

Vorschlag der Fraktion Die Republikaner:

Name	Vorname	Straße, Wohnort
------	---------	-----------------

Mitglieder:

1. Dr. Schlierer MdL	Rolf	Hermann-Kurz-Straße 27 70192 Stuttgart
2. König MdL	Lothar	Höhenstraße 54 75335 Dobel
3. Dagenbach MdL	Alfred	Großgartacher Straße 220 74080 Heilbronn
4. Schonath MdL	Alexander	Dittmarstraße 101 74074 Heilbronn
5. Deuschle MdL	Ulrich	Roßwälder Straße 29/1 73274 Notzingen
6. Rapp MdL	Klaus	Wallbergallee 91 a 75179 Pforzheim
7. Krisch MdL	Wolfram	Enzstraße 39 70806 Kornwestheim

Ersatzmitglied:

8. Eigenthaler MdL	Egon	Höhenweg 14 72622 Nürtingen
--------------------	------	--------------------------------

24.03.99

Günther H. Oettinger und Fraktion
Ulrich Maurer und Fraktion
Fritz Kuhn und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Rolf Schlierer und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
 der Fraktion der SPD,
 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 der Fraktion der FDP/DVP und
 der Fraktion Die Republikaner

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP/DVP	REP
-----	-----	---------------------------	---------	-----

Mitglieder:

Bloemecke Dr. Meister-Scheufelen, Gisela Netzhammer, Veronika Scheffold, Gerd Schweizer, Rosely	Brinkmann Hausmann, Rudolf Schmiedel	Schlager, Sabine	Drautz	Deuschle
--	--	------------------	--------	----------

Stellvertreter:

Fleischer Keitel Schuhmacher Tölg Wieser	Haußmann, Ursula Dr. Puchta Seltenreich	Dr. Hildebrandt	Fausser, Beate	Huchler
--	---	-----------------	----------------	---------

24.03.99

Günther H. Oettinger und Fraktion
 Ulrich Maurer und Fraktion
 Fritz Kuhn und Fraktion
 Ernst Pfister und Fraktion
 Dr. Rolf Schlierer und Fraktion